deren Vertreter heute vor mir an dieser Stelle gesprochen haben. Es ist mir, liebe Freunde, ein herzliches Bedürfnis, diesen Genossen den Dank der deutschen sozialdemokratischen Emigration zum Ausdruck zu bringen. Und euch, Genossen und Genossinnen, rufe ich zu: einen herzlichen Gruß und den Wunsch, daß eure Verhandlungen von einem guten Erfolg begleitet sein mögen. (Beifall.)

Abschließend gedenkt der Vorsitzende all der lieben Freunde, die fern der Heimat an dem heutigen Parteitag nicht teilnehmen können. Ihnen allen ruft er zu: Die Sonne des Sozialismus und der Internationale wird eines Tages wieder leuchten!

Den Abschluß der Vormittagssitzung bildete der gemeinsame Gesang der Internationale.

Nachmittagssitzung

Nach der Eröffnung der Nachmittagssitzung durch den Vorsitzenden Gnoß verlas Andreas Gayk, Kiel, Auszüge aus dem politischen Referat von Dr. Kurt Schumacher, das den Delegierten nach der Verlesung im vollständigen Text vorgelegt wurde.

Es folgt der vollständige Wortlaut des Referates:

Die Sozialdemokratie im Kampf für Freiheit und Sozialismus

Zum dritten Male in verhältnismäßig wenigen Jahrzehnten seiner Geschichte war das deutsche Volk vor die Frage gestellt worden, welche politischen Prinzipien die Basis seines Lebens nach innen und außen darstellen sollten. Als dann das Dritte Reich militärisch und politisch im Frühjahr 1945 von der überlegenen Kraft seiner Gegner erledigt worden war, hat sich dieselbe Frage zum viertenmal erhoben.

Das Reich Otto von Bismarcks hat zwar demokratische Spielregeln in beschränktem Umfang für die Staatspolitik zu beleben versucht. Trotzdem ist unbestritten, daß es eine konservative Antwort der Deutschen auf die deutsche und die europäische Frage gewesen ist. Die Republik von Weimar mußte als Demokratie beginnen, denn die anderen politischen Formeln waren als nutzlos und gefährlich bereits verbraucht. Die Diktatur des Faschismus ist die Liquidierung einer Demokratie, die nicht nachdrücklich genug erkämpft und von zu kleinen Teilen des Volkes verteidigt worden war. 1945 ist als Grundprinzip gegen den Nazismus nur die Demokratie übriggeblieben. Aber jeder Klasse und jeder Person bleibt es unbenommen, sich unter Demokratie etwas Verschiedenes und jeweils den eigenen Interessen Angemessenes vorzustellen. Von der Volksdemokratie über den christlichen Ständestaat bis zu den verschiedenen Formen der repräsentativen Demokratie ist ein weites Feld. Heute wagt niemand, sein politisches Prinzip als antidemokratisch, als totalitär oder diktatorisch zu bezeichnen. Alles geht als Demokratie irgendeiner „Färbung" auf den politischen Markt. Aber alle antidemokratischen Kräfte sind virulent. Die Prinzipien, nach denen der Nazismus das eigene Volk beherrscht und fremde Völker unterjocht hat, sind zum großen Teil auch in das politische Arsenal anderer Länder übergegangen.

Der neue Start der Demokratie in Deutschland ist deswegen so schwer, weil ihm noch mehr Kräfte feindlich gegenüberstehen als der Demokratie der Weimarer Epoche. Die Demokratie in Deutschland hat nicht nur gegen eine künstliche Ignoranz und Verhetzung von unvorstellbaren Maßen anzukämpfen. Deutschland war zwölf Jahre hindurch politisch von einer negativen Elite beherrscht, die die sachliche Tüchtigkeit dieses großen Volkes für sich mit Gewalt und mit Belohnungen einzuspannen verstanden hat.

Da der Führerschicht der Nazis das Schicksal des deutschen Volkes ebenso gleichgültig war wie die Leiden der anderen Völker, gründete sie als ein System

vollendeter Diktatur ihre Existenz auf die möglichst vollständige Vernichtung der politisch erbfähigen Kräfte. Sie hinterließ nicht nur ein Volk, das die innen- und außenpolitischen Verhältnisse nur unvollkommen beurteilen konnte, sondern das gewohnt geworden war, von einem überhöhten Standort aus mit moralisch-politischer Wertaxiomatik an Stelle der konkreten Analysen der Bedingungen zu arbeiten.

Nach 1918 ist es der Reaktion gelungen, dem Volk die eindeutigen militärischen Niederlagen nicht recht bewußt werden zu lassen. Alle Kreise, die politisch mit der Dolchstoßlegende gearbeitet haben, sind schuld am deutschen Nazismus und seinen Konsequenzen. Nach 1945 ist es sehr viel schwerer, eine solche zentrale Ideologie des Hasses und der Torheit zu errichten. Aber viele Vorgänge seit dieser Zeit, bei denen die Sieger oder einzelne Siegermächte in ähnlicher Beleuchtung dastehen wie Hitler-Deutschland in den Augen anderer europäischer Völker während des Krieges, haben Menschen in Deutschland geschaffen, die an die Ethik der Demokratie und die sittlichen Qualitäten des Friedens nicht glauben wollen.

Die Frage der selbstgewollten Form der Organisation der Gesellschaft und des deutschen Staates ist noch nicht endgültig beantwortet. Sie kann auch nicht allein von den Deutschen beantwortet werden; sie ist machtpolitisch und moralisch von den Kräften abhängig, die zum großen Teil auch auf deutschem Boden stärker sind als die Kräfte des deutschen Volkes.

Die Gegenstände der Auseinandersetzungen innerhalb des deutschen Volkes sind nicht nur materielle, d. h. vor allem ökonomische Objekte, es sind zum großen Teil auch die Menschen selbst, um die gerungen wird. Es ist schwer, ein politisches System mit all seinen menschlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen zu etablieren, wenn nicht der gute Wille der Menschen dabei zu Hilfe kommt. Vor allem kann eine Demokratie sich nicht durchsetzen, wenn sie Staatsbürger verschiedener Klassifizierungen kennt. Das, was seiner Ungeheuerlichkeit wegen an der Vergangenheit gestraft und ausgerottet gehört, müßte schnell und radikal erledigt werden. Daß dies in vielen Fällen nicht geschehen ist und geschieht, erschüttert die moralischen Grundlagen der Demokratie auf das schwerste. Die Straflosigkeit oder die geringe Bestrafung Schuldiger wird als Nichtachtung der Opfer des Naziregimes empfunden. Die zeitliche Hinausdehnung und die Massenhaftigkeit der formalen Verfahren hat die Gefahr der Wirkungslosigkeit gebracht. Der ganze Prozeß der Denazifizierung ist dadurch in seinem politischen Effekt gefährdet, zumal es nicht gelungen ist, Maßstäbe objektiver Gerechtigkeit zu finden.

Sicher hat die deutsche Geschichte in weiten Teilen des Volkes den Willen, in einem Obrigkeitsstaat als Statisten mitzuwirken und Befohlenes auszuführen, sehr gestärkt. Aber die Politik als zentrales Problem der einzelnen menschlichen Persönlichkeit sowie der Gemeinschaft wird wohl in keinem Volk der Welt bei allen Einzelpersonen ganz eindeutig und elementar sich durchsetzen. Dazu trat noch, daß die Kämpfer gegen den Nazismus zum großen Teil mit einem Hochmut und einer Verkennung von den Siegern und Teilen der Weltöffentlichkeit behandelt worden sind, daß schon mehr als ein guter Wille dazu gehört, bei der Errichtung der deutschen Demokratie mitzuarbeiten. Soviel die Deutschen als Volk von anderen Völkern mit einer demokratischen Geschichte in Gesinnung und Methodik der Politik zu lernen haben, ein großer Teil dessen, was als Reedukation auf deutschem Boden verzapft worden ist, ist unentschuldbarer Unsinn. Die Eignung für politische Pädagogik hängt nicht notwendigerweise mit dem Tragen einer Uniform zusammen. Das System der Militärregierungen ist auch nicht als letzte und feinste Blüte der Demokratie zu bewundern. Dadurch werden weder die Grenzen der Verantwortlichkeit auf der einen, noch der Grad und die Kraft des guten Willens auf der anderen Seite eindeutig sichtbar.

Die Sozialdemokratische Partei hat die denkbar härteste Bestrafung aller Schuldiggewordenen verlangt. Aber die Möglichkeit, Erklärlichkeit und Entschuldbarkeit des Hineinrutschens in diese Bewegung ist ein Punkt, der von vonherein zu berücksichtigen war. Dadurch, daß man es nicht genügend tat und die Barbarei der Kollektivschuld auf ein ganzes Volk zu wälzen versuchte, hat man die

Schuldigen geschützt. Die Erfordernisse der Praxis haben die vier großen Besatzungsmächte veranlaßt, je nach Bedarf die eine oder die andere Kategorie früherer Nazis doch bevorzugt zu behandeln. Damit hat man eine ganz ungesunde Atmosphäre erzeugt. Die Sozialdemokraten wünschen nicht die Verfolgung der kleinen Mitläufer und Parteigenossen. Ihr Ziel war die ganz persönliche Einkehr und Umkehr in jedem Menschen, der einmal in dieser Bewegung mitgemacht hat. Jetzt haben zuerst die ausländischen und dann viele deutsche Faktoren diesen ganz individuellen unverzichtbaren Prozeß in den Menschen unmöglich gemacht. Sie konnten bleiben, wer sie waren und brauchten sich nicht entscheidend zu ändern. Sie sind jetzt in der Lage, die Formen der Demokratie zu handhaben, ohne ein positives Verhältnis zu ihrem Inhalt zu gewinnen.

Das gilt besonders von beträchtlichen Teilen des Beamtentums, die stärker vom Nazismus als von der Weimarer Republik geformt sind. Die angeblichen oder tatsächlichen Notwendigkeiten haben diese Teile der Bürokratie zu „Weiterdienenden des Nazismus" gemacht.

Die Eroberung der Menschen für die Demokratie kann nicht mit pädagogischen Mitteln und aufdringlichen Predigten geschehen. Auch der stärkste Anschauungsunterricht darüber, wohin der Nazismus führen muß, wird im Bewußtsein der Menschen verblassen, solange gesellschaftliche und politische Vorstellungen in ihren Köpfen leben, die antidemokratisch sind. Die Feindschaft gegen die Demokratie und die Neigung zur Autorität als dem maßgebenden politischen Prinzip ist in der deutschen Politik sehr viel älter als in der Nazipartei. Sehr viele Leute aus denjenigen Kreisen, die in Wort und Schrift jetzt auf die Demokratie schwören, haben niemals ein inneres positives Verhältnis zu ihr gehabt. Ein sehr großer Teil des deutschen Besitzes und ein mindestens nicht kleiner Teil der deutschen Bildung war antidemokratisch. Die deutsche Demokratie der Weimarer Republik wäre nicht zusammengebrochen, wenn der deutsche Großbesitz nicht geglaubt hätte, mit Hilfe des Nazismus den sozialistischen Konsequenzen der Demokratie in Deutschland entgehen zu können.

Es ist nicht nur so, daß die Wirtschaft der europäischen Länder ökonomische Tendenzen zur Agrarreform und zur Sozialisierung zeigt. Die stärksten Triebfedern, in dieser Richtung tätig zu werden, liegen auf dem eigentlich politischen Gebiet. Ohne das Geld der großen Industrie hätten die Nazis diese Ausmaße und Formen der populären Gegenrevolution nicht entwickeln können. Es ist eine Frage der Zeit, wann derselbe Prozeß in der deutschen Politik auch wieder nach außen sichtbar wird. Daß er bereits im System der Parteien rechts von der Sozialdemokratie in Erscheinung tritt, beweist die Politik der Mehrheit im Frankfurter Wirtschaftsrat und ihrer Direktoren. In Anbetracht der Hilfsbedürftigkeit unzähliger Menschen in Deutschland wird die Sozialpolitik eine gewaltige Rolle spielen. Durchführen läßt sich diese Rolle allerdings nur, wenn die Demokratie ihren Feinden unmöglich macht, ihr Geld in politische Macht zu verwandeln. Die Sozialisierung ist keine doktrinäre Zauberformel, aber die politische Entmachtung der großen Industrie ist die Voraussetzung für die Krisenfestigkeit der Demokratie in Deutschland. Die Gefahr, die von dem großen Privateigentum in allen Ländern der neuen Demokratie dieser politischen Form droht, kann durch den Prozeß der Internationalisierung der wichtigsten Industrien nicht aus der Welt geschaffen werden. Die Sozialisierung der Ruhr ist so lange ein deutsches Sozialisierungsproblem, als die Träger der großen Industriekräfte in Westeuropa nicht ihrerseits unter denselben rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen ihre Produktionsmittel in eine noch zu schaffende internationale sozialisierte Institution einbringen. Andernfalls ist eine solche Internationalisierung die Erledigung des internationalen Gedankens in Deutschland sowohl wie in den Ländern, die die Nutznießung einer solchen einseitig zu Lasten eines Landes gehenden Wirtschaftsorganisation sind.

Der deutsche Großbesitz hat den politischen Geist des Kaiserreichs und der Weimarer Republik maßgebend antidemokratisch beeinflußt und durch seine Allianz mit der tragenden Schicht des militaristischen Agrarkapitals an der Entfaltung verhindert. Die Idee der Sozialisierung ist historisch und politisch eine der stärksten

und folgenreichsten Formeln in der europäischen Politik überhaupt. Der Typ des schneidigen Managers, auch wenn er fremder Herkunft ist, vermag diese politisch so wohl begründeten Wünsche der arbeitenden Massen nicht zu befriedigen. Es kann überhaupt ein entscheidender Fehler werden, wenn man derartige Ideen und Gefühle leicht nimmt und meint, mit einem System zusätzlicher Hilfe den Produktionswillen der Arbeiter der schweren Industrien wachzurufen oder gar auf die Dauer erhalten zu können. Der Mangel an Einsicht und gutem Willen bei den Besatzungsmächten kann hier verheerend wirken. Eigentümer einer sozialisierten Grundindustrie kann nur das deutsche Volk sein. Länder können immer nur eine Treuhänderrolle spielen. Die kategorische Ablehnung durch die Militärregierungen, die nur der Organisation des das ganze deutsche Volk umfassenden Staatswesens das Recht zur Sozialisierung geben wollen, ist durch die bisherige Haltung der Angelsachsen nicht gerade begründet. Im landespolitischen Rahmen haben die Amerikaner 1946 in Hessen ein Interesse gegen und die Briten zu Anfang 1947 in Nordrhein-Westfalen für die Sozialisierung gezeigt.

Die europäischen Voraussetzungen in der Entwicklung der sozialen Struktur sind geschichtlich, ökonomisch und politisch andere als die Voraussetzungen etwa in den USA oder Rußland. Es ist kein Zufall, daß 1944/45 nicht nur in dem russisch besetzten Osteuropa, sondern auch in den Staaten Westeuropas zahlreiche und wichtige Nationalisierungen und Sozialisierungen vorgenommen worden sind. Nur in Westdeutschland hat sich in der Frage der Eigentumsverhältnisse auf diesem Gebiet nichts von Bedeutung geändert.

Man philosophiert soviel über den angeblichen Mangel an Initiative, Verantwortungsfreudigkeit, Gestaltungskraft und dem fehlenden Willen zur Umkehr. Selten wird aber erwähnt, daß eine neue Politik auch neue Voraussetzungen braucht. Dieses Moment des Neuen kann sich nicht nur in der theoretischen Fundierung der Politik der einzelnen Parteien zeigen. Es ist auch abhängig von Ziel und Methoden der Sieger. Trotz aller Verfassungen in den einzelnen deutschen Ländern und neuer Organisationsformeln in den beiden Teilen Deutschlands ist der Start für die deutschen Leistungen auf diesen Gebieten nur von den Siegern und ihren gesellschaftlichen Vorstellungen bestimmt gewesen. Im Osten haben die Russen das Vorbild ihres eigenen Landes mit minutiöser Genauigkeit und strenger Reihenfolge der Schritte, mit denen sie ihr eigenes Land verändert hatten, auf ihre Besatzungszone übertragen. Wenn hier die Deutschen hätten mitreden können, dann wäre etwas ganz anderes dabei herausgekommen. Sei es die Agrarreform, oder sei es vor allem die Überführung der großen industriellen Produktionsmittel in Gemeinbesitz, beides entspricht nicht den deutschen Auffassungen vom Wesen des Sozialismus. Selbstverständlich findet jede Besatzungsmacht ihre Mitmacher, deren Politik sich in der Servilität gegenüber dem Vorbild erschöpft. Quislinge sind für alle Besatzungsmächte zu haben. Aber trotz aller riesigen propagandistischen Machtentfaltung der Kommunisten ist ihr kommendes Schicksal schon deutlich zu sehen. Es ist das Schicksal aller bloßen Mitmacher, die dann auf dem Kehrichthaufen der Geschichte landen. Man verliert in jedem Totalitarismus die politische Freiheit, ohne etwas, das als wirtschaftliches Äquivalent anzusehen wäre, zu gewinnen. Die deutschen Nationalisten aber, die unter kommunistischer Flagge ihre alten Ziele wieder verwirklichen möchten, erhalten gerade in diesen Monaten und Wochen durch die Liquidation der nationalen Bestrebungen im osteuropäischen Kommunismus eine eindringliche Lehre.

So wie das eine Prinzip im Osten ohne die Deutschen durchgeführt worden ist, so hat man den entgegengesetzten Grundsatz im Westen Platz greifen lassen. Ob man die Vorgänge hier Revolution und dort Restauration nennen will, sie sind in beiden Fällen außerhalb des Volkswillens und der demokratischen Diskussion der Deutschen entstanden. Beide haben die Volksmassen unseres Landes nicht in Bewegung gesetzt und ihren Willen in eine Richtung gebracht, die mit den Wünschen der Deutschen übereinstimmt.

So wenig wie man den Bewohnern der Sowjetzone einreden kann, daß die staatliche Lenkung der Ausbeutung Sozialismus ist und daß es vorbildlich richtig

sei, die stärksten und am besten ausgerüsteten Produktionsmittel Sowjetrußland zu überlassen, so wenig kann man den Westdeutschen einreden, daß der Unternehmerstaat in Europa und in Deutschland die modernste, beste und für das Leben des einzelnen tauglichste Form sei. Man kann die Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung und den großen Anteil der deutschen an ihr mit keiner Art von Propaganda aus der Welt schaffen. Für den durchschnittlichen Deutschen ist heute Sowjetrußland der größte Kapitalist auf deutschem Boden. Es wäre ein entscheidender politischer Fehler, in Westdeutschland das ausländische Kapital in eine ähnliche beherrschende Position zu bringen. Die Nutznießer wären ja nicht die von Hitlerdeutschland bedrängten und ausgesogenen Völker, sondern stets gewisse privilegierte Klassen dieser Nationen.

Hier liegt überhaupt die politisch-psychologische Gefahrenquelle. Von seiten Sowjetrußlands hat man die Meinung verbreitet, daß speziell mit dem Angelsachsentum die Beherrschung der arbeitenden Massen durch das private Monopolkapital verbunden sei. Umgekehrt verkündet eine unablässige Propaganda, daß jeder Fortschritt unlösbar mit den Erfolgen Rußlands auf allen Gebieten der Politik und der Wirtschaft gekoppelt sei. Alle anderen Kräfte und Ideen werden von dieser Propaganda bewußt ignoriert. Die Methode, sich den bequemsten Gegner auszusuchen, d. h. denjenigen, den man am leichtesten schwarz machen kann, herrscht in dieser Agitationspolitik. Den Verlust der Freiheit und die Senkung des Lebensstandards hat man in allen Ländern Europas, in denen die Volksdemokratie gesiegt hat, erst feststellen können, als es keine politischen Mittel mehr gab, die Zustände zu korrigieren.

Es gibt gar nicht die Chance der Wahl zwischen einem Sozialismus des Ostens und einem Kapitalismus des Westens. Die Zustände, die vom Bolschewismus geschaffen worden sind, können von der Sozialdemokratie nicht als Sozialismus angesehen werden. Aber es gibt die Möglichkeit für die politisch unerfahrenen Massen, sich Illusionen machen zu können. Das Schicksal der Demokratie in Mittel- und Westeuropa ist von ihrem sozialen Gehalt abhängig. Keine positive Sozialpolitik kann die Änderung der sozialen Struktur ersetzen. Jede Form der Wirtschaftsverfassung und damit der gesellschaftlichen und politischen Grundsätze ist heute in Deutschland dadurch bedroht, daß man gar zu naiv im Gefühl der eigenen Vorzüge das Land nach dem eigenen Vorbild zu modeln versucht. Das Resultat ist dann im Bewußtsein der deutschen Bevölkerung nur das Gefühl der Fremdartigkeit, des andersartigen Gewachsenseins und der Unterdrückung der den Deutschen eigentümlichen immanenten Tendenzen des Denkens und Wünschens. Immer klarer arbeitet sich das Bild heraus, daß die Ausstrahlung auf die sowjetisch besetzten Länder Osteuropas und vor allem auf Ostdeutschland keinerlei echte anziehende Kraft auf die übrigen Teile Deutschlands hat. Aber zur gleichen Zeit wächst die Gefahr, bei zunehmender Spannung unter den Siegermächten durch irgendeine Form des Bekenntnisses zum Kommunismus gegen kapitalistische Gewinnsucht oder Unmoral in Westdeutschland protestieren zu können. Auch die Hitlerwähler vom März 1933 haben damals das Dritte Reich mit all seinen Konsequenzen nicht gewollt. Es ist offensichtlich sehr schwer, entscheiden zu können, wann eine Stimmabgabe oder Demonstration im Rahmen des üblichen Gefüges bleibt und wann sie unkorrigierbare Folgen hat.

Nach der schnellen Aufeinanderfolge aller möglichen Prinzipien in Deutschland ist es sehr oft für die einzelnen Menschen nicht leicht, einen Standpunkt mit sicherer Fundamentierung zu finden. Jede Idee und jede Formulierung ist in den letzten fünfzehn Jahren mißbraucht und bloßgestellt worden. Man hat zuviel Verschiedenartiges unter denselben Worten agitatorisch vorgesetzt bekommen. In Deutschland ist eins der Mittel, mit der die Oberschichten sich an der Macht hielten, die Diskreditierung der Politik und die Verächtlichmachung der Politiker und der Parteien. Jahrzehnte hindurch ist die Attacke gegen die Parteien nur der Ausdruck der Respektlosigkeit gegenüber der Politik, und zwar der von den Massen getragenen Politik, gewesen. Der Erfolg einer Politik hängt davon ab, daß sie in ihrer ganzen zentralen Wichtigkeit von den arbeitenden Massen erkannt wird. Auch heute bemüht man

sich, unter Ignorierung der Tatsachen, vor allem der geringen Möglichkeiten deutscher Stellen, politisch zu wirken und unter Übersehen des Mißverhältnisses von Einfluß und öffentlicher Verantwortung die Parteien zu diffamieren. Die Parteien sollen versagt haben, bevor sie überhaupt die Möglichkeiten bedeutender Mitwirkung bekamen. Daß die Parteien auch gegenüber den Besatzungsmächten ein Stück reale Freiheit bedeuten und daß darum politische Entscheidungen in letzter Instanz von diesen schwerer zu beeinflussenden Organismen gefällt werden müssen und nicht von den Institutionen der Administration, haben sich sehr viele und besonders sehr laute Träger der öffentlichen Meinung noch nicht klargemacht. Die öffentliche politische Kritik besteht weitgehend in der Erteilung von Zensuren durch Leute, die ihre Befähigung zum Lehramt noch nicht bewiesen haben. Wenn man manche Auslassungen liest, bekommt man den Eindruck, daß die Weimarer Republik eine schlimmere politische Sünde gewesen sein soll als das Dritte Reich. Wenn gar Politiker in Spitzenstellungen der Administration ihre Meinung gegenüber einem durch Zufall mit einer Presselizenz Privilegierten durchsetzen wollen, dann wird mehr Druckerschwärze der Entrüstung vergossen als über die Konzentrationslager des Dritten Reiches. Es ist nun einmal so, daß die Antidemokraten sehr oft das Volk in der Demokratie unterrichten. Diese Feststellung bedeutet nicht eine Parteinahme für jeden aktiven Politiker gegenüber Presse und Rundfunk. Uns wäre auch wohler, wenn die Zahl der falschen Reaktionen von Politikern auf öffentliche Angriffe geringer wäre. Was aber in der öffentlichen Auseinandersetzung so erschreckend ist, das ist die Hemmungslosigkeit, die absolute Distanzlosigkeit und die leichtfertige Meinung, daß intellektuelle Anarchie und Zuchtlosigkeit der Ausdruck der Demokratie seien.

Man hat jetzt viel darüber diskutiert, ob die Parteien in Deutschland nicht zu früh zugelassen worden seien. Man meint vielerorts, daß die Bildung des deutschen politischen Willens und die Erziehung unseres Volkes besser gelingen würde, wenn die Parteien nicht mit ihrem Dogmatismus und Traditionalismus den Weg zu neuen Ideen und zu neuen Formen versperren würden. Man übersieht dabei, daß die Parteien nicht die Träger der stärksten historischen Belastung im deutschen Volksleben sind und auch in den Westzonen keineswegs die bloße Konsequenz der Zulassung der Parteien in der Ostzone im Juni 1945 waren. Die Bildung öffentlicher Meinung kann niemals pädagogisch und unter gültiger Lizenz der einzelnen Besatzungsmacht erfolgen. Im Bewußtsein des deutschen Volkes mußte trotz des Dritten Reiches und des zweiten Weltkrieges ein Punkt der Selbständigkeit und des Willens zur Unabhängigkeit existieren. Nichts ist törichter und leichtfertiger gewesen, als die verschiedenen Parteien unterschiedslos als Anhängsel der verschiedenen Besatzungsmächte zu sehen. Was in einem Fall richtig ist, ist im anderen Fall eine unentschuldbare Absprecherei. Die offizielle Nichtzulassung der Parteien hätte beispielsweise die Eroberung weiter Teile der Bevölkerung Westdeutschlands durch die Kommunisten erleichtert. In solchen Notzeiten ist dann die Chance der politischen Eroberung der wundergläubigen Utopisten gegeben, die in jedem Volk ein Faktor sind, der nicht einfach ignoriert werden darf. Daß das in seiner Konsequenz von größter und schlimmster Bedeutung gewesen wäre, ist klar.

Die Angriffe gegen die Parteien sagen zur gleichen Zeit nicht nur über das politische Vermögen, sondern auch über den politischen Standort der Kritiker sehr viel aus. Im modernen Massenstaat ist eine politische Form der Demokratie ohne Parteien nicht denkbar. Das Experiment des christlichen Ständestaates und jeder Versuch, andere Willensgemeinschaften als die Parteien zu Trägern der Politik zu machen, hat in einer ganzen Reihe von europäischen Ländern den Prozeß der Faschisierung gefördert. Es gibt überhaupt kein Land, das eine Demokratie ohne demokratisches Parteileben zu bewahren verstanden hat. Der zentrale Denkfehler liegt bereits in der Formulierung „die Parteien" als einer sachlich unzulässigen Gleichsetzung. Die Parteien unterscheiden sich nämlich nicht nur durch ihre politischen Ziele und Methoden, sie unterscheiden sich auch durch den Grad ihrer Ersetzbarkeit oder Unersetzbarkeit durch andere Organisationen. Es gibt wirtschaftliche, soziale, religiöse und kulturelle Zusammenfassungen der Menschen, die als

Ersatzorganisationen funktionieren können. Es gibt andere Teile des Volkes, die in ihrem Versuch, die emotionellen Regungen zu zügeln und die Politik rational zu machen, allein auf die Partei angewiesen sind. Der Prototyp dieses Falles ist die Sozialdemokratie.

Darum reagieren die Parteien auch verschieden auf diese Art von grundsätzlich gefärbter Kritik. Wenn z. B. eine Partei besonders heftig gegen das Parteiwesen wettert, dann ist es nach den Erfahrungen in Deutschland und in Mitteleuropa immer der Fall gewesen, daß diese Partei sich sehr gut vorstellen kann, als einzige Partei das Feld zu beherrschen und auf die politische Anwesenheit anderer Parteien zu verzichten. Wir haben schon einmal in Deutschland eine Partei gehabt, die gegen die Parteien war. Das Resultat sollte bekannt sein. Und wir erleben jetzt in dem kommunistischen Versuch, den nationalen Gedanken in Deutschland für die sowjetischen Herrschaftsansprüche zu mobilisieren, dieselben Methoden.

Mit diesem arroganten Nichtswissertum schädigt man am meisten die Jugend. Allmählich stellt sich doch heraus, daß das Gerede über den „Zynismus" der jungen Menschen mindestens sehr stark übertrieben ist. Von der vielbeschrienen „Parteimüdigkeit der Jugend" spürt die Sozialdemokratie relativ wenig. Die Sorgen um den Aufbau einer privaten Existenz nehmen die Jugend stark gefangen. Aber das ist eine Stelle, an der die Politik bereits einsetzt. Die sentimentale Heuchelei, mit der man der Jugend den Willen zu dem absprechen will, was in der Politik erlernbar ist, ist ein sehr übles Stück alter Routiniers und verantwortungsloser Schwätzer. Die Jugend ist zu gewinnen, und das Generationsproblem in der heute üblichen Form der Diskussion geht an den Fragen weit vorbei. Man kann aber die Jugend nicht mit einer Anhäufung von agitatorischen Redensarten, sondern nur mit Ideen und dem Durchdenken des eigenen Problems im Verhältnis zur Gesamtheit für die Politik interessieren. Diejenigen, die in der Öffentlichkeit das Wort für die Jugend nehmen, haben meist eine sehr geringe Legitimation. Wer sich der Jugend annimmt, dem wird der Erfolg eine stärkere Begründung seines Anspruchs, für die jungen Menschen zu sprechen, auch geben.

Das Bemühen, aus der Verschiedenartigkeit der Interessen der Siegerländer, die deutsche Position zu verbessern, ist ein gefährliches Spiel. So kurz nach den Exzessen des Dritten Reiches sind überall noch Ressentiments gegen Deutschland vorhanden. Es gibt wohl kein Gebiet in der Politik, auf dem nicht jedes einzelne Siegerland es vorziehen würde, sich mit dem Konkurrenten zu einigen, als die Sympathien des deutschen Volkes zu erkaufen.

Die populäre Vorstellung, daß alles vom guten Willen der Biederen abhängt und daß jetzt alle Teile des deutschen Volkes aufs engste zusammenarbeiten müßten, um ein Stück sachliche und soziale Leistung und nationale Freiheit zu erobern, ist leider oberflächlich. Die enge politische Zusammenarbeit ist nur möglich, wenn alle Beteiligten zu Opfern entschlossen sind, und diejenigen, deren wirtschaftliche Kraft am größten ist, auch gewillt sind, dementsprechend die größten Opfer zu bringen. Es ist allein die Kraft der Schultern, die die Schwere der Last bestimmen kann. Außerdem sind die Voraussetzungen der Zusammenarbeit, die in den einzelnen Aufgaben enthalten sind, auf den verschiedenen Ebenen genau zu prüfen. Je mehr Administration, desto leichter die sachliche Zusammenarbeit. Die Gemeinde und der Kommunalverband entwickeln darum die besten Chancen für diese Zusammenarbeit. Schwieriger ist das Verhältnis in den Ländern zu meistern. Doch gelingt die Lösung dieses Problems in vielen Fällen und am leichtesten dort, wo eine echte und sichere Mehrheitsbildung nur durch Zusammenarbeit der entscheidenden Fraktionen ermöglicht wird. Dabei hat sich die Entwicklung in den westdeutschen Ländern in der Art vollzogen, daß man immer mehr von einem Allparteienkabinett zu einem Versuch der Koalition kommt. Im allgemeinen wird mehr, als es für solche Situation zuträglich ist, eine zweigleisige Politik getrieben, d. h. manche Parteien versuchen, die Vorteile einer Regierungspartei mit der agitatorischen Schrankenlosigkeit einer Oppositionspartei zu verbinden. Zu einem Scheitern auf der ganzen Linie mußte das bei den Kommunisten führen, als sie bei einem Wider-

streit zwischen dem deutschen Berlin und der sowjetischen Machtpolitik gegen die deutsche Instanz Partei nahmen.

Am schwierigsten ist die Zusammenarbeit an Stellen, an denen die entscheidende Verteilung der Lasten erfolgt. Es ist kein Zufall, daß die CDU den Sozialdemokraten im Sommer 1947 das Bizonale Amt für die Wirtschaft verweigerte, das vorher als einziges in der Hand der Sozialdemokraten gewesen war. In Frankfurt ist die sozialdemokratische Fraktion im Wirtschaftsrat nicht zur Bildung einer Mehrheit nötig. Die Parteien, die in der Verteidigung des Eigentums ihre vordringlichste Aufgabe sehen, auch wenn sie im Gegensatz dazu sehr viel mit Gemeinschaftsformeln arbeiten, haben die Mehrheit und nutzen sie in jedem Fall aus. Die Rücksichtslosigkeit dieses Klassenkampfes von oben ist so groß, daß in dem letzten Jahr in keiner wichtigen Frage die Verständigung möglich gewesen wäre, ohne die Interessen der arbeitenden Massen aufzugeben und den Kampf um den Sozialismus als eine Gegenwartsaufgabe zu verleugnen. Die Sozialdemokratische Partei, die stärker als jede andere Partei an dem Fehlen der Länder der sowjetischen Zone politisch leidet, ist im Prinzip zur Zusammenarbeit bereit. Aber diese Prinzipien sind keine pathetischen Beteuerungen in einem politisch luftleeren Raum, sondern sehr konkrete Dinge des Bezahlens und des Opferns. Zur Zeit ist die Formel der nationalen Notgemeinschaft und des Burgfriedens die Aufrechterhaltung der Ausplünderung der wenig oder nichts besitzenden Massen.

Das sind Probleme, die mit loyalen Phrasen nicht gelöst werden können. Die Gegensätzlichkeit zwischen dem sogenannten bürgerlichen Parteiensystem und der Sozialdemokratie entspringt sehr realen Gründen und ist aus den Fragen der Lebenshaltung und der Wirtschaftsgestaltung hervorgegangen. Noch immer sucht die Sozialdemokratie nach den bündnisfähigen Partnern. Es ist fraglich, ob sie vorhanden sein werden, solange der ökonomische und soziale Kern der Fragen nicht durch Neugestaltung des deutschen Parteienwesens der Lösung nähergeführt werden kann. Jede Partei ist Interessenvertretung; aber jede Partei hat auch die Verpflichtung, ihrerseits erzieherisch und aufklärend auf die Schichten zu wirken, deren Interessen sie vertritt. Die CDU, die Liberaldemokraten und die kleineren rechten Parteigebilde operieren noch immer nach der Formel „Alle Macht den Sachwertbesitzern!" und setzen deren Interesse mit dem des deutschen Volkes gleich. Es sind die Kreise, von denen Rathenau als von dem „verantwortungslosen, von Geschäften umnebelten Großbürgertum" gesprochen hat. Der Kampf um die Ablieferung von Lebensmitteln, die Hortung von Industriewaren, die lebensfremde freie Wirtschaft und die Preispolitik hat zu rücksichtslosen Erfolgen der Besitzenden gegen die Wenig- oder Gar-nichts-Besitzenden geführt.

Darum ist heute nicht die aktive Politik der Kommunisten in Westdeutschland das Gefährlichste. Ihr ganzer riesiger Apparat der Zersetzung und der Propaganda stößt auf so starke Momente der Abwehr, daß sie aus eigener Kraft und selbst durch die russische Unterstützung in Westdeutschland wenig Chancen haben. In der Praxis sind die gefährlichste Fünfte Kolonne des Weltkommunismus die großen Sachwertbesitzer und ihre politische Vertretung. Deren unsoziales, unchristliches und unmenschliches Verhalten gegenüber der krassen Not schafft mehr Verbitterung und mehr Mißtrauen gegenüber den Grundsätzen der Demokratie und des Sozialismus als alles kommunistische Geschrei und alle politische Perfidie der russischen Staatspartei auf deutschem Boden. Erschwert wird die Klärung der Kampffronten noch durch ideologische Ablenkungen und Vernebelungen. Die CDU ist in ihrem heutigen Umfang die stärkste Hypothek auf der deutschen Innenpolitik. Die spezielle Abart des Begriffes der persönlichen Freiheit, mit dem sie arbeitet, existiert nicht und ist eine wenig zeitgemäße Lehre von dem isolierten und atomisierten Individuum. Mit der Heiligsprechung auch der robustesten persönlichen Interessen auf Kosten der Allgemeinheit kann man nicht operieren, denn sie geht an den realen Erscheinungen des komplizierten gesellschaftlichen Lebens vorbei. Der Exzeß des Individualismus ist das Gegenteil von Freiheit. Die vernunftlose, nicht über den Tag hinausschauende Willkür ist eine Gefahr für die Freiheit.

Spinoza hat recht, wenn er erklärt, daß mehr Freiheit im Leben nach gemeinschaftlichem Beschluß ist als in der Einsamkeit.

Die liberalistische und rein egoistische Auffassung ist ein Versuch, die Ideen des „Nachtwächterstaates" wieder zu beleben. Wie das mit dem Gefühl der christlichen Verantwortung, der katholischen Soziallehre und der christlichen Moral in Verbindung zu bringen *ist, kann sachlich nicht erklärt werden. Es ist lediglich* eine Angelegenheit der robusten Ablenkungsagitation. Dabei verschiebt sich das ganze Bild in Deutschland. In den Westzonen muß jede Partei mit den ihr eigentümlichen Argumenten gegen den Kommunismus operieren und in der Zusammenarbeit mit den anderen Parteien dann die sozialen Voraussetzungen verändern, aus denen sonst die kommunistische oder nationalbolschewistische Chance erwachsen könnte. Leider haben westlich des Eisernen Vorhangs die CDU und die ihr nahestehenden Parteien den Kampf gegen den Kommunismus der Sozialdemokratie *allein überlassen. Das ist nicht nur aus den besonderen Verhältnissen für die CDU* und die Liberaldemokraten der Ostzone zu erklären. Dort hat man unter völliger Verkennung des Wesens des Totalitarismus und der Erfahrungen Nazideutschlands Blockpolitik getrieben, d. h. den kommunistischen *Hegemonieanspruch anerkannt.* Im Westen scheint stärker noch die Sorge um die Erhaltung des Besitzes das Motiv einer Politik gewesen zu sein, die alle Kräfte gegen die Sozialdemokratie konzentrierte und die Kommunisten, mit Ausnahme einiger Demonstrationsgesten, ziemlich ungeschoren läßt. Diese Auffassung entspricht dem nüchternen Kalkül, daß eine Machtergreifung der Kommunisten von den Besatzungsmächten nicht zugelassen wird. Auf der anderen Seite ist die sozialdemokratische Politik eine sehr nahe und gefährliche und wegen ihrer Legalität auch eine populäre Bedrohung des Eigentums, *das Nutznießung am Dritten Reich und Kriegsglück* erhalten und in seiner Bedeutung verstärkt haben. Schließlich empfinden die vom Glück Begünstigten dieses Glück noch als persönliches Verdienst. Von den vom Unglück Betroffenen meinen die Glücklicheren, daß sie ihr Schicksal verdient hätten.

Für die Flüchtlinge und Evakuierten bemüht man sich in einer Anzahl von Ländern. Aber das Gefühl, daß wirklich alles Erdenkbare getan wird, konnte bei diesen Schichten noch nicht hervorgerufen werden. Das Mißvergnügen der vom Unglück Verfolgten ist auch berechtigt, denn die Leistungen der Allgemeinheit ihnen gegenüber sind unzureichend. Das gilt nicht nur für die materielle Seite der Dinge, das gilt für die ganze Atmosphäre des menschlichen Wertens. Die Flüchtlingsfrage muß einheitlich für den politisch erreichbaren größtmöglichen Raum *geregelt werden und nicht aus einem Geiste der Mildtätigkeit,* sondern aus dem Geiste der Anerkennung der Berechtigung der Ansprüche der Vertriebenen.

Diese Lähmung des menschlichen Gefühls, dieses am fremden Unglück gleichgültige Vorübergehen zeigt sich auch in der Behandlung der *Kriegsgefangenenfrage.* Das Echo in der deutschen Öffentlichkeit gegenüber den sozialdemokratischen Forderungen auf Herausgabe aller Kriegsgefangenen in den östlichen Ländern war viel zu matt und ist viel zu schnell erlahmt. Die tägliche Verwaltungspraxis gegenüber den Zurückkehrenden geht sehr oft dumm und gleichgültig an dem schweren Schicksal der Menschen vorüber. Hier muß alles getan werden, um die Situation zu verbessern.

Auch die Behandlung der Wiedergutmachung an den beraubten Juden zeigt viel *Mattigkeit* und *ein Stück menschlicher Uninteressiertheit,* das aus tausend Schwierigkeiten erklärt, aber in keinem Fall wirklich entschuldigt werden kann. Hier ist das Fehlen eines deutschen Initiativwillens etwas, das auf mitfühlende Menschen beschämend wirken und dem deutschen Volk in der Weltöffentlichkeit Schaden bringen muß. Blitz und Donner einer von Sowjetrußland angeordneten Enteignungsaktion scheinen den besitzenden Kreisen in Westdeutschland vorläufig keine Gefahr zu sein, weil sie sich auf die westlichen Besatzungsmächte verlassen; so bleibt, ähnlich wie in der Weimarer Republik, die Angst vor langsamen sozialen *Reformaktionen,* an deren Gesetzmäßigkeit kein Zweifel besteht und denen man öffentlich auch gar nicht widersprechen kann, weil die Volksmassen eine solche Gesetzgebung für sozial gerecht und gut halten. Die Angst davor, etwas abgeben

zu müssen, wird von den Großkapitalisten auf die Masse der kleinen Eigentümer agitatorisch übertragen. Diese Stimmungen sind immer am stärksten in Krisenzeiten, wenn die Profite schrumpfen und die Zukunft eine unsichere Sache wird. Bei allen Formen des Faschismus hat darum die Besitzangst eine große Rolle gespielt.

Daß ein sachliches Entgegenkommen unter Opfern und unter Schmälerung des Eigentums oft das einzige Mittel ist, um den Verlust des Ganzen zu vermeiden, leuchtet sehr vielen Besitzenden nicht ein. Der Faschismus in einer Reihe von europäischen Ländern hatte ihnen in der letzten Vergangenheit eine Möglichkeit gegeben; denn es war ihm gelungen, das Kampfterrain so zu vernebeln, daß er auf einer ganz anderen Ebene zu dem entscheidenden Ringen antreten konnte. Vom sozial Konkreten hat er die Auseinandersetzung auf das mythisch-emotionelle Gelände hinübergeschoben.

Wie die Idee des Sozialismus vom Osten her zu einer formelhaften Staatsreligion gemacht und damit entdemokratisiert und entmenschlicht worden ist, gehört es zu den Waffen des Besitzes, den Marxismus als ein feindliches Prinzip zu denunzieren. Er wird als ein verruchter Materialismus geschildert, ohne daß man sich die Mühe macht, ihn zu begreifen. Einen nur ökonomischen Marxismus gibt es wohl bei einigen Nachbetern, aber nicht bei Karl Marx. Das Gros der Gegner des Marxismus ist unvergleichlich materialistischer als die Marxisten. Den Marxismus, gegen den die Beauftragten des Großbesitzes zetern, gibt es gar nicht. Auch die Gesten eines „Neorevisionismus" gegen den „dogmatischen Marxismus" gehen beim demokratischen Sozialismus ins Leere. Die Abschaffung von Auswüchsen und Versteinerungen ist uns selbstverständlich. Trotz des demokratischen Sozialismus in vielen Ländern, vor allem Europas, versucht die bewußt reaktionäre Auffassung, die Demokratie für den Kapitalismus und für die Freiheit in Anspruch zu nehmen. Es wird jetzt gerade in Deutschland gegen einen Phantom-Marxismus angekämpft, den es real in Mittel- und Westeuropa nicht gibt. Schon Lenin hat 1917 in Rußland nicht den Marxismus, sondern eine sehr subjektive, auf die Eroberung der Macht ausgerichtete, für Rußland zugeschnittene Spezialart des Marxismus, verbunden mit vielen anderen revolutionären Machtideen, besonders der romanischen Länder, verkündet.

Dadurch ist die Deklassierung des Marxismus in der Polemik eingeleitet worden. Große analytische und sozialphilosophische Ideen können ihre Handhabung als Staatsreligion nicht vertragen. Was wir heute in Deutschland an wissenschaftlichem Antimarxismus sehen, ist eine Anhäufung von Ignoranz, Begriffsverwirrung und wüstem Unsinn. Gerade die Unzulänglichkeit, Falschheit und Unehrlichkeit der Argumentation gegen den Marxismus birgt die Gefahr in sich, die riesige Menge derjenigen Menschen, die im Marxismus etwas anderes sehen als die Russifizierung einer sozialen Idee und einen roten Imperialismus, abzustoßen.

Es ist hier nicht die Gelegenheit einer Untersuchung darüber, was vom Marxismus noch Geltung hat und sachlich durch andere Ideen nicht dargestellt werden kann. Der Kampf um die Demokratie und den Sozialismus verlangt von seinen Streitern kein Bekenntnis zum Marxismus; aber heute noch liefert das Arsenal eines die neuen Tatsachen neu analysierenden Marxismus unverzichtbare Waffen. Die Sozialdemokratie ist darum auch nicht auf der Suche nach einer Ersatzideologie. Eine Massenpartei könnte nur bei völliger Hintansetzung der Parteidemokratie und diktatorischer Führungsmethoden eine Methode oder eine Geschichtsauffassung zu einem System unverletzbarer Gebote machen. Ein Wort aber sei gesagt zu dem lächerlichen Geschrei der Klassenkämpfer von oben über den Klassenkampf. Daß eine solche Art von Parteitheorie schlimmste Schäden anrichten kann, sehen wir bei den Kommunisten. Jede moderne demokratische Partei muß in ihrer geistigen Ahnenreihe und in ihrer Waffensammlung verschiedene Theorien haben. Eine einheitliche Parteitheologie wäre der Tod der Freiheit. Eine in ihrem inneren Wesen nichtdemokratische Partei aber kann nicht in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft die Freiheit verwirklichen.

Wir nähern uns in Teilen Deutschlands der Situation, daß politische Auffassungen und Forderungen jetzt vor der Möglichkeit der Realisierung stehen.

In der sowjetischen Besatzungszone wird die Russifizierung des Marxismus, die über den Leninismus zum Stalinismus geht, einfach befohlen. Die eigentlichen Machthaber dieses riesigen Apparates sind sich über die vom deutschen Gesichtspunkt aus vollkommene Sinnwidrigkeit des Unternehmens durchaus im klaren. Sie wissen, wie richtig das Wort Stalins ist: „Bei einem Deutschen wirkt der Kommunismus wie der Sattel auf einer Kuh." Dreißig Jahre Bolschewismus haben bewiesen, daß er den europäischen Völkern fremd ist und daß es einen aufgeklärten Absolutismus in proletarischer Abwandlung nicht gibt. Immer verliert sich dann im Verlauf der jahrelangen Praxis die Aufklärung, und der Absolutismus bleibt übrig. Niemand wird härter von ihm belastet als die arbeitenden Massen, zu deren Gunsten der ganze große soziale und politische Prozeß eingeleitet worden ist. Die proletarische Terminologie in der Agitation hilft nicht darüber hinweg, daß ein extremer Obrigkeitsstaat übrig ist, der auf den Grundlagen der Unfreiheit, der Ungleichheit und der Unbrüderlichkeit errichtet ist. Demokratie aber ist in jedem Fall die tatsächliche Selbstverantwortung, Selbstführung und Selbstverwaltung des Volkes.

Die russische Staatspolitik kann auf diese Weise in das innere Getriebe jedes anderen Landes eingreifen. Besonders wenn man die Knechtseligkeit der deutschen Kommunisten bei ihren Versuchen, den deutschen Westen — und vor allem Berlin — für die Sowjets zu erobern, sieht, wird man sich der Wahrheit des russischen Sprichwortes bewußt: „Wer einen Hund hat, braucht nicht selbst zu bellen!"

Es ist nicht nur die diametrale Gegensätzlichkeit in der Theorie, die Kommunisten und Sozialdemokraten in Europa zu den eigentlichen Gegenspielern werden läßt. Die Unmöglichkeit der praktischen Zusammenarbeit ergibt sich auch aus der Tatsache, daß nicht die eigene Erkenntnis, sondern die fremde Weisung die einzelnen Handlungen der kommunistischen Politik bestimmt. Daraus resultiert die strukturelle Unfähigkeit der Kommunisten zur Bündnistreue und jeder Form der Loyalität. Daraus kommen aber auch die permanente Parteikrise der Kommunisten und der Zwang zur dauernden Reinigung des Parteiapparates. Wir sehen diesen Vorgang in allen Ländern der Welt, und viele, die sich im Frühjahr 1946 dem Druck der Besatzungsmacht bei der Parteienvereinigung in der Ostzone gefügt haben, werden jetzt wieder Opfer dieser Parteiprinzipien.

Selbst in den Ländern Osteuropas ist die erzwungene Vereinigung zwischen Kommunisten und Sozialisten nicht so reibungslos vor sich gegangen, wie es den Anschein hatte. Fast überall haben sich die Sozialisten unter großen Opfern und Leiden gewehrt; fast in allen Fällen ist die Existenz von Renegaten, die den Zersetzungsprozeß in ihren eigenen Parteien förderten, das Ergebnis der Besatzung oder der nachbarlichen Nähe des riesigen bolschewistischen Reiches. Ein Unterschied aber ist zwischen den osteuropäischen sozialistischen Parteien und denen Mitteleuropas festzustellen. Die sozialdemokratischen Parteien in Österreich und Deutschland haben eine unvergleichbar andere Massenbasis als die sozialistischen Parteien Osteuropas und des Balkans. Aber nicht nur der Umfang der Parteien, sondern die Intensität im Leben der Völker ist eine ganz andere. Nicht die formale Existenz großer und alter Parteien wird durch die kommunistischen Versuche der Zersetzung und der Eroberung der Sozialdemokratie in Österreich und Deutschland angegriffen. In diesen beiden Ländern ist die Sozialdemokratie ein Stück der gesellschaftlichen und geistigen Existenz der Völker, ist aus dem Leben der Nationen nicht wegzudenken. *Daß man von seiten Sowjetrußlands den eigenen Parteikatechismus hier anzuwenden versucht hat, kann immer nur eine Verstärkung der Abwehr hervorrufen.* Hier gibt es keine wirksamen ideologischen Hilfskonstruktionen. Wenn man in allen Ländern den Nationalismus als Hilfsmotor für den Kommunismus ankurbelte, so hat das in Deutschland andere Konsequenzen. Schließlich sieht man ja, daß die Aufstachelung des Nationalismus in der ganzen Welt ausschließlich mit der Propagierung des Deutschenhasses, der Notwendigkeit, Deutschland zu bestrafen, und der angeblichen Zurückgebliebenheit der deutschen Kultur begründet wird. Mit dem Panslawismus, der von Lenin noch als reaktionär

strikt abgelehnt worden ist und den selbst der Zarismus mit einer gewissen Vorsicht handhabte, verwehrt sich der Bolschewismus selbst ein Eindringen in das nichtslawische Mitteleuropa. Die Lehre von der Souveränität der Völker wird von ihren sowjetischen Predigern alle Tage als sinnlose Floskel enthüllt. Die ganzen Agitationsvokabeln, wie „nationale Souveränität" und „Fortschritt", werden im mittleren und westlichen Europa nicht als zukunftsweisende Ideen empfunden. In Deutschland hat man sie in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gewiß als ganz modern und interessant empfunden, aber seit dieser Zeit ist die Entwicklung fortgeschritten, und die Verkündung solcher Parolen wird als äußerste Fremdheit empfunden.

Der Versuch, mit deutschen nationalen Formeln die politische Eroberung oder wenigstens die ökonomische Kontrolle Westdeutschlands durchzusetzen, hat sich am klarsten in der Forderung nach der „nationalen Repräsentation" ausgedrückt. Inzwischen ist klargeworden, daß eine solche nationale Repräsentation nur in der Form des Volkskongresses, d. h. der kommunistischen Majorität, möglich war. Als man auf sowjetischer Seite erkannte, daß diese taktische Zweckinstitution für die Verbesserung der russischen Position gegenüber den anderen Siegermächten nicht durchsetzbar war, ist das Interesse auch schnell erlahmt. Die russische Praxis hatte sich ja auch die ganze Zeit hindurch gegen jede wirkliche Realisierung der deutschen Einheit gewandt. Mit allen Mitteln hatte sie die Separierung der östlichen Besatzungszone durchgesetzt und den freien Verkehr der Menschen, Ideen und Güter unmöglich gemacht. In der russischen Politik gegenüber dem deutschen Volke steckte der Wunsch nach der Eroberung Deutschlands für Rußland unter den politischen Voraussetzungen, wie sie in der Ostzone herrschen. Der Mangel des guten Willens Rußlands, sich mit den anderen Siegermächten über die deutsche Einheit zu verständigen, ist der Grund der jetzigen Aufteilung Deutschlands. Daß dabei die Vertrauensseligkeit und innere Uninteressiertheit der westlichen Alliierten die heutige Situation der tatsächlichen Teilung hat schaffen helfen, wird von den Westmächten nicht mehr geleugnet.

Für ganz Europa gilt die Erkenntnis, daß sich dieser Kontinent allein nicht mehr in absehbarer Zeit aus der Stagnation herausarbeiten kann. Zwar haben die meisten Länder Europas die industrielle Produktion der Vorkriegsjahre überschritten, während die Westzonen vor der Währungsreform nur vierzig Prozent dieser Produktion erreicht hatten. Wenn die Produktionszahlen der Ostzone höher waren, dann deswegen, weil Rußland das von ihm besetzte Gebiet in außerordentlich hohem Maße für Reparationen aus der laufenden Produktion in Anspruch nahm. Die Währungsreform hat in den Westzonen die Produktionsergebnisse gesteigert. Aber das, was der Westen erzeugen könnte, schafft er aus mehreren Gründen nicht.

Die Demontage ist die direkte Verleugnung des Marshallplans. Nur in den wenigsten Fällen wird ein demontierter Betrieb in ausreichend kurzer Zeit entsprechende Leistungen an dem Ort seiner neuen Wirksamkeit zeigen. Die Menschen in Deutschland sind gerade in den Industriegebieten durch die Zerstörung des Wohnraums unbeweglich geworden. Dazu kommt, daß man nicht einen hoffnungsvollen Anfang mit der Inanspruchnahme der ältesten und bösesten Mittel einleiten kann. Mehr als vierzig Monate nach der bedingungslosen Kapitulation hat die Ungewißheit, ob die industriellen Anlagen erhalten bleiben oder nicht, bereits genug volkswirtschaftlichen Schaden und lähmende Passivität gezeitigt. Wir hatten gelegentlich unserer Amerikareise feststellen können, daß nicht nur die Gewerkschaften, vor allem die American Federation of Labor, diese Seite des deutschen Problems zu würdigen wußten, sondern auch weiterschauende Unternehmer, die die Unvereinbarkeit von Demontagen und Marshallplan erkannt hatten. Deutschland, als Ganzes gesehen, hat unendlich viel mehr Reparationen geleistet, als irgendeine fremde Aufstellung zuzugeben bereit ist. Auf der Konvention der American Federation of Labor hat ihr Präsident, Mr. William Green, die Thesen der deutschen Sozialdemokratie in der Behandlung der europäischen und deutschen Frage ausdrücklich als mit den Zielen der American Federation of Labor übereinstimmend

erklärt. Auch bei der CIO macht sich eine starke Wendung zu einem demokratischen Interesse in einem geordneten Europa geltend.

Dazu kommt, daß der deutsche Export zum großen Teil aus den Rohstoffen Kohle, Holz und Schrott besteht. Selbst wenn dieser Export zu Weltmarktpreisen bezahlt werden würde, kann er der wirtschaftlichen Erholung nicht dienen. Was wir brauchen, ist der Export von Waren, in denen Arbeitszeit und Arbeitsqualität repräsentiert sind. Den Kampf um den Veredelungslohn können wir niemand gegenüber aufgeben. Nur damit können wir Rohstoff- und Lebensmittelimporte erfolgreich bezahlen. Schließlich ist die bürokratische und viele Nachteile bringende Praxis der JEIA etwas, das die notwendigen Exporte beeinträchtigt.

Als die USA mit dem Marshallplan an Europa herantraten, verlangten sie von den Ländern dieses Erdteils einen gemeinsamen wirtschaftlichen Plan. Es wird schwer sein, im Rahmen von weltweiter Planwirtschaft im eigenen Lande mit den Grundsätzen eines verstaubten Wirtschaftsliberalismus zu arbeiten. Schließlich ist ja der deutsche Kapitalismus nicht so sehr das Ergebnis der überragenden Tüchtigkeit einer nach oben drängenden Schicht als vielmehr der Förderung kapitalistischer Unternehmungen durch den Staat, der selbst das Risiko vieler Investierungen in Preußen-Deutschland auf sich nahm. Selbst nach der erzwungenen Ablehnung des Marshallplans durch die Satellitenstaaten Rußlands sind die Meinungen in Europa weitgehend nationalwirtschaftlich bedingt. In so manchem Lande geht man an der Tatsache vorbei, daß eine positive nationale Zahlungsbilanz auf die Dauer nicht erhalten werden kann, wenn andere Teile Europas in ihren wirtschaftlichen Bemühungen erfolglos sind. Einige europäische Länder haben 1947 tatsächlich gemeint, die Aufforderung zur Mitarbeit an einem gemeinsamen europäischen Plan mit der Begründung ablehnen zu können, daß sie für „free enterprise" seien.

Die europäische Situation ist mit wenigen Strichen zu kennzeichnen. Europa selbst ist zum großen Teil kriegszerstört und verarmt. Asien ist zerrüttet. Die Schwierigkeiten der Handelsbeziehungen mit Osteuropa sind sehr ernst, und die USA werden kaum ein europäisches Land im Rahmen des ERP daran hindern, Handelsbeziehungen mit Osteuropa einzugehen. Die Sozialisten sind in vielen Ländern des Marshallplan-Bereiches Regierungsparteien. Aber auf die Dauer können sie dem arbeitenden Volke im Rahmen von Nationalstaaten wenig bieten, wenn es vorläufig auch in zwei oder drei kleineren Ländern noch anders aussieht. Eine Voraussetzung des wirtschaftlichen Kräfteausgleichs und der dauerhaften Erholung ist die Vereinheitlichung Europas zu einem großen inneren Markt. Dieses Ziel, verbunden mit der Schaffung eines gemeinsamen Dollar-Pools, wird angesteuert werden müssen. In vier Jahren muß die europäische Industrie in allen ihren Teilen modernisiert und leistungsfähig sein. Der Wettlauf der Länder kann nicht auf Kosten einzelner Länder ausgetragen werden. Die Massierung der Produktionsmittel an bestimmten Stellen Europas bestimmt auch ihre Produktionsweise. Dabei können nur der ökonomische Erfolg und das gleiche Recht für alle maßgebend sein. Es geht nicht mehr darum, ein Volk und eine Wirtschaft als Objekt anderer Staatssubjekte zu behandeln. Es geht nur um die ökonomische Neuordnung Europas ohne jedes Ressentiment. Die europäischen Völker müssen miteinander denken und arbeiten und nicht gegeneinander. Wenn sie dieses Ziel nicht erreichen, gefährden sie schon während der Dauer des Marshallplans die Regelmäßigkeit und Höhe der Zuwendungen. Nach Ablauf der Planzeit aber muß die europäische Wirtschaft in jedem Lande in einer Verfassung sein, daß sie auch ohne amerikanische Kredithilfe weiter existieren kann. Wir in Deutschland haben in der Geschichte der Weimarer Republik eine besondere Lehre erhalten. Nachdem die Demokratie durch die Inflation stark angeschlagen war, hat sie sich in der Periode der amerikanischen Kredite wieder erholt. Als aber in der großen Wirtschaftskrise der Zeitpunkt kam, an dem die USA nicht mehr willens und in der Lage waren, Schwächeerscheinungen der deutschen Wirtschaft durch Kredithilfen auszugleichen, wurde nicht nur das soziale Wohlergehen erschüttert, sondern auch der Prozeß der Faschisierung gefördert. Am Schluß dieser Entwicklung stand das Dritte Reich.

Stärker als jede andere Form des gesellschaftlichen und politischen Zusammen-

lebens ist die Demokratie vom Wohlergehen der Menschen abhängig. Darum wird das Funktionieren der deutschen Wirtschaft entscheidend sein für das, was politisch auf deutschem Boden sich entwickelt. Einer der größten Mängel ist der Mangel an Aufrichtigkeit und Redlichkeit. Oft freilich ist es auch nur eine Schwäche des Erkenntnisvermögens. Es ist nicht böser Wille bei allen Beteiligten, wenn die CDU verkündet: „Die große Stunde des christlichen Gewissens hat geschlagen!" und dann die Diktatur der großen Sachwertbesitzer durchführt. Die Beteiligten glauben eben noch an die Heilbarkeit der politischen, konfessionellen und sozialen Krise in dieser provisorischen Massenorganisation. Es wird aber für die deutsche Politik eine Notwendigkeit, daß das, was sich im Sinne der Reaktion betätigen will, sich auch als Rechtspartei etabliert. Es ist eine schwere Hypothek auf unserer politischen Entwicklung, daß die CDU in ihrer Frankfurter Praxis eine starre Rechtspartei ist und in ihrer Sprache sich als soziale Mittelpartei aufführt. Die alte Situation, daß sich ein linker Flügel des früheren Zentrums eigentlich immer dann am stärksten bemerkbar machte, wenn es galt, den Einbruch der Sozialdemokratie abzuwehren, vergrößert die Gefahren. Der heutige Zustand der Verfaulung weiter Teile der besitzenden Klassen darf nicht in den Mittelstand, den Kleinbesitz und die Arbeiterklasse hineinprojiziert werden. Man kann „Retter des Abendlandes" nicht im Kampf gegen die SPD werden. Ja, man kann die kommunistische Gefahr nur durch einen höheren Grad sozialer Gerechtigkeit aufheben.

Die CDU in Deutschland ist nicht von den deutschen Verhältnissen aus allein zu erklären. Nach dem Kriege haben sich in einer Reihe von Ländern die früheren klerikalen Parteien eine breitere Basis durch Betonung des guten Willens zur sozialen Gerechtigkeit zu verschaffen verstanden. Nicht überall ist es gelungen, die Anfangserfolge zu bewahren. Aber in den anderen Ländern war die Belastung durch den Besitzfanatismus nicht so groß wie in Westdeutschland. Immerhin zeigt schon das Beispiel Einaudi in Italien, welche Gefahren sich daraus ergeben können, daß Tempo und Intensität der sozialen Reform nicht energisch genug sind. Und das andere Beispiel, Reynaud in Frankreich, ist eine sehr eindringliche Lehre. Die Entwicklung des deutschen Parteiensystems ist noch nicht zu Ende. Und in vieler Hinsicht schleppen die Parteien rechts von der Sozialdemokratie die für das Dritte Reich typischen Denkbilder und Wertvorstellungen mit sich.

Im Jahre 1948 hat man speziell in Westdeutschland der Bevölkerung von seiten der Siegermächte gewisse Möglichkeiten gegeben, ihre politischen und wirtschaftspolitischen Verhältnisse auszudrücken. Die parallelen Aktionen in der Ostzone können zum Vergleich deswegen nicht herangezogen werden, weil sie völlig im Zeichen des Kommandos und der Diktatur stehen und bei ihnen jede deutsche demokratische Fundamentierung fehlt. Ein Ereignis von größter Bedeutung ist die Währungsreform. Sie ist das Werk der angelsächsischen Besatzungsmächte, vor allem der Amerikaner. Die deutsche Mithilfe hat sich auf den finanztechnischen Komplex beschränkt. Daß die Angelsachsen aber den radikalen Schritt der Währungsreform taten, ohne zugleich das Problem der Lastenverteilung zu gestalten oder wenigstens auf das richtige Gleis zu setzen, ist auch schon ein Stück Politik, und zwar eine, wenn vielleicht auch nicht bewußte, Parteinahme zugunsten des Großbesitzes. Bei den Auseinandersetzungen der deutschen Kräfte über den Lastenausgleich gaben sich die großen Eigentümer und ihre politischen Beauftragten die Möglichkeit, ihr wirtschaftliches Übergewicht als politische Kraft zur Geltung zu bringen.

Nach 1945 gab es die Möglichkeit, in Deutschland einen neuen Abschnitt der Politik zu beginnen. Die ersten Tage nach der Währungsreform haben dann bewiesen, daß das Verhalten vieler Sachwertbesitzer über alle Erwartungen der schlimmsten Pessimisten hinausging. Der Umfang der gehorteten Waren und Rohstoffe ist auch heute noch eine unbekannte Größe. Der Verbraucher und der Verkäufer der Ware Arbeitskraft gegen Papiermark steht nun in der Tiefe zwischen den beiden mächtigen Erhebungen der Agrarpreise und der Preise für Industrieprodukte. Er muß sich sagen lassen, daß es eine sachliche Notwendigkeit und eine durchaus moralische Angelegenheit gewesen sei, wenn die Eigentümer diese guten

Güter nicht gegen schlechtes Geld hergegeben hätten. Die deutsche Volkswirtschaft hätte sich von ihren Warenpolstern durchaus nicht zu entblößen brauchen, wenn sie vor der Währungsreform wenigstens einen Teil der zurückgehaltenen Waren in der jüngsten Vergangenheit den immer mehr verelendeten Schichten der vom Kriege am härtesten Betroffenen überlassen hätte. Unsägliches Elend wäre vermieden worden. Viel zuwenig wird in der deutschen Diskussion darauf hingewiesen, daß in den Tagen nach der Währungsreform viele Waren in einem Umfang und in einer Qualität in Deutschland zum Vorschein kamen, die in vielen Siegerländern in dieser Menge nicht vorhanden sind. Man könnte sich eine große Diskussion ersparen, wenn man die Eindrücke der ausländischen Presse hierzu wiedergegeben hätte. Denn schließlich ist es ja die unsagbare Not von Millionen von Deutschen gewesen, die über den Rahmen des Üblichen auch Hilferufe an das Ausland veranlaßt hatte. Dasselbe Ausland aber, das den Warenreichtum vieler Produzentenschichten in den Tagen der Währungsreform bewundern konnte, hatte — zum Teil sogar unter ausgesprochenen Opfern — den hungernden Massen in Deutschland Hilfe geleistet, eine Hilfe, zu der die besitzenden Kreise in Deutschland doch wohl in erster Linie verpflichtet gewesen wären. Kein nationales Bramarbasieren, keine dieser grauenhaften trivialen Sachverständigenschwätzereien kann über diese beschämende und schädliche Tatsache hinweghelfen. Diese wichtigtuerischen Redensarten, wie „Auspendeln der Preise" oder „sozialverpflichtete Marktwirtschaft", sind volkswirtschaftlich der bare Unsinn und haben keinerlei Beweiskraft.

Auf die Hortung der Waren ist eine kurze Periode der Hortung des Geldes durch den Warenverkauf gefolgt. Wenn aber Optimisten meinten, daß die Verbraucher jetzt imstande seien, die Güterbarrikade zu erstürmen, so sahen sie sich bald getäuscht. In dem Augenblick, in dem die Sachwertbesitzer geldlich liquide genug waren, machten sie eine Politik zur Warenzurückhaltung, der Verarbeitung der Rohstoffe unter dem Gesichtspunkt ihres persönlichen Profits und der Monopolpreise. Unter der Fahne der freien Wirtschaft ist die Anarchie der Beutemacher etabliert worden. Ein Egoismus, der alle Bindungen und volkswirtschaftlichen Zusammenhänge verkennt und ignoriert, ist zum maßgebenden Faktor geworden. So ist das individuelle Gutdünken der Nutznießer des Dritten Reiches das oberste volkswirtschaftliche Gesetz in Deutschland. Daß damit die Währung gefährdet und neue inflatorische Tendenzen geweckt worden sind, interessiert die Profiteure der Situation kaum. Die deutschen Arbeiter sind unter den großen Völkern des europäischen Kontinents die einzigen gewesen, die die Neigung zum Faschismus nicht durch eine Neigung zum Kommunismus abgelöst haben. Sie haben sich nicht einmal durch die verlockende Parole vieler osteuropäischer Sozialisten täuschen lassen, durch eine vorübergehende Suspendierung der Demokratie den Vorteil des Überspringens einer historischen Epoche zu ermöglichen. Sie sind fest auf dem Boden der Demokratie geblieben. Wenn aber die Vereinigung des Unverständnisses der Siegermächte mit der hemmungslosen Verdienerwut der deutschen Unternehmer soziale Erfolge der deutschen Sozialdemokratie unmöglich macht oder doch unerträglich hinauszögert, dann werden die gefährlichen weißen Flecke auf der politischen Landkarte Deutschlands größer. Dann kommen Chancen für den Kommunismus oder irgendeine Form des Neofaschismus, der in allen seinen möglichen Spielarten auch mit Sowjetrußland zusammenhängt. Jetzt sind noch alle diese Strömungen vor allem durch den Kampf der deutschen Sozialdemokratie, soweit innerdeutsche Faktoren in Frage kommen, gezwungen, zurückzuweichen. Mit der heutigen Interessenpolitik kann es auch nicht gelingen, einen genügend großen Teil des Mittelstandes und des Kleinbauerntums mit den Arbeitern und Intellektuellen zu alliieren; an Stelle einer Chance für den demokratischen Sozialismus erfolgt dann eine Stärkung der autoritären Tendenzen.

Man kann keine erfolgreiche und sozial ausgleichende Wirtschaftspolitik machen, wenn man unter den heutigen Voraussetzungen das Geld als den einzig gültigen Bezugschein auf die Ware hinstellt und zu gleicher Zeit die Warenverwertung hemmungslosen Egoisten überläßt. Die fiktive Souveränität der Konsumenten droht dann durch die reale Souveränität der Sachwertbesitzer überspielt zu werden.

Die deutsche Sozialdemokratie hat die Pflicht, alle ihre Kräfte auf diesen Punkt zu konzentrieren. Auch die Gewerkschaften kommen jetzt in eine entscheidende Periode. Sie sehen jetzt den Gegner vor sich. Der große Besitz wäre zum mindesten sehr leichtfertig, wenn er hoffen würde, durch eine erste Periode einer weitgehenden Enteignung der Kaufkraft der Konsumenten und einer Senkung des Nominaleinkommens seine Positionen zu verbessern. Die Gewerkschaften haben auch nach der Inflation in der Weimarer Republik von 1924 bis 1928 die Löhne zu verdoppeln verstanden. Diesmal werden die Kämpfe voraussichtlich noch erheblich härter, weil notwendiger werden.

Der kurze Traum von den Möglichkeiten der freien Wirtschaft nähert sich seinem Ende. Die Landwirte und der kaufmännische und gewerbliche Mittelstand werden bereits recht unruhig und müssen von den Wirtschaftsmandarinen mit der Hoffnung auf Erhöhung der Preise vertröstet werden. Darüber haben die bisherigen eklatanten Mißerfolge der Frankfurter freien Wirtschaft schon Klarheit geschaffen. Die ganze antiquierte Theorie, daß die freie Wirtschaft von selbst ein ökonomisches und soziales Optimum schaffen würde, ist im Wanken. Daß zur gleichen Zeit die Vorteile einer gebundenen Wirtschaft in Sachen Kartoffelpreise und Bewirtschaftung der Arbeitskraft in Anspruch genommen werden, ist den Frankfurter Zauberlehrlingen selbstverständlich. Sie hoffen immer noch, daß sich aus unerforschlichen Gründen die Preise in die gewünschte Relation einordnen werden. Die Massen werden nicht begreifen, daß die notwendige Kapitalbildung auf ihrem Rücken erfolgen soll. Sie werden dafür kämpfen, daß das Sparen des kleinen Mannes ein besseres Fundament der Volkswirtschaft ist und daß es politische und gewerkschaftliche Kampfmittel zur Erhöhung des realen Lohnes gibt. Es ist geradezu trostlos, wenn die CDU in der britischen Zone sich ausdrücklich zu einem extremen Wirtschaftsliberalismus bekennt, der sich weder mit dem Christentum noch mit der katholischen Soziallehre vereinigen läßt.

Die Wirtschaftspolitik der großen und reichen Länder geht überall darauf hin, die Kontrolle der Preise zu erhalten oder wieder einzuführen. Nur in dem ärmsten Lande, das auf Hilfe von allen Seiten angewiesen ist, pflegt man den Wahn, daß die freie Wirtschaft auch eine Senkung der Preise mit sich bringen würde. Die Erfahrungen verschiedener Arten von Währungsreformen in einer ganzen Anzahl von europäischen Ländern wird ignoriert. Es ist kein Zufall, wenn der Präsident der Hamburger Handelskammer, der selber ein Mann der freien Wirtschaft ist, der aber die Dinge aus eigener Praxis kennt, eine Vollversammlung ansetzte und gegen die „wirtschaftlichen Freibeuter" zu Felde zog. Der Sinn seiner Ausführungen ist einfach der, daß die Preise das Ergebnis einer sorgfältigen und scharfen Kalkulation und nicht einer robusten Konjunkturausnutzung und Profitjägerei sein dürfen. Das Schlimme in Deutschland ist eben, daß man von der Seite der Warenbesitzer noch gar nicht den Versuch unternommen hat, die Schere zwischen Löhnen und Preisen von der Seite der Preise her zuzudrücken. Es ist nun einmal nicht möglich, die Kredite durch überhöhte Preise zu schaffen. Das Preiswuchergesetz, mit dem man in Frankfurt die Dinge regulieren will, ist eine Farce. Es enthält dem Richter die konkreten Tatbestandsmerkmale vor, mit denen er operieren kann, und gibt der Justiz eine Aufgabe, die ihr fremd ist und mit der sie nicht fertig werden kann.

Die Sozialdemokratische Partei geht in diese Auseinandersetzung mit einem positiven Programm. Produktion und Kreditversorgung müssen geplant werden unter dem Gesichtspunkt der Versorgung der notleidenden Massen mit den lebensnotwendigen Gütern, einschließlich des Hausrats, der Möbel und des Hausbaues.

Wir haben Millionen, denen das Allernotwendigste fehlt. Die Vertriebenen, die Ausgebombten, die Kriegsbeschädigten, die Lohn- und Gehaltsempfänger und der akademische Nachwuchs können nicht vertröstet werden. Als wir in Amerika um Hilfe für das deutsche Volk sprachen, haben wir immer darauf aufmerksam gemacht, daß die Schnelligkeit und die Konzentration auf ganz konkret erkennbare Dinge entscheidend sind. Die Größe der Vernichtung des deutschen Nationalvermögens ist uns bekannt. Wir wollen keine jammervolle Philosophie der Konkurs-

quote, bei der der früher sehr Reiche noch Beträchtliches bekommt, während der Arme fast leer ausgeht. Der Umfang der Anerkennung der Ansprüche, die dann erst *in einer Reihe von Jahrzehnten allmählich realisiert werden könnten, ist nicht das* entscheidende Zeichen von einem guten Wällen, zu helfen und wiederaufzurichten. Die Praxis gegenüber den Fragen von heute ist das Moment, an dem sich die Geister scheiden. Der Grad der Hilfsbedürftigkeit und die produktive Arbeitsleistung müssen das bestimmende Moment für den Bezug von Waren sein. Eine Wirtschaft der rücksichtslosen Konjunkturausnutzung, verbunden mit den Versuchen, sogar den Marshallplan zur Bereicherung der deutschen Unternehmer auszunutzen, ist moralisch und politisch das Gefährlichste, was sich im Herzen unseres Kontinents entwickeln könnte.

Zur gleichen Zeit, in der sich seit 1945 zum zweiten Male die Ungerechtigkeit durchzusetzen droht, wird in Westdeutschland auf Anordnung der Alliierten der *Verwaltungsapparat mit der Tendenz der Entwicklung zum Staate hin reorganisiert.* Das Recht für die Deutschen, dabei mitzuwirken und ihren Willen politisch auszudrücken, steht in der öffentlichen Diskussion im Vordergrund. Nun ist es schon seit längerer Zeit so, daß der tatsächliche Einfluß und die formale Verantwortung deutscher Stellen nicht mehr übereinstimmen. Die effektive Freiheit ist in Westdeutschland neben der wichtigen Freiheit der politischen Willensbildung und der Kritik hauptsächlich die Freiheit, zu verdienen und Profite zu machen, in Ostdeutschland aber die Freiheit, unbeschränkt Reparationen aus der laufenden Produktion an die Sowjets zu zahlen. Die politisch-staatsrechtlichen Elemente der Freiheit sind in Westdeutschland durch ein intensiveres Verfassungsleben der Länder bisher gegeben gewesen. Aber eine rechtliche Sicherheit gegenüber den Alliierten *existiert auch hier nicht: Uneingeschränkt geht Besatzungsrecht jedem anderen* öffentlichen Recht in Deutschland vor. Wenn auch die demokratische Tradition der westlichen Sieger die Brutalität östlicher Anordnungen nicht zuläßt, so darf niemals vergessen werden, daß bis jetzt eine rechtliche Normung der Kompetenzen für Alliierte und für deutsche Stellen, die beide Teile verbindend verpflichtet, nicht gegeben ist.

Die Entwicklung ist im Fluß, und ein Provisorium löst das andere ab. Jede Argumentation, die heute richtig ist, kann morgen überholt sein. Aber man darf nicht vergessen, daß Freiheit sich nur entwickeln und erhalten läßt, wenn sie sich nicht nur auf das Individuum, sondern auch auf die Nation erstreckt. Wenn man gegenüber dem östlichen Totalitarismus das Banner der Freiheit aufpflanzt, so soll *man sich dessen erinnern, daß man auch politisch auf die Dauer für die Freiheit* nur kämpfen kann, wenn man selbst die Freiheit hat. Die Atmosphäre der Bevormundungen, Demontagen, Reparationen und Grenzberichtigungen gerade in dem Zeitpunkt der Gefährdung der nationalen Einheit ist gefährlich. Gewiß sind in dieser Hinsicht die Unterschiede zwischen der westlichen und der östlichen Besatzung groß, aber sie reichen nicht für einen machtvollen, das Volk begeisternden Start. Die außergewöhnliche Tatsache, daß das deutsche Volk seine Einheit auf jedem Gebiete mindestens für eine Episode zu verlieren droht, muß auch die Stärke der Kampfmittel bestimmen. Die magnetische Kraft des Westens soll auf den Osten Deutschlands und auf die östlichen und südöstlichen Länder überhaupt anziehend wirken. Das ist eine Meinung, die die Sozialdemokratie im Mai 1947 offiziell auf einer Tagung in Frankfurt zu ihrer Grundlage gemacht und dabei Berlin in die Zusammenarbeit mit dem Westen hineinzuziehen versucht hat.

Sieger sind erklärlicherweise mächtiger als Besiegte. Ob sie aber in jedem Fall ihre politischen Operationen klüger anlegen, scheint uns zweifelhaft. Ende 1947 und Anfang 1948 hat man bei der Errichtung und Festigung des für die Westzonen maßgeblichen Frankfurter Gebäudes die merkwürdigsten Dinge erlebt. Alle möglichen unrichtigen Meldungen über die Kooperation zwischen CDU und SPD mit dem Ziel der Schaffung eines Weststaates sind da durch die ausländische und die deutsche Presse gegangen. Die Sozialdemokratie ist von diesen Methoden, einfach überfahren zu werden, peinlich berührt. Sowjetrußland hat seine Zone vom übrigen Deutschland separiert und hält noch an dem Versuch fest, die heutige

Verwaltungsgrenze gegenüber Polen als definitive Staatsgrenze durchzusetzen. Die inneren deutschen Kräfte sind nicht stark genug, die Anerkennung der Welt für eine entgegengesetzte Politik zu erreichen. Wenn als Antwort darauf eine politische und administrative Reorganisation Westdeutschlands erfolgen soll, dann sind die Träger dieser Haltung die Westmächte, die die Entwicklung bis zu diesem Punkt haben gedeihen lassen. Uns ist speziell von amerikanischer Seite und einem Teil der ihr verpflichteten deutschen Lizenzpresse sehr viel erzählt worden über den Mangel an Mut zur Verantwortung bei den deutschen Politikern und unsere angebliche Angst vor den Russen und den Kommunisten. Wir brauchen uns da nicht zu rechtfertigen, denn wir haben uns bei der Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus erst gar nicht die Handschuhe auszuziehen brauchen, denn wir haben bei diesen Kämpfen niemals Handschuhe gehabt. Wir waren vor allen anderen politischen Faktoren für eine praktische und sachliche Reorganisation des ökonomischen und administrativen Aufbaues in Westdeutschland als Grundlage für eine politisch zu erkämpfende deutsche Einheit. Oft genug haben wir Vorwürfe wegen der deutschen Neigung zu Theorie und Dogmatismus hören müssen. Aber bei der Konstruktion des westdeutschen Wirtschaftsraumes haben wir bei den Siegermächten ein Übermaß von theoretischen Neigungen festgestellt. Ob es sich um die Perioden der Verhandlungen in Frankfurt, in Koblenz, in Rüdesheim, Herrenchiemsee und jetzt in Bonn handelt, immer hat man von uns verlangt, zuerst einmal staatsrechtliche Konstruktionen zu schaffen, die zum großen Teil für das Funktionieren nicht nötig sind und die bei ihrer Realisierung dem östlichen Totalitarismus Trümpfe in die Hand spielen. Die Deutschen können nur genau so viel Verantwortung übernehmen, als man ihnen an tatsächlichem Einfluß überläßt. Übrigens sollte man auch auf seiten der Okkupationsmächte niemals vergessen, daß die Deutschen, soweit sie etwas auf sich halten, nicht mehr Vertrauen zu den Besatzungsmächten haben, als diese den entsprechenden deutschen Faktoren gegenüber zeigen.

Die Arbeit an der Organisation Westdeutschlands ist außerordentlich erschwert worden durch die Tatsache, daß die öffentliche Diskussion der Prinzipien und die einzelnen zu empfehlenden praktischen Maßnahmen immer auf der Grundlage begannen, daß die maßgebenden Männer der Okkupationsmächte ihre Thesen verkündeten und dann irgendwelchen deutschen Stellen, meist den Repräsentanten der Länder, in überstürztem Tempo Äußerungen dazu abverlangten. Dabei ist man von alliierter Seite immer von der Meinung ausgegangen, daß sich die deutschen Repräsentanten in der Hauptsache den Eröffnungen der Alliierten anzuschließen hätten. In keinem Fall hat man mit entsprechenden Persönlichkeiten des deutschen öffentlichen Lebens die Dinge besprochen, bevor man sie der Öffentlichkeit übergab.

Das geteilte Deutschland ist ein Zustand, der aus dem Zwang der Verhältnisse der Sieger untereinander entstanden ist. Es gibt kein westdeutsches und kein ostdeutsches Staatsvolk. Die Institutionen von Frankfurt sind die westliche Antwort auf die politischen Manöver Sowjetrußlands in der Ostzone. Man kann von den Deutschen nicht verlangen, das auszusprechen, was die Sieger selbst zu sagen politisch nicht wagen.

Die absolute Klärung der Verantwortung ist notwendig. Es handelt sich von deutscher Seite ja nicht um die Verweigerung der Mitarbeit oder um ein Ausweichen. Es ist aber notwendig, die Verantwortung für jede Aktion klarzustellen. Die Sozialdemokratische Partei hat nach dem Fiasko der Londoner Verhandlungen damit fest gerechnet, daß unbeschadet der Maßnahmen in Westdeutschland und in Berlin die vier großen Siegermächte nicht in der Atmosphäre des Scheiterns der Londoner Konferenz stehenbleiben würden. Wir haben auf neue Zusammenkünfte der Okkupationsmächte mit dem Ziel der Regelung der deutschen Frage im Rahmen einer möglichst friedlichen Verteilung der Macht in der Welt überhaupt gerechnet. Schließlich ist ja auch für die Einsichtsvollsten und Hilfsbereitesten unter den Siegermächten die deutsche Frage eine Angelegenheit, deren Regelung nicht den Deutschen zuliebe vorgenommen wird. Es handelt sich um ein Stück Machtverteilung der Okkupationsmächte, das sich auf deutschem Boden abspielt,

aber nicht um eine Neuschaffung Deutschlands der Deutschen willen. Darum sollten unserer Meinung nach der Osten und der Westen die Verantwortung auch sichtbar dafür tragen, was sie wollen und was sie tun. Da es möglich ist, dabei aus den verschiedensten Gründen die Dinge schlechter oder besser für das deutsche Volk zu gestalten, werden die deutschen politischen Faktoren auch stets zur Mitarbeit bereit sein. Sie dürfen aber nicht mit Elan etwas als Endgültiges deklarieren, was die Mächtigen selbst nur als Zwischenlösung empfinden und woran sie sich nicht gebunden fühlen.

Worum es in Deutschland geht, das sind Dinge der Praxis, der Organisation für die Erstarkung der Wirtschaft und für die Durchführung des Marshallplans. Die einzelnen deutschen Länder haben nicht die Möglichkeiten dazu, und die Verlagerung der bescheidenen Kompetenz an die Länder würde Deutschland bei der Reorganisation seiner Wirtschaft ökonomisch fast funktionsunfähig machen und es noch weiter gegenüber anderen europäischen Ländern benachteiligen.

Daß die Ministerpräsidenten den Parlamentarischen Rat vorbereiten sollten und die Abgeordneten von den Landtagen delegiert worden sind, ist lediglich eine Angelegenheit der Praxis und bedeutet nicht die Ableitung im Sinne einer historisch-politischen Ahnenreihe. Es ist mit diesen Aktionen ein Stück Technik bei der Regulierung der Fragen vorhanden, aber nicht eine verpflichtende Vorwegnahme in der Betrachtung der Dinge. Bei der Konferenz in Herrenchiemsee und bei der Einberufung des Parlamentarischen Rates nach Bonn geht es nicht um Bejahung oder Verwertung staatsrechtlicher Prinzipien. Herrenchiemsee sollte eine Erleichterung für Bonn sein und hat nichts Verpflichtendes weder nach seiner Quelle, noch seinen Methoden, noch seinem Ergebnis.

Wenn der Parlamentarische Rat in Bonn eine Satzung zu schaffen in der Lage ist, so entsteht dort das Ergebnis der Arbeit originär. Der Parlamentarische Rat ist der einzige Rechtsschöpfer. Er bedarf keiner Assistenz durch irgendeine andere Instanz, seien es deutsche Länder, seien es die Alliierten. Die Okkupationsmächte sind machtpolitisch in der Lage, das Produkt der Bonner Arbeit zu verwerfen oder anzunehmen. Aber über die ewigen Prinzipien hinaus, die als Resultat der Londoner Besprechungen Auflagen für die deutsche staatsrechtliche Arbeit sind, gibt es keine zwingenden Auflagen.

Um gleich historische Belastungen abzuwehren, sei auch hier gesagt, daß es nicht um eine Institution geht, die einmal ein „Bund" genannt werden soll. Diese Bezeichnung hat ihre geschichtliche Eigenart und Belastung. Solche Worte verpflichten nicht. Für Westdeutschland soll etwas geschaffen werden, was eine verpflichtende Satzung, aber nicht, was eine Verfassung ist. Die Sozialdemokratie will einmal die Deutsche Republik, die in gleicher Weise aus dem politischen Willen des deutschen Volkes wie aus der Schaffung eines erträglichen Verhältnisses der Sieger untereinander entsteht.

Der wichtigste Teil des organisatorischen Aufbaus wird nicht in Bonn geschaffen, sondern ist das Besatzungsstatut, das den gemeinsamen Rechtsboden für die Okkupationsmächte wie für die Deutschen abgibt. Darum hätte eigentlich das Besatzungsstatut vor der von Deutschen erarbeiteten Satzung, mag man sie Grundgesetz nennen oder nicht, entstehen müssen. Wenn die Opportunität und die Bequemlichkeit in der Behandlung der deutschen Frage durch die einzelnen Besatzungsmächte maßgebend sein würden, dann wäre die deutsche Satzung in ihrer Bedeutung entscheidend gemindert. Ob es die Besatzungskosten anbetrifft, mit deren heutiger Höhe die von den Okkupationsmächten geschaffene Währung entscheidend bedroht ist oder ob es um das rechtliche Verhältnis zwischen alliierten und deutschen Stellen und Personen geht, stets wird der Inhalt des Besatzungsstatuts gewissermaßen der wichtigste Teil der deutschen Satzung sein. Hier erfolgt der entscheidende Absprung. Hier macht man ihn oder man unterläßt ihn. Hier folgt aus der tatsächlichen Macht auch die tatsächliche Verantwortung. Hier wird die entscheidende Frage beantwortet, ob ein Werk von tatsächlicher und rechtlicher Bedeutung geschaffen wird oder ob man weiter der Neuordnung der europäischen Verhältnisse ausweicht.

Der Inhalt des in Bonn zu schaffenden Entwurfes ist uns nicht bekannt. Die Grundlinien sozialdemokratischer Auffassungen sind kein Geheimnis. Das Ergebnis von Bonn soll praktisch, gescheit und handlich sein, aber nicht eine deklamatorische Übersteigerung. In Bonn werden wir Sozialdemokraten nicht den Ehrgeiz haben, die großen geschichtlichen Vorbilder der alten demokratischen Verfassungen mit Worten und Beteuerungen zu übertreffen. Hier soll ein den Realitäten entsprechendes Provisorium entstehen. Es ist wahrscheinlich, daß mit gegnerischen Einflüssen gerungen werden muß. Sicher werden aus dem bisherigen Verfassungsleben der Länder gewisse Exzesse des Föderalismus gebändigt werden müssen, wenn das Werk von Bonn die materielle Bedeutung der wirtschaftlichen Erstarkung, zuerst Westdeutschlands, hervorbringen soll. Wegen der Ungewißheit, die aus den Einflüssen anderer deutscher oder ausländischer Prinzipien entstehen kann, kann noch keine Partei sagen, wie sie sich abschließend zu dem Entwurf von Bonn stellen wird. Bei allem guten Willen, reale Möglichkeiten auszunutzen, weiß auch die Sozialdemokratie heute noch nicht, ob sie in der Lage ist, den Entwurf annehmen zu können. Darüber entscheidet sein Inhalt. Aber keinerlei noch so ideales Staats- und Völkerrecht hilft über die Tatsache hinweg, daß wir jetzt in ein Stadium getreten sind, in dem die soziale Frage die eigentlich politische Frage ist. Die neuentbrannten Klassenkämpfe werden darüber entscheiden, ob resigniertes Achselzucken oder Freude am politischen Aufbau bei den Menschen in Deutschland entscheidend sein werden. Sie werden auch das Urteil über das Werk von Bonn bestimmen.

Zur Zeit wird das Interesse der Welt wie der öffentlichen Meinung in Deutschland durch den Kampf um Berlin bestimmt. Wenn man in Deutschland auch weiß, daß es hier um ein Messen der gegnerischen Kräfte im Lager der Sieger geht, so ist man den Angelsachsen für die Schaffung der Luftbrücke nicht nur in Berlin dankbar. Die Leistung der Besatzungen der amerikanischen und der britischen Luftwaffe in der Versorgung Berlins wird nicht nur politisch, sondern auch ausgesprochen menschlich empfunden. Diese Sympathien sind ein bedeutsames Politikum. Aber voll Mißtrauen betrachten viele Deutsche die alliierte Auseinandersetzung um die Währung in Berlin. Eine einheitliche Währung ist in Berlin nur möglich bei einheitlichen Grundlinien der Wirtschafts-, Finanz- und Kreditpolitik. Die Sorgen, daß hier Sowjetrußland eine Position eingeräumt wird, die es zu einer anderen Form der Eroberung von Berlin ausnützen könnte, wollen nicht verstummen. Außerdem ist die östliche Währung aus einer Reihe von Gründen von geringerer Qualität. Hinzu treten die Sorgen um die Beherrschung der Polizei. Die Berliner Polizei hat in dem Umfang an Respekt und Vertrauen gewonnen, als sie sich vom kommunistischen Einfluß freigemacht hat. Die Russen wollen die Westpolizei zurückerobern oder zerschlagen. Das ist darum für sie so wichtig, als die Form der revolutionären Machteroberung durch die Kommunisten im allgemeinen vorüber ist. An die Stelle des revolutionären Aufstandes ist längst die „Machtergreifung" unter dem Schutz der Polizei und der anderen staatlichen Organe getreten. Diese Tatsache zeigt, wie weit der Prozeß der Faschisierung der kommunistischen Politik gediehen ist.

Dieser große Kampf um Berlin hat seine repräsentative Bedeutung für alle Schauplätze, auf denen mit den Mitteln des kalten Krieges gekämpft wird oder gekämpft werden kann. Die Tapferkeit der Berliner gibt auch Auskunft über den tatsächlichen Ablauf der geschichtlichen Entwicklung in den letzten fünfzehn Jahren. Hier konzentriert sich, was an ideeller Kraft in der deutschen Sozialdemokratie lebendig ist und was an Wünschen und Hoffnungen in der deutschen Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone lebt. Denn seit den Tagen der durch die SMA erzwungenen Vereinigung haben die unterdrückten Sozialdemokraten der Ostzone außerordentliche Opfer gebracht. Es ist manchmal etwas peinlich zu sehen, wie diese Dinge ignoriert werden und andere politische Parteien Verdienste für sich zu okkupieren versuchen, die durch ihre illusionäre Praxis das Märchen von den demokratischen Qualitäten der Volksdemokratie wachsen und gedeihen ließen.

Wenn man Berlin mit manchen anderen Ländern außerhalb Deutschlands vergleicht, dann weiß man, daß die deutschen Abwehrkräfte sich vor irgendwelchen

Vergleichen nicht zu scheuen brauchen. Die ganze Entwicklung der letzten vierzig Monate aber soll der Welt mehr Gefühl für eine gerechte Beurteilung der Deutschen in ihrem Kampf gegen den Nazismus gegeben haben. Man hat jahrelang in Deutschland auch die stärksten physischen Auseinandersetzungen nicht gescheut, bis die Gesetzlichkeit der „Entlasteten" der Demokratie moralisch das Rückgrat brach. Die Verlustlisten der Ostzone und Berlins sind neue Bekundungen des niemals erstorbenen Abwehrwillens gegen die Diktatur.

Europa ist ein Kontinent eigener Prägung, erfüllt mit vielen Völkerindividualitäten. Die bloße Gegenüberstellung Sowjetrußlands und der USA wird dem tatsächlichen Bild nicht gerecht. Diese problemlose Erstarrung wäre der freiwillige Verzicht auf die selbständigen und ursprünglichen Kräfte der europäischen Demokratie und die Integration Europas.

Man spricht jetzt viel von der „Dritten Kraft". Der Ausdruck ist irreführend, denn er bezeichnet etwas, das fast in jedem Lande anders ist als in allen anderen Ländern Europas und für das gesamte Europa wieder seine besondere Bedeutung hat. Wenn man die Bedingungen der Länder analysiert, dann findet man in manchen Fällen, daß die „Dritte Kraft" die Kraft des demokratischen Sozialismus ist. In anderen Ländern wieder ist sie die Kraft, die aus der Zusammenarbeit der Sozialdemokraten mit den sich sozial und human verpflichtet fühlenden Teilen anderer Schichten und Richtungen entsteht. Immer aber ist in dem Begriff der „Dritten Kraft" eine positive Berührung mit dem Sozialismus und das Bewußtsein spezifisch europäischer Eigentümlichkeit lebendig.

Der Ausdruck „Dritte Kraft" stellt keine Wertung der beiden anderen sichtbaren Kräfte, am wenigsten das falsche Urteil einer Gleichartigkeit dar. Es kann gut sein, daß der Ausdruck von der „Dritten Kraft" eine kurze zeitliche Bedingtheit darstellt. Aber die Verbindung von Sozialismus, Demokratie und Freiheit in spezifisch europäischen Formen ist etwas, das nicht vorübergehend ist.

In welcher Gestalt diese Strömungen in Deutschland lebendig werden, kann man nicht mit exakter Bestimmtheit sagen. Wir sind nicht mehr fern von politischen Wahlen in Westdeutschland. Wir wissen auch nicht, inwieweit der Wille zum Sozialismus und zur sozialen Gerechtigkeit die Entwicklung der anderen politischen Parteien beeinflußt. Dem deutschen Volk wird mit seiner Wahlentscheidung eine schwere Aufgabe gestellt. Die Sozialdemokratie weiß, daß Regieren und Opponieren fast gleich wichtige Faktoren sind. Sie ist unter ganz gewissen Voraussetzungen zur intensivsten Mitarbeit bereit, sie ist aber nicht bereit, die Interessen der Besitzenden den Interessen der arbeitenden Massen und der Hilfsbedürftigen vorzuziehen. Darüber entscheiden das Wahlresultat und die Einsicht der anderen. Die Möglichkeiten der Praxis werden genau ausgewogen und die Politik bestimmen. Sozialdemokratische Regierungstätigkeit bedeutet den Kampf um die Gleichwertigkeit des deutschen Volkes gegenüber anderen Völkern und den Aufbau eines demokratischen Deutschlands auf den Grundsätzen sozialer Leistung und sozialistischer Strukturänderung. Die europäische Demokratie wird auf die Dauer ohne Sozialismus nicht möglich sein. Das sollten alle erkennen, die mit der Sozialdemokratie politisch kooperieren wollen. Der Versuch, die Hegemonie des deutschen Kapitalismus in Westdeutschland auszurichten, trifft auf die sozialdemokratische Gegnerschaft. Sozialismus ist nicht die pathetische Deklamation einer Feierstunde. Sozialismus ist der Inhalt eines politischen Lebens in einem demokratischen Europa.

Vorsitzender Gnoß: Die Ausführungen des Genossen Kurt Schumacher zeigen, wie sehr durch sein Empfinden unseren Vorstellungen und unserem Denken Ausdruck gegeben worden ist. Ich habe die Überzeugung, daß seine Gedankengänge in unseren Herzen weitergetragen und in unserer Arbeit ihre Verwirklichung finden werden.

Wir kommen zur Aussprache über das Referat des Genossen Dr. Kurt Schumacher in Verbindung mit den Ihnen vorliegenden Anträgen in der Vorlage Nr. 2, 3 bis 9 und auch dem Antrag zu der Entschließung zu dem Referat, Antrag Nr. 50. Ich bitte um Wortmeldung.

Carlo Schmid, Tübingen: Eine der Formen, in denen die Sieger dieses Krieges der Totalität ihres Sieges Ausdruck verliehen haben, ist, die Übernahme der Gestaltung der politischen Verhältnisse in Deutschland durch die Besatzungsmächte selbst. Zuerst so, daß man die Ausübung der deutschen Volkssouveränität völlig in der Breite und in der Tiefe blockiert hat; dann so, daß die Besatzungsmächte diesen Anspruch auf das Monopol der Gestaltung der deutschen Dinge immer mehr und mehr lockerten, daß sie immer weitere Schichten der deutschen Volkssouveränität zur Ausübung freigaben. Dieser Prozeß wird weitergehen müssen. Zum Abschluß wird er erst gekommen sein, wenn das gesamte deutsche Volk in die Lage versetzt sein wird, in freier Selbstbestimmung sich die Formen und Inhalte seiner politischen Existenz zu bestimmen. Wir sind noch nicht soweit. Im Osten tummeln sich noch die brutaleren Formen der Fremdherrschaft, — darum die brutaleren, weil man dort zu der Last einer politischen Polizei noch die Alleinherrschaft einer Quisling-Partei fügt. Auf diese Weise probiert man bei uns jene modernste Methode des Imperialismus aus, der man den Namen Volksdemokratie gegeben hat. So vielversprechend auch die ersten Versuche ihren Urhebern erschienen sein mögen, in Deutschland wird diese Methode nicht gelingen, und daß sie nicht gelingen wird, dafür haben wir das Versprechen des Volkes von Berlin. (Bravo)!

Im Westen ist die Lage heute die, daß die drei westlichen Besatzungsmächte den Deutschen freigestellt haben, in dem Gebiet der drei Westzonen eine politische Verwaltung zu errichten. Manchem erscheint das schon als der Frühling einer vollen Freiheit. Das ist ein Irrtum, denn es sind dabei uns Deutschen schwere Auflagen gemacht worden, Auflagen in der Prozedur und Auflagen substanzieller Art. Es ist also, insbesondere in Anbetracht der vielen Vorbehalte, die die Besatzungsmächte für sich gemacht haben, die Freiheit, von der wir Gebrauch machen können, nur eine sehr relative Freiheit, und zwar relativ in doppeltem Sinne: einmal räumlich, weil man nicht dem ganzen deutschen Volk gestattet, sich neu zu organisieren, und zweitens relativ im Hinblick auf die Substanz, auf die Fülle dieser Freiheit.

Der Parlamentarische Rat, der nun in Bonn zusammengetreten ist, hat die Aufgabe, das im Rahmen dieser Freigabe an Organisation Mögliche zu leisten. Die Fraktion unserer Partei ist von der Notwendigkeit durchdrungen, daß auf der jeweils höchstmöglichen territorialen Stufe eine von den Deutschen geschaffene und von ihnen demokratisch kontrollierte politische Verwaltung zu schaffen ist. Auch bei größtem Wohlwollen der Besatzungsmächte werden wir unsere Angelegenheiten unter allen Umständen besser verwalten, als sie es bisher konnten. In Bonn wird keine endgültige Lösung versucht werden. Alle, die dort wirken, zum mindesten alle Sozialdemokraten, wissen, daß nur ein Provisorium geschaffen werden kann, also etwas, das seine zeitliche Befristung in sich selber tragen muß, denn die künftige und endgültige deutsche Verfassung wird nicht in Abänderung des Bonner Statuts geschaffen werden, sondern an dem Tage, an dem die Deutschen wieder über sich selber bestimmen können, originär. Dieser provisorische Charakter schließt nicht aus, daß wir eine Lösung werden finden müssen, die es erlaubt, allen Aufgaben gerecht zu werden, die uns die Zeit stellt. Diese Lösung wird aber genau im Verhältnis stehen zu dem Maß an konstitutiver Freiheit, die man uns gewähren wird. Es soll aber die Organisation, die wir schaffen wollen, darüber hinaus auch die Möglichkeit geben, den Raum, der unserer Freiheit gegeben worden ist, zu erweitern und unter Umständen diese Erweiterung auch durchzusetzen und einzuleiten. Ob wir das können werden, das wissen wir heute noch nicht. Ein entscheidender Faktor wird die Art und Weise sein, wie das Besatzungsstatut ausgearbeitet werden wird, und den Worten Schumachers hat hier wohl niemand etwas hinzuzufügen.

Die Haltung der Fraktion in Bonn wird getragen sein von dem Bestreben, in jedem Augenblick realistisch zu bleiben und sich nie Illusionen irgendwelcher Art hinzugeben. Wir wollen uns nicht, wie gelegentlich gesagt wird, vor der Verantwortung drücken, wir wollen nicht irgendeiner echten Verantwortung ausweichen,

sondern wir wollen gerade die Möglichkeit einer echten Verantwortlichkeit schaffen, und das setzt voraus, daß man auf Fiktionen verzichtet, auch dort, wo sie sich uns in höchst suggestiver Weise präsentieren. Wenn wir das nicht täten, dann würden wir letzten Endes die betrogenen Betrüger sein, und das wollen wir nicht werden. Aus diesem Grunde wollen wir keinen „Staat" ins Leben rufen und darum auch keine „Verfassung", denn wenn man eine Verfassung in echtem Sinne des Volkes machen will, muß man von der Bildung eines Staates ausgehen. Das können wir aber nicht, weil wir in Anbetracht der Einschränkungen, denen wir unterworfen bleiben sollen, außerstande sind, mehr ins Leben zu rufen als eine politische Verwaltung, die von einer vollen Staatlichkeit genau so weit entfernt bleiben wird, als die uns freigegebene konstitutive Freiheit von der vollen Volkssouveränität entfernt gehalten wird. Wir können nicht mehr schaffen, als ein Staatsfragment. Ein gut organisiertes Staatsfragment ist aber für uns heute nützlicher als eine noch so barock aufgeputzte Staatskulisse, die zu nichts anderem taugen wird, als dazu, falsche Hoffnungen zu erwecken und die Demokratie in Deutschland auf eine Generation hin zu diskreditieren.

Bei den anderen Parteien, die in Bonn vertreten sind, scheinen andere Absichten vorzuliegen. Man hat aus den ersten Reden, die gehalten wurden, den Eindruck gewonnen, daß z. B. die CDU und die kleinen Splitterparteien in Bonn ein Gebilde schaffen möchten, das so staatlich als möglich sein soll. Aus welchem Grunde tun sie das wohl? Vielleicht zum Teil deswegen, weil sie sich wenig Mühe gemacht haben, die Wirklichkeit von heute zu analysieren und daraus die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Sie haben diese Haltung aber zweifellos auch aus machtpolitischen Gründen eingenommen, und ich sehe hier folgende Gedankengänge am Werk: erstens diese Parteien glauben, daß die privilegierte Position, die ihnen in Westdeutschland die Spaltung Deutschlands durch die sowjetische Ostzonenpolitik geschaffen hat, durch eine mögliche Intensivierung des Bonner Werks gefestigt werden könnte. Auch hier profitiert die Reaktion von der Politik der Russen. Sie glauben weiter, daß es ihnen gelingen könnte, die endgültige deutsche Verfassung durch Verfestigung der Auflagen, die die Besatzungsmächte uns auferlegt haben, zu präjudizieren. (Unruhe. Vorsitzender Gnoß bittet darum, den Ausführungen des Redners mit der gleichen Aufmerksamkeit zu folgen, wie dem Referat des Genossen Schumacher.)

Sie glauben weiter, daß sie heute eine besondere Chance haben, die heutige Lethargie unseres Volkes im Sinne ihrer undemokratischen Auffassungen ausnützen zu können Im Referat Schumachers ist ausgeführt worden, in welchem Maße es zur Technik der Reaktion gehört, die politische Dynamik, die in den politischen Parteien verwirklicht ist, zu diskreditieren und statt ihrer alles Bürokratische besonderem Wohlwollen zu empfehlen... Und schließlich glauben diese Parteien, heute im besonderen Maße Vorteil ziehen zu können aus dem Pathos, das sich die Länder in der Zeit des Zusammenbruchs gelegentlich erworben haben.

Aber nun fragen wir diese Leute, was für einen Staat wollt ihr denn machen? Wollt ihr etwa einen westdeutschen Staat gründen? Wo habt ihr dann das westdeutsche Staatsvolk dafür? Wenn ihr behauptet, daß es so etwas gibt, dann könnt ihr es nur, indem ihr einen separatorischen Akt vollzieht, und dann werden euch die Deutschen nicht folgen. Oder wollt ihr in Westdeutschland die Deutsche Republik konstituieren? Man könnte dann die Frage stellen, wieso denn die Westdeutschen sich dafür legitimiert halten könnten? Aber nehmen wir an, daß die Deutschen im Osten heilfroh wären, wenn wir für sie hier die Deutsche Republik errichteten, — zur richtigen Ausgestaltung dieser Deutschen Republik fehlten dann aber immer noch die Stimmen der Sozialisten Berlins und der Ostzone! (Beifall!) Wir können ja die Deutsche Republik nicht vom Zufall der soziologischen Struktur des Westens aus gestalten, und wir wollen das auch nicht tun. Und dann überlege man doch einmal dabei das Risiko, das man einzugehen hätte. Eine im Westen konstituierte Deutsche Republik wäre doch in ihrem Bestand und ihrem täglichen Leben völlig abhängig von den Besatzungsmächten des Westens. Welcher Schlag würde der deutschen Demokratie versetzt, wenn sich etwa in Moskau oder anderswo

die vier Besatzungsmächte auf eine andere Politik einigen würden, als die des Londoner Abkommens. Wer garantiert uns, daß dies nicht geschieht? Man macht uns Sozialdemokraten den Vorwurf — Kurt Schumacher hat schon davon gesprochen —, wir verlangten zu wenig, wir begnügten uns mit dem, was man uns anbiete und schließlich wollten wir noch weniger. Nun, verehrte Zuhörer, wir wären schon heilfroh, wenn uns das jeweils Angebotene auch jeweils faktisch gegeben würde! Allein, oft verfährt man anders mit uns. Wenn wir aber einmal mehr fordern, als man uns angeboten hat, wie es zum Beispiel vor einer Woche geschah, als wir die Berliner zu vollberechtigten Vertretern des Parlamentarischen Rats machen wollten, da schickte man uns die Verbindungsoffiziere, die uns zu erklären haben: Halt! Das könnt ihr nicht tun; damit würdet ihr außerhalb des Bodens der Londoner Abmachungen treten. Wir wollen uns auf solche Hasardgeschäfte nicht einlassen, wir wollen reell bleiben, und deswegen wollen wir in Bonn nicht mehr machen als ein Grundgesetz für ein Staatsfragment, das ausreichend organisiert werden muß. Einen Staat im Vollsinne können wir erst dann machen, wenn eine Einigung der vier Besatzungsmächte über eine gesamte deutsche Politik erfolgt ist. Jede andere Lösung müßte mit dem Risiko einer Weltkatastrophe erkauft werden.

Welches werden nun in Bonn die Hauptkampfpunkte sein? Das läßt sich jetzt schon einigermaßen voraussehen. Es wird von der Fraktion zuerst gekämpft werden müssen um die Anerkennung unseres Standpunktes, daß das politische Gebilde, das wir im Westen schaffen, kein „westdeutscher Staat" werden darf, sondern nur ein Fragment der gesamtdeutschen Staatlichkeit. Es wird weiter darum gerungen werden müssen, daß die Institutionen, in denen das Demokratische dieses Grundgesetzes zum Ausdruck kommen soll, nicht nur Fassadendekorationen sind, sondern echte effektive Demokratie, wir werden also dafür besorgt sein müssen, daß nicht nur solche Dinge wie Blockpolitik und volksdemokratische Kunststücke nicht geschehen können, sondern auch, daß unsere Demokratie sich nicht auf eine bürgerliche Formaldemokratie beschränkt, die nichts anderes wäre als Werkzeug und Tarnkappe für eine Bürokratie und für ein Honoratiorenregiment des Besitzbürgertums. Und schließlich wird man in Bonn sehr ernsthaft über das Problem der effektiven Gestaltung des Föderalismus zu reden haben, das eng gekoppelt ist mit dem Problem der Neugliederung Deutschlands in Länder. Hier ist unser Standpunkt klar. Wir wollen keinen zentralistischen Kommandostaat. Wir wollen nur so viel Staat, als nötig ist, und dafür so viel Selbstverwaltung, als möglich ist. Wir wollen durchaus von unten aufbauen, aber der Aufbau von unten hält nicht, wenn man ihn nicht von oben plant. Das Wort „Aufbau von unten" ist eine bloße Redensart, wenn es nicht ergänzt wird durch „Planung von oben". Darum sollen die Länder das, was sie tun können, ohne die Interessen des Ganzen zu gefährden, auch tun; sie haben den Vorteil der Sachnähe und einige andere Vorteile dazu. Aber darüber, wo die Gefährdung der Interessen des Ganzen beginnt, kann nicht der Teil, sondern nur das Ganze entscheiden. Die Sachgebiete, von denen aus die politische und die ökonomische Struktur des Ganzen ihr Gepräge erhält, müssen der Zentralgewalt vorbehalten werden, einer demokratischen Zentralgewalt, vor allem also die Wirtschaft, die Finanzen und so weiter, denn eine der Hauptaufgaben, vor denen wir stehen werden, wird sein, in ganz Deutschland einigermaßen vergleichbare Lebensverhältnisse zu schaffen. Jeder kennt heute das Wort vom Lastenausgleich. Es gilt aber nicht nur, einen individuellen Lastenausgleich zu vollziehen, sondern auch einen regionalen Lastenausgleich, denn die einzelnen Teile Deutschlands sind verschieden schwer vom Krieg betroffen worden, und darüber hinaus gilt es, über die Lasten hinaus auch die Chancen auszugleichen. Ein regionaler Chancenausgleich für die Zukunft ist genau so notwendig und so wichtig, wie ein Lastenausgleich der Funktion der Vergangenheit ist. Wir wollen nicht, daß in Deutschland sogenannte „Oasen" entstehen! Das ist ein Denken, das uns zu biedermeierisch ist. Es könnte sich sonst ergeben, daß durch diese Oasen gelegentlich ein Gefälle entsteht, das nicht nur den Oasen selbst gefährlich werden könnte, sondern das dem ganzen deutschen Volke den Todesstoß versetzen möchte...

Die Länder werden, so wie sie heute sind, von uns nicht anerkannt. Die meisten von ihnen sind reine Zufallsgebilde und es erscheint uns wirklich komisch, daß man solche Zufallsgebilde zu „originären" konstitutiven Faktoren der künftigen deutschen politischen Wirklichkeit machen möchte. Voraussetzung für ein echtes föderatives System ist die Neugliederung Deutschlands. Die deutschen Länder müssen so gestaltet werden, daß sie gegenseitig vernünftig ausgewogen, also imstande sind, den ersten Ausgleich in sich selbst zu vollziehen. Für eine solche Neugestaltung haben die Militärgouverneure in dankenswerter Weise in dem bekannten Dokument Nr. 2 den Ministerpräsidenten eine Vollmacht gegeben. Die Ministerpräsidenten haben leider Gottes diese Chance nicht genützt und so wird, mit Ausnahme einiger Änderungen in der Südwestecke, wahrscheinlich in Deutschland alles beim alten bleiben. Wenn einer bisher an der Tauglichkeit „föderalistischer" Verfahren zur Regelung von Gesamtinteressen nicht gezweifelt haben sollte — das Verhalten der deutschen Ministerpräsidenten in der Ländergrenzenfrage wird ihn eines Besseren belehrt haben!

Weiter gehört es zu unseren Absichten in Bonn, Berlin in das Grundgesetz mit einzubeziehen. Ob man es uns gestatten wird oder nicht, wird in unseren Augen ein Prüfstein für den guten Willen der Besatzungsmächte, die Deutschen ihre Angelegenheiten selbst gestalten zu lassen und die Ordnung der deutschen Dinge nicht zu einer Funktion ihrer eigenen Außenpolitik zu degradieren. Das ist in unseren Augen ein echtes Kriterium, und es wird viel davon abhängen, wie die Probe bestanden werden wird!

Man hält uns gelegentlich vor, daß wir auf Gedeih und Verderb mit den Westmächten gehen müßten, wir also darauf angewiesen wären, unter allen Umständen die Politik zu machen, die sie sich wünschten. Gut, es mag sein, daß wir eine Politik machen müssen, die der der Westmächte angepaßt ist, dann soll es aber aus unserem eigenen Entschluß und aus unseren Gründen geschehen und nicht in Funktion ihrer eigenen Politik. Eine politische Fremdenlegion wird die Sozialdemokratie nie werden. (Beifall.)

Diese Berliner Frage wird auch ein Prüfstein sein für den Patriotismus einiger Deutscher. Es wird sich dann nämlich zeigen müssen, was bei ihnen stärker ist, ihr patriotisches Pathos oder der Eindruck des Resultats einer schnell vollzogenen Addition der Wählerstimmen, die etwa der deutschen Linken von Berlin aus zuwachsen könnten. Dann wird sich zeigen, ob man die Einheit Deutschlands wirklich unter allen Umständen will, oder ob man auf sie zu verzichten bereit ist, wenn sie die politischen Chancen der proletischen Gegenpartei erhöht.

Sie sehen daaus, daß unsere Auffassung vom Föderalismus im wesentlichen von praktischen Kriterien ausgeht. Bei den anderen Parteien macht man daraus eine Sache der Weltanschauung; man spricht gelegentlich das Wort „Föderalismus" mit dem Tonfall aus, mit dem man von seltenen und hohen Tugenden zu sprechen pflegt. Man setzt „Föderalist" gleich „guter Mensch", als wäre „Föderalismus" eine monalische Kategorie. Wir wollen aber gerecht sein und uns auf einem besonderen Gebiet unsere Kritik nicht zu leicht machen: Ich glaube, hier sagen zu können, daß unter den Männern, die in Bonn versammelt sind, auch im Lager der extremen Föderalisten kein eigentlicher Separatist ist. Diese Männer glauben, durch ihren Föderalismus besonders gute Deutsche zu sein. Wir müssen ihnen das um der Gerechtigkeit willen konzedieren, nur müssen wir ihnen und dem Volke ebenso deutlich sagen, daß sie sich auf einem Holzwege befinden.

Was ist denn, was uns an diesem Föderalismus nicht gefällt? Wir sehen darin eine verschwommene und unklare Reaktion auf den gewalttätigen Zentralismus der Nazizeit. Schließlich war ja der bayrische „Föderalismus" von 1919 nicht ganz unschuldig am Aufkommen des Nazismus! Weiter sehen wir in diesem extremen Föderalismus die eigentüchtige Bemühung der Länderbürokratie politisch wirksam zu werden, sich selbst möglichst stark und bedeutend zu erhalten.

Ihr Verdienst in Ehren! Aber so groß sind sie wiederum nicht, daß man um ihretwillen auf eine vernünftige Gestaltung Deutschlands verzichten könnte!

Von dem Interesse gewisser Honoratiorenkreise an der Landespatronage wäre

in diesem Zusammenhang noch einiges zu sagen; von klerikalen Interessen auch. Aber ich habe die Redezeit schon längst überschritten ...

Nur noch ein Wort zum Schluß zu einem letzten Punkt:

Man drückt gelegentlich sein Bedauern darüber aus, daß wir zu wenig „Staaten" wollen. Wir verzichteten damit auf die Möglichkeit, Politik gegen die Besatzungsmächte zu machen. Wer hat sich denn den Besatzungsmächten gegenüber bisher durchgesetzt? Etwa die Länderregierungen, die doch recht viel auf die Orakel der Verbindungsoffiziere der Militärregierungen zu hören pflegen, oder hat sich den Besatzungsmächten gegenüber nicht viel mehr das deutsche Volk, gegliedert in seine politischen Parteien, durchgesetzt? Die politische Technik eines Volkes unter Fremdherrschaft verlangt, daß auf zwei Ebenen operiert wird. Einmal auf der Ebene der Administration, auf der die staatlichen Organe — mehr oder weniger im Rahmen des Besatzungsstatuts — tätig werden: das ist eine notwendige Tätigkeit, eine nützliche Tätigkeit, eine Tätigkeit, in der man auch manches Politische wirken kann. Aber letztlich wird die Tätigkeit dieser Organe immer nur dann funktionieren können, wenn sie in Konkordanz mit den Besatzungsmächten vor sich geht. Die grundsätzliche und die Dinge weitertreibende Auseinandersetzung mit den Besatzungsmächten — was nicht immer Feindseligkeit zu bedeuten braucht — liegt aber beim Volk als der Summe der einzelnen, die in Gruppen, in Parteien organisiert sind. Von dort aus muß die „Politik" der Deutschen gemacht werden, „Politik" verstanden als Aktivierung der dialektischen Spannung zwischen den Besatzungsmächten und uns.

Damit, Genossen und Genossinnen, möchte ich schließen. Die politischen Parteien sind heute die Träger, die eigentlichen und einzigen Träger dessen, was im echten Sinne des Wortes den Namen Politik verdient, und deswegen haben die Männer, die unsere Partei in die Länderregierungen und Parlamente delegiert hat, sich dort in erster Linie als Sozialdemokraten betätigt. Denn das deutsche Gesamtinteresse kann nur von gesamtdeutschen Parteien und nicht von den einzelnen Ländern wahrgenommen werden, auch nicht von der Summe der Länderregierungen. Dem deutschen Gesamtinteresse gegenüber, das von unserer Partei am bedingungslosesten vertreten wird, sind alle anderen Ebenen politischer Betätigung sekundär. (Beifall.)

Ernst Reuter, Berlin: Genossinnen und Genossen! Es ist von Berlin auch heute hier so viel gesprochen worden und wir können nicht leugnen, daß die Sympathie, die uns Berlinern überall heute in Deutschland entgegenschlägt, uns wohltut. Es ist kein Zweifel, daß in dem Kampf, den wir zu bestehen haben, wir die moralische Unterstützung der Bevölkerung Westdeutschlands gebrauchen, denn dieser Kampf ist schwer, ist voller Mühen, und dieser Kampf ist noch lange nicht zu Ende, er steht in Wirklichkeit erst an seinem Anfang. Niemand von uns kann übersehen, wie er weitergehen wird, niemand von uns kann übersehen, wie er im einzelnen ausgehen wird. Auf die bange Frage, die oft an uns gerichtet wird, wie werdet ihr diesen Kampf bestehen können, können wir nur die eine Antwort geben, daß, wenn man für eine gute Sache kämpft, man nicht im ersten Augenblick sagen darf, wie dieser Kampf ausgehen wird. Ich denke, wir alle haben Verständnis dafür, daß im Jahre 1934 unsere österreichischen Genossen geklämpft haben, ohne zu wissen, wie dieser Kampf ausgehen würde. Wir haben verstanden, daß sogar diese Niederlage unserer österreichischen Genossen eine der wertvollsten für den Wiederaufbau gewesen ist. Was immer in Berlin kommen mag, eines ist unserer Meinung nach sicher, dieser Kampf wird niemals vergeblich gewesen sein, dieser Kampf wird seine tiefen Spuren in der Geschichte nicht nur unserer Stadt, sondern in der Geschichte unseres Landes und in der Geschichte der europäischen Wiedergeburt hinterlassen. Darum haben wir ihn aufgenommen. Ich erinnere daran, daß wir vor einem Jahr auf dem Nürnberger Parteitag in einer ganz anderen Situation gestanden haben. Damals gaben die alliierten Mächte dem Drängen der russischen Besatzungsmacht, die Bestätigung der Wahl als Voraussetzung für das Amtieren des Berliner Oberbürgermeisters, nach. Während des Nürnberger Parteitages kam

zu uns die Nachricht, daß einer unserer gewählten Repräsentanten, Stadtrat Nestriepke, von der alliierten Kommandantur abgesetzt worden war. Seitdem ist ein Jahr vergangen und während dieses einen Jahres sind wichtige Veränderungen vor sich gegangen. Ich glaube nicht, wir Berliner haben uns so sehr geändert, sondern es hat sich die Auffassung der Welt über die Bedeutung dieser Stadt und über den Sinn unseres Kampfes entscheidend geändert.

Wir Berliner Sozialdemokraten können nur eines sagen: wir haben keine Veranlassung, uns dieses Kampfes zu rühmen. Wir tun in diesem Kampf nichts anderes als unsere Pflicht in dem vollen Bewußtsein, daß das Tun dieser Pflicht Ausdruck unseres Bekenntnisses zu den Idealen ist, zu denen wir stehen. Dieses Stehen zu unseren Idealen wird uns erleichtert durch die Tapferkeit einer aufrechten Bevölkerung. Wir haben gesehen, wie im Laufe dieses Kampfes durch die Standhaftigkeit unserer Bevölkerung auch schwankende Existenzen aufrecht geworden sind. Mancher Aufrechte steht in unseren Reihen, der vor einem Jahr noch über manche Dinge anders gedacht hat, als wir damals schon dachten.

Aber wir sind der Partei hier auf ihrer höchsten Instanz Rechenschaft darüber schuldig, was wir mit diesem unseren Kampf bezwecken. Lassen Sie mich eins von vornherein sagen: dieser Kampf ist kein Kampf gegen das russische Volk. Wenn das russische Volk sagen könnte, wo es steht, wäre es auf unserer Seite. Dieser Kampf ist kein Kampf gegen unsere slawischen Nachbarvölker, im Gegenteil, es ist ein Kampf für unsere slawischen Nachbarvölker, denn in Warschau und in der Tschechoslowakei und in manchen anderen benachbarten Ländern schaut man auf diese Stadt und hofft, daß diese Stadt aushalten möge. Dieser unser Kampf ist nicht bedingt von nationalistischen Instinkten. Wir sind in unserer Entschlossenheit, unsere Freiheit zu verteidigen, genau so fest wie in unserer Liebe zu einer friedlichen Lösung, wenn sie möglich ist, ohne daß wir Grundsätze unserer Existenz aufgeben. Aber wir kämpfen, Genossen und Genossinnen, in diesem Kampf um unsere nackte Existenz im wahrsten und tiefsten Sinne des Wortes und wir wissen, daß wir vor uns einen schweren Winter haben, von dem wir nicht wissen und übersehen können, wieviel Opfer er von uns fordern wird.

Aber eines möchten wir Ihnen hier sagen, was immer an Mühen und Nöten von uns verlangt wird, niemals werden wir Berliner Sozialdemokraten unserer Idee untreu werden. (Beifall.) Immer werden wir zu unserer Idee der Freiheit stehen und wir kämpfen und verteidigen, bis unsere Gedanken sich durchgesetzt haben. Wir wissen freilich darüber hinaus, daß dieser Kampf, den wir für unsere eigene Existenz führen, ein Kampf ist, den wir gleichzeitig auch für andere führen, denn auf uns schaut die Ostzone. Wir sind in der sowjetischen Besatzungsmacht die Insel, das Schaufenster der Freiheit, wir wissen und erkennen das aus der Nähe, wo wir den Gegner gegenüber haben, mit dem wir Brust an Brust zu ringen haben. Wir wissen genau, daß die Pläne der Sowjetmacht, die Ostzone endgültig sanieren zu können, unmöglich sind, solange diese Stadt hält. Das ist eine wesentliche Aufgabe, die zu erfüllen die Geschichte von uns verlangt.

Eine andere Aufgabe, die wir in diesem Kampf zu erfüllen haben, ist die, daß wir für den Westen Deutschlands eintreten, denn wenn der Deich brechen würde, seien Sie sicher, die Fluten würden über die Elbe hinwegschwemmen, eine Vertrauenskatastrophe ohnegleichen würde eintreten. Diese Vertrauenskatastrophe würde scheinbar heute noch so feste Bastionen ins Wanken bringen und Sie würden hier in Düsseldorf sehr bald merken, wenn Ihre Phantasie nicht ausreichen sollte, was es bedeutet, wenn Berlin in diesem Kampf nachgegeben haben würde.

Indem wir hartnäckig, fest, eisern und entschlossen unseren Willen zur Selbstbehauptung, ich möchte sagen, beinahe täglich in einer Volksabstimmung wiederholen — wir stehen ja alle noch unter dem lebendigen Eindruck der gewaltigen Demonstration, die am vergangenen Donnerstag stattfand —, wollen wir auch dem Westen die Möglichkeit nehmen, die alten Verhandlungs- und Behandlungsmethoden anzuwenden, die bei Beendigung des Krieges aus historischen Gründen vielleicht verständlich gewesen sein mögen. Hier zeigt ein großer Teil unseres deutschen Volkes seine echte, ehrliche demokratische Entschlossenheit und zeigt, daß der Kampf

um die Demokratie nicht nur ein feiertägliches Bekenntnis ist, sondern daß für dieses Ideal tagtäglich neue Opfer ohnegleichen gebracht werden. Von dem, was uns Deutschen nachgesagt worden ist, waschen wir, wie ich glaube, durch unseren täglichen Kampf ein gut Teil ab, und Völker werden zusammengebracht, nicht durch Kongreßbeschlüsse und Unterschriften unter Siegerdokumente, Völker werden zusammengebracht durch gemeinsame Erlebnisse. Der Kampf um Berlin ist ein gemeinsames Erlebnis nicht nur des deutschen Volkes, er ist ein gemeinsames Erlebnis aller europäischen Völker, ja, wir dürfen wohl sagen, ein gemeinsames Erlebnis der Menschen. Die amerikanischen und die englischen Flieger, die über die Luftbrücke zu uns kommen, die sehen in unserer Stadt mit Staunen, wie hier eine standhafte, mutige und tapfere Bevölkerung sich zu den gleichen Idealen bekennt, die auch in ihren Herzen lebendig sind. Vergessen wir nicht, daß unbeschadet aller machtpolitischen Auseinandersetzungen, um die es sich handeln mag, in diesem Kampf auch ein echtes und wichtiges menschliches Element mitschwingt und eine große Rolle spielt.

Genossen und Genossinnen! Wir wissen, daß wir diesen Kampf allein nicht gewinnen können. So wichtig und so unentbehrlich unsere eigene Haltung ist, so unentbehrlich ist die Unterstützung durch die Alliierten, so unentbehrlich ist uns aber auch die aktive politische Unterstützung des Westens Deutschlands. Wenn Sie uns fragen, was die beste Form der Unterstützung ist, die Sie uns zuteil werden lassen können, so möchte ich eine klare und unmißverständliche Antwort geben:

In Berlin stehen sich gegenüber der Lebensstandard der Ostzone, wo die Menschen proletarisiert werden, und in Berlin selbst, in der Stadt schon, kann der aufmerksame Beobachter gewisse Unterschiede in Habits und Typus der Bevölkerung feststellen, und des Westens. Ihre Aufgabe ist es unserer Meinung nach, im Westen Deutschlands die wirtschaftliche Entwicklung und die politische Entwicklung so zu fördern, daß wir den Unterschied zwischen Ost und West so klar, so lebendig, so anschaulich jedermann vor Augen stellen können, daß im Osten und im Westen gleichermaßen die Propaganda der sowjetischen Besatzungsmacht zerschellt. Je mehr es Ihnen gelingen wird, dieses große Werk des ökonomischen Wiederaufbaus durch eine positiv fördernde, aktiv in die Zukunft weisende Politik der deutschen Sozialdemokratie zu fördern, je mehr helfen Sie uns und je mehr geben Sie uns die Möglichkeit, in diesem Kampf auszuhalten. Das eine ist von dem andern nicht zu trennen. Bei allen sonstigen rein theoretischen Überlegungen und Erwägungen müssen Sie in Ihrer Phantasie sich vor Augen halten, was es für die Menschen im Osten bedeutet, wenn sie sehen, hören und lesen, wie dank Ihrer Arbeit im Westen ein freiheitliches, demokratisches Leben, ein neuer Lebensstil und auch ein neuer Lebensstandard entsteht. Worauf sollen wir in Berlin und die Menschen im Osten anders hoffen, als darauf, daß es doch noch Teile Deutschlands gibt, in denen die Menschen frei sprechen, frei handeln und sinnvoll wirtschaftlich arbeiten und schaffen können. Insofern betrachten wir unseren Kampf in dieser Stadt als einen Teil des Kampfes, den die deutsche Sozialdemokratie in ganz Deutschland zu führen hat. Wir haben in dieser Auseinandersetzung das große Glück, daß wir über die engeren Grenzen unserer Arbeiterbewegung hinweg zu einer wirklichen Volksbewegung werden können und geworden sind. Wenn wir innerhalb von 24 Stunden Hunderttausende von Menschen aufrufen können, ihren politischen Willen mit klarem, nüchternem Verständnis der Situation und der Notwendigkeit des Demonstrierens kundzutun, dann zeigt das, daß es in Berlin in dieser historischen Auseinandersetzung der Sozialdemokratie gelungen ist, eine wirklich führende Rolle in der Bevölkerung zu gewinnen und die Schranken des Parteikaders zu sprengen und positiv die Ziele zu zeigen, für die zu kämpfen sich's tatsächlich lohnt. Seien Sie gewiß, Genossen und Genossinnen, daß die Berliner Sozialdemokratie diesen Kampf weiterführen wird, und seien Sie nicht so kleinmütig! Wir sind es nicht, obwohl der Gegner uns näher ist als Ihnen. Wir verkennen nicht nur seine Stärke, wir kennen auch seine Schwäche und wir kennen insbesondere die eiserne Entschlossenheit, die uns beseelt. Seien Sie sicher, aus Not und Elend ist eine neue Generation entstanden. Wir haben

gelernt, daß Politiktreiben nicht nur Diskutieren bedeutet, sondern nach der Diskussion auch handeln und sich entschließen können. Ich erinnere mich sehr deutlich daran, daß wir Schwankenden und Ermüdeten sehr oft haben sagen müssen, wir werden aushalten, auch wenn sie nicht aushalten. Ich erinnere mich an eine sehr bittere Stunde, wo ich einmal einem Mann habe sagen müssen: Wir wollen sehr gern kämpfen, auch mit dem Rücken an der Wand, wenn es notwendig ist, aber Sie sind nicht die Wand, die wir gebrauchen. Diese Wand haben auch wir uns mitgeschaffen. In diesem Kampf, den wir führen, hat das Eine an dem Anderen sich entzündet, und seien Sie sicher, dieser Weg, den wir gegangen sind, ist die einzige Möglichkeit, in Europa den Frieden zu sichern. Nachgeben, Aufgeben dieser Bastion, ein neues München, das würde den Krieg so gut wie unvermeidlich machen. Dadurch, daß wir standhalten und im vollen Bewußtsein unserer Aktionsmöglichkeiten die Position des Gegners auf die Dauer ins Wanken bringen werden, dadurch werden wir den europäischen Frieden retten und sichern, der ohne die Freiheit Berlins und ohne die Freiheit Ostdeutschlands und ohne die Freiheit der Tschechoslowakei, Polens, Ungarns, Rumäniens und Jugoslawiens nicht mehr denkbar ist.

Alles andere sind Illusionen. Wir möchten uns in Berlin an keinen Illusionen beteiligen. Glauben Sie nicht, daß wir die Härte dieses Kampfes unterschätzen. Seien Sie sicher, daß unsere Berliner Sozialdemokratie in voller Erkenntnis der Schwere der Situation diesen Kampf führt und daß sie als Führerin einer tapferen, freiheitliebenden Stadt mit Ihrer Hilfe und auch mit der Hilfe der großen Mächte, die mit uns gehen müssen und uns nicht mehr im Stich lassen können, diesen Kampf zu Ende führen wird, der uns eines Tages die Möglichkeit gibt, die Arbeit, die sie hier geleistet hat, auch dem Osten zugute kommen zu lassen, um mit einem geeinten und befreiten Deutschland auch ein geeintes und befreites, friedliebendes Europa aufzubauen. (Beifall.)

Fritz Henßler, Dortmund: Sowohl in der Rede des Genossen Schumacher wie auch in der des Genossen Ollenhauer ist auf die große Bedeutung der Sozialisierungsfrage hingewiesen worden. Ich will dazu aus der Schau der Politik in Nordrhein-Westfalen einige Bemerkungen machen. In der letzten Landtagssitzung ist ein Antrag der SPD angenommen worden, der von der Militärregierung die Ermächtigung fordert, Betriebe der Kohlenwirtschaft in Gemeineigentum überführen zu können. Es ist beachtlich, daß dieser Antrag auch die Stimmen von ungefähr einem Drittel der CDU-Fraktion erhalten hat. Es lag dann weiter eine Vorlage der SPD vor, die die Überführung der gesamten Kohlenwirtschaft in Gemeineigentum fordert mit der klaren politischen Zielweisung, daß nicht eine verstaatlichte, sondern eine sozialisierte Wirtschaft angestrebt werden soll. Wir hatten deshalb vor, daß das Land zwar als Träger des Eigentums in Frage kommt, daß aber zur Betriebsführung eine Selbstverwaltung Kohle gebildet werden soll unter gebührendem Einfluß der Gewerkschaften, der Vertreter öffentlicher Interessen und wirtschaftlicher Sachverständiger. Herr Adenauer hatte vorher überall verkündet, daß er dieser Vorlage gegenüber ein hartes Nein aussprechen wird. Die Stellungnahme der CDU war aber Stimmenthaltung, weil Herr Adenauer sich klar sein mußte, daß er mit einem Nein seine Fraktion nicht zusammenhalten konnte.

Nun hat aber die englische Militärregierung die Bestätigung der Beschlüsse des Landtages verweigert mit der Begründung, daß die Sozialisierung des Kohlenbergbaues nicht Angelegenheit nur eines Landes sein könne, sondern Angelegenheit aller deutschen Länder. Ich muß sagen, diese Belehrung ist überflüssig, insoweit sie die Feststellung enthält, daß nicht ein Land Träger dieser Sozialisierung sein kann. Ich bestreite allerdings die Auffassung, daß es die Gesamtheit der deutschen Länder sein soll. Hoheitsträger der Sozialisierung der Grundstoffindustrien kann nur — das kam auch in unserer Vorlage klar zum Ausdruck — die künftige deutsche demokratische Republik sein. Ich stelle das ausdrücklich fest, weil auch der Führer der CSU in Bayern, Herr Müller, den Vorschlag gemacht hat, den Kohlenbergbau genossenschaftlich unter die deutschen Länder aufzuteilen. Der Hoheitsträger muß das künftige Deutsche Reich sein. Wir sind durch die Ent-

scheidung der Militärregierung betrübt, aber wir sind nicht entmutigt. Wir können erklären, daß diese Frage auf der Tagesordnung bleibt, bis der Erfolg da ist. (Beifall.) Das einzige Echo auf die Ablehnung der Militärregierung kann nur sein, daß die Sozialdemokratie auch in den andern Ländern die Frage der Sozialisierung der Grundstoffindustrien in den Vordergrund stellt (Beifall), daß wir die Verpflichtung auf uns nehmen, daß im künftigen westdeutschen Parlament die Frage der Sozialisierung eine der ersten Aufgaben ist, die dort erledigt werden muß. Wir werden in Nordrhein-Westfalen fordern, daß der Landtag von Nordrhein seinerseits mit einer solchen Forderung an das übergeordnete Parlament herantritt.

Ich bedaure die Entschließung der englischen Militärregierung aber auch deshalb, weil sie praktisch im Widerspruch steht zu Erklärungen, die von maßgeblichen Männern der englischen Regierung im vorigen Jahr abgegeben wurden. (Zuruf: Sehr gut!) Wo zum Ausdruck kam, daß geradezu eine zwangsläufige Notwendigkeit zur Sozialisierung vorliegt. Unser Sozialisierungsverlangen ist ja nicht bloß vom innenpolitischen Willen getragen, keine demokratiefeindliche großkapitalistische Vorherrschaft an der Ruhr zu ermöglichen, für uns ist bei diesem Verlangen auch der Wille maßgebend, durch die Sozialisierung einen nachhaltigen Beitrag zur Friedenssicherung zu leisten. Wir wollen durch die Sozialisierung Befürchtungen ausräumen, daß der Wiederaufbau an der Ruhr zu einer Gefahr für die Sicherheit werden könnte, wir wollen Befürchtungen ausräumen, die zur Begründung für die Forderungen auf industrielle Demontage angeführt werden. Wir brauchen im deutschen wie im europäischen Interesse eine schnelle Wiederherstellung aller produktiven Möglichkeiten an der Ruhr. Das wahre Interesse nicht bloß Deutschlands, sondern Europas ist, daß man an der Ruhr aufbaut und nicht zerstört. Im Widerspruch dazu stehen die einschränkenden Festlegungen des Industrieplanes und die sich daraus ergebenden Demontagepläne, die in ihrer Wirkung noch über den Industrieplan hinausgehen. Ich darf daran erinnern, daß, wenn diese Demontagepläne durchgeführt werden, auch eine Gefährdung der Sozialisierung insofern vorliegt, als z. B. nicht mit der nötigen Tatkraft der technische Rückstand in den Zechen aufgeholt werden kann. Ich muß ferner darauf hinweisen, daß es beinahe wie Hohn klingt, wenn man uns sagt, auch die Eisen- und Stahlindustrie muß sozialisiert werden, und durch Teildemontagen amputiert man sie so, daß ein sinnvoller Betrieb kaum noch möglich ist. Ich hätte für ein solches Demontageverlangen noch Verständnis, wenn die demontierten Kapazitäten als Ausgleich zerstörter oder geraubter Industrieeinrichtungen im Ausland dienen sollten oder könnten; zum großen Teil aber bedeuten diese Demontagen nur Zerstörung.

Eine sozialistische Ruhr ist ein Pfand für die Festigung der Demokratie in Deutschland, sie wird ein wertvoller Beitrag für die Einigung Europas, dessen einzelne nationale Glieder gleichberechtigt und gleichverpflichtet das Vereinigte Europa bilden müssen. Deshalb möchte ich den Parteitag nicht vorbeigehen lassen, ohne von hier aus zu bitten um Vertrauen für die deutsche Arbeiterschaft. Wir werden dieses Vertrauen belohnen, indem wir dafür sorgen, daß insbesondere an der Ruhr der demokratische Gedanke lebendig bleibt und sich durchsetzt.

Gestatten Sie mir zum Schluß einige Worte zu den Sozialisierungsauseinandersetzungen mit den anderen Parteien. Seit der letzten Landtagsdebatte wird von der CDU ein zäher, aber unaufrichtiger Kampf gegen die Sozialdemokratische Partei in der Sozialisierungsfrage geführt. Ich muß allerdings sagen, daß wir mit dem Ergebnis unserer Politik gerade in bezug auf die Beeinflussung der CDU eigentlich zufrieden sein könnten. Herr Adenauer reist landauf, landab und erklärt, wir sind Gegner der Sozialisierung. Er hat kürzlich auf einen Vorwurf, daß die CDU die Sozialisierung preisgegeben habe, erklärt, das ist unlogisch, wir haben uns noch nie zur Sozialisierung bekannt. Nun finde ich in einem CDU-Flugblatt folgenden Satz: „Die Sozialisierung hat für unser Land und Volk schicksalhafte Bedeutung. Deshalb ist sie eine der wichtigsten, durch nichts aufzuhebende Forderung der CDU." (Heiterkeit.) Damit können wir sehr zufrieden sein, und selbst, wenn es unehrlich gemeint wäre, wäre es immerhin eine ganz annehmbare Propaganda für den Sozialisierungsgedanken. Ich zweifle aber nicht, daß es in

der CDU tatsächlich Kräfte gibt, die einen solchen Satz ernst meinen. An sie wenden wir uns, daß, wenn es ihnen ernst damit ist, sehr wohl eine Basis zu einer Zusammenarbeit zwischen der SPD und dieser CDU besteht.

Ein zweites kurzes Wort zu den Kommunisten. Sie haben in der Landtagsdebatte nur Verstaatlichung gefordert, offenbar auf höheren Befehl, weil sie dafür sorgen sollen, daß bei uns dieselbe Entwicklung eintritt, wie in den von dem Bolschewismus beherrschten Ländern, wo man den sozialistischen Gedanken längst aufgegeben hat zugunsten eines staatskapitalistischen Gedankens. Gerade deshalb legen wir so großen Wert darauf, daß die Umgestaltung der Ruhrindustrie nicht bloß eine Änderung der Eigentumsverhältnisse bringt, nicht bloß eine Verstaatlichung, sondern eine Sozialisierung. Das Beispiel der landeseigenen Betriebe in der Ostzone kann für diese Sozialisierung kein Muster sein. Man könnte eher sagen, damit wird die Sozialisierung verhindert. Wir wünschen, daß das Verhältnis der Menschen zum Betrieb anders werden soll, daß nicht bloß der Antreiber, sondern daß die sozialen Verhältnisse im Betrieb sich ändern, daß den Menschen im Betrieb zum Bewußtsein kommt, es ist unser Betrieb, zum Bewußtsein, daß sie deshalb für diesen Betrieb auch die Verantwortung haben.

Genossinnen und Genossen, ich zweifle nicht daran, daß bei manchem Gegner der Sozialisierung durch die Entscheidung der Militärregierung Hoffnungen erweckt wurden, daß das künftige Parlament für die Westzonen sozialisierungsgegnerisch in seiner Mehrheit wird. Wenn das der Fall wäre, nun gut, dann bin ich der Überzeugung, es wäre unsere Aufgabe, eine Volksbefragung herbeizuführen.

Ich bin der sicheren Überzeugung, daß wir bei dieser Volksbefragung als Ergebnis feststellen könnten: Mit uns das Volk, mit uns der Sieg. (Lebhafter Beifall!)

Dr. Fritz Eberhard, Stuttgart: Genossinnen und Genossen! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf ein Problem lenken, von dem heute noch nicht die Rede war, *von dem aber gerade im Hinblick auf die europäische Wirtschaftseinheit,* die im Referat des Genossen Schumacher gefordert wurde, geredet werden muß: Das Saarland.

Ich nehme Stellung zu dem Antrag Nr. 7, der sich mit dem Saarproblem befaßt. An der Saar leben 800 000 Deutsche. Es ist eines der wichtigsten deutsch bevölkerten Industriegebiete. Darüber wird in Deutschland nur wenig geredet und geschrieben. Das mag sein Gutes haben. Es gibt aber keine Begründung dafür, daß wir über dieses Gebiet immerzu schweigen. Man hat uns schon den Vorwurf gemacht, hier gäbe es eine Art Arbeitsteilung. Wir Sozialdemokraten sprächen angeblich nur von der deutschen Ostgrenze, die Kommunisten sprächen dafür nur von dem Saargebiet. So geht es natürlich nicht. Diese Arbeitsteilung besteht nicht, und um allen Zweideutigkeiten den Boden zu entziehen, müssen wir hier einmal zu der Frage der Saarpolitik klar Stellung nehmen. Wir freuen uns, daß der Parteivorstand vor einigen Monaten in einer Entschließung deutlich erklärt hat: „Das Saargebiet ist ein Teil Deutschlands." Das ist keine polemische Feststellung, sondern die Feststellung einer Tatsache. Sie ist den Franzosen genau so klar wie der Saarbevölkerung selbst. Vor 1933 war es an der Saar für die Sozialdemokraten keine Frage, daß dieses Volk zu Deutschland wollte. Auch unser Genosse Max Braun wollte das. Auch 1935 hätte er zu einem freien Deutschland zurück gewollt, aber nicht zu Hitler. Damit hatte er recht. Nun hat der saarländische Landtag sich durch die von ihm angenommene Verfassung von Deutschland getrennt. Hatte er das Recht dazu? Ich sage: Nein! Es gibt unter gewissen Umständen ein Recht zur Separation. Das bekannteste Beispiel ist die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten im Jahre 1776. Aber die britischen Kolonien in Nordamerika erklärten ausdrücklich, daß sie sich nur aus Gründen hoher Prinzipien von der britischen Krone trennten und nicht aus Gründen der Zweckmäßigkeit oder des Wohlbefindens. Der saarländische Landtag hat nur aus Gründen der Zweckmäßigkeit und des Wohlbefindens gehandelt. Man glaubte, auf diese Weise Demontagen an der Saar zu verhüten und überhaupt Kriegslasten abwehren zu können, die damals das übrige Deutschland zu erdrücken schienen. Wichtig ist, daß das Volk

an der Saar, als es im Oktober 1947 seinen Landtag wählte, nicht unterrichtet war über die beabsichtigte Verfassung. Deshalb kann die Wahl zum Landtag keinesfalls als eine Volksabstimmung über die Lostrennung der Saar von Deutschland betrachtet werden. Heute verlangen außer den Amerikanern und Engländern auch die Franzosen Volksabstimmung innerhalb Deutschlands über eine Änderung von Verwaltungsgrenzen der Länder. Darauf können wir uns berufen. Wie viel mehr wird eine Volksabstimmung nötig sein, um die Grenze gegenüber dem Ausland neu festzusetzen. Ich stelle fest: Das Volk an der Saar hat noch keine Entscheidung getroffen. Die Entscheidung ist noch offen. Auch international ist nichts Endgültiges entschieden. Die Franzosen fordern die politische Trennung der Saar von Deutschland. Die Amerikaner und Engländer haben ihnen bisher nicht formell zugestimmt, und die Sowjetunion schon gar nicht. Wo ist die Lösung des Problems? Die Saar liegt an einer wichtigen Nahtstelle der europäischen Wirtschaft. Die Saar ist wirtschaftlich eng verflochten sowohl mit Deutschland als auch mit Frankreich. Als Leiter des Deutschen Büros für Friedensfragen habe ich diese Probleme genau untersuchen lassen, mit dem eindeutigen Ergebnis der engen Verflechtung des Saargebietes nach Westen und Osten. Wir wissen in Stuttgart und in ganz Südwestdeutschland, wie eng die wirtschaftliche Verbindung mit dem Saargebiet, insbesondere mit der Saarkohle, in diesen Ländern ist. Wo liegt die Lösungsmöglichkeit, die dieser Tatsache Rechnung trägt? Der saarländische Justizminister Braun, der Bruder des Genossen Max Braun, hat vor einigen Monaten in einer Rede auf dem Haager Propagandakongreß gesagt: Die saarländische Bevölkerung habe als erste etwas getan, was alle Völker in Europa einmal tun sollten. Sie habe Teile ihrer Hoheitsrechte auf eine höhere Instanz übertragen. Diese Instanz sei Frankreich. Es wäre aber der Saarbevölkerung leichter gefallen, diese Abtretung von Rechten zugunsten eines europäischen Organs als zugunsten einer bestimmten Macht vorzunehmen. Hier scheint sich die Lösung dieser zwischen Frankreich und Deutschland schwebenden Frage abzuzeichnen. Das offizielle Frankreich hat niemals eine politische Annektion des Saargebiets verlangt. In der politischen Trennung von Deutschland liegt eine besondere Gefahr deshalb, weil eines Tages aller Wahrscheinlichkeit nach sich wiederum eine nationalistische Propaganda entwickeln würde, die mit dem Schlagwort arbeitet: „Heim ins Reich". Damit würden die nationalistischen Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich aufs neue aufgerührt. Diesen Ruf wollen wir nicht wieder hören. Wenn wir ihn aber nicht mehr hören wollen, so müssen wir rechtzeitig und vorausdenkend Tatsachen schaffen, die das Entstehen einer solchen nationalistischen Bewegung gegenstandslos machen. Das Wappen des Saarlandes soll eine Brücke mit einer Taube darüber zeigen. Die Taube bedeutet natürlich Frieden, und die Brücke soll Deutschland und Frankreich verbinden. Wir sollten diesen Gedanken der Brücke zwischen Deutschland und Frankreich ernstnehmen und versuchen, unseren Beitrag zu seiner Verwirklichung zu leisten. In diesem Sinne bitte ich die Genossen, dem Antrag 7 des Kreises Stuttgart zuzustimmen, dessen Schlußsatz ich verlesen möchte:

> „Der Parteitag grüßt die deutschen Sozialdemokraten an der Saar und erwartet von ihnen, daß sie über die Brücke, die sie zwischen Deutschland und Frankreich schaffen wollen, den Weg zu uns zurückfinden."

Vorsitzender Gnoß stellt fest, daß der Redner als erster seine Redezeit nicht überschritten hat und erteilt sodann das Wort

Jupp Kappius, Dortmund: Liebe Genossinnen und Genossen! Der Genosse Schumacher hat ein klares Bild der Ziele sowohl als auch der Methoden der in der CDU vereinten deutschen Reaktion gezeichnet. Die CDU besteht jedoch nicht nur aus Sachwertbesitzern. Es sind in ihr auch Elemente, die ihrer Klassenlage nach der Politik der CDU völlig fremd sind. Und man kann die Frage, was diese verhältnismäßig breiten Schichten der ärmeren Bevölkerung an die CDU bindet, nicht allein mit dem Hinweis auf den geglückten Versuch beantworten, die Angst der großen Sachwertbesitzer auf die breiten Schichten der kleinen Eigentümer agitatorisch zu übertragen. Mir scheint vielmehr, daß wir mit diesem Hinweis auf

den sozialpolitischen Zement übersehen, daß es in der CDU gewisse Unterströme gibt, die viel stärkere Kräfte des Zusammenhanges und der Bewegung aufbringen.

Ich bitte daher den Parteitag, mit besonderer Anteilnahme diese Bewegung ins Auge zu fassen, die zwar nicht mit viel rauhem Lärm, wie die Kommunisten, dafür aber mit um so wirksameren Methoden versucht, sich in Europa durchzusetzen. Die letzten Wochen haben uns in Westdeutschland drei Ereignisse gebracht, die zu beachten sind. Ich meine das Domjubiläum in Köln, den Katholikentag in Mainz und den CDU-Parteitag in Recklinghausen.

Genossinnen und Genossen, bei diesen Gelegenheiten sind unter anderem große Worte gefallen, Worte, die nicht mehr und nicht weniger bedeuten als die offene Proklamation des Herrschaftsanspruches des politischen Katholizismus. Daß dies so offen geschah, ist ein Zeichen dafür, wie stark und sicher sich der Katholizismus bereits dünkt. Herr Arnold hat in Köln von der „Gründungsversammlung des neuen Europa" gesprochen. Und kein geringerer als Kardinal Frings hat den Anspruch des Katholizismus eindeutig formuliert:

> „Was die letzten Päpste in ihren Enzykliken dargelegt haben über Ehe und Familie, Schule und Erziehung, Kino, Rundfunk, Staatsleben und Völkergemeinschaft", so schloß Kardinal Frings, „in die Wirklichkeit umzusetzen, auch gegen starke Widerstände, den Ansturm einer halben Welt und der höllischen Mächte, das ist das Anliegen, das uns hier bewegt."
>
> (Westfalenpost, 17. August 1948)

Das gesamte öffentliche Leben gestaltet nach den vom Papste niedergelegten Grundsätzen — das ist das Ziel dieser Bewegung. Und geben wir uns diesem Anspruch gegenüber keiner leichtfertigen Betrachtungsweise hin. Wir haben es hier mit einer totalitären Auffassung zu tun, die sich von der roten oder braunen Couleur nur durch die Methoden unterscheidet, mit denen sie verwirklicht wird. Diese Methoden sind weit gefährlicher und nachhaltiger in ihrer Wirkung als Terror und Hunger. Den Gummiknüppel spürt man und die Empörung ist die natürliche Reaktion jedes aufrechten Menschen. Die Herrschaft des Katholizismus aber beruht auf der Macht über die Gemüter und Gewissen der Menschen, und sie ist darum so groß und so schwer zu brechen, weil die Menschen sich der Tatache ihrer Unterdrückung nicht bewußt werden.

Lassen wir uns nicht irremachen durch Erklärungen wie die des Präsidenten des Katholikentages in der großen Schlußkundgebung, alle totalitären Bestrebungen wären als Irrtum abzulehnen. Der Papst selber hat in seiner Botschaft an den Katholikentag gleich darauf ganz klar und eindeutig den Totalitätsanspruch erhoben.

> „Es gibt nur einen Hort der Wahrheit, und dieser Hort ist der Katholizismus."

Dieser Anspruch bezieht sich in der Formulierung zwar nur auf den Glauben, er wird aber selbstverständlich auf das geistige sowohl wie auf das politische und wirtschaftliche Leben der Gesellschaft ausgedehnt, wie aus der Rede Kardinal Frings' hervorgeht.

Glauben wir nicht, Genossen, daß es sich hier nur um bloße Wunschträume handelt, um zaghaft vorgebrachte Wünsche an die Art der Neugestaltung Deutschlands und Europas. Köln ist heute nach Meinung vieler eines der bedeutendsten Machtzentren des politischen Katholizismus, und die systematische Besetzung von Schlüsselpositionen mit Katholiken — nicht nur in der Verwaltung, sondern auch in der Wirtschaft — zeigt, daß dort durchaus eine reale Politik gemacht wird.

Köln und Mainz waren machtvolle Demonstrationen auch eines politischen Willens, der sich auf dem Wege zur Macht sieht. Nicht nur Westdeutschland, Westeuropa soll katholisch werden. Der Kreuzzug gegen den Unglauben richtet sich nicht nur gegen Osten — er wird bewußt geführt gegen den „Marxismus", und die Sozialdemokratie wird ebenso bewußt in diesen Begriff eingeschlossen. Dieser Kreuzzug ist in vollem Gange. Er hat sich im wirtschaftspolitischen Sektor mit der

alten Ausbeuterschicht verbunden im Kampf um die Wiederherstellung der „freien Wirtschaft" — er wird im Kulturpolitischen geführt um die Konfessionsschule — und wir haben ihn im politischen Sektor gespürt in der rigorosen Art und Weise, wie CDU/FDP-Mehrheiten ihren Willen durchsetzen ohne Rücksicht auf die Interessen anderer. Dort wird gekämpft mit dem Fanatismus der Kreuzritter. Es ist an der Zeit, daß wir mit größerer Entschlossenheit und größerer Härte auch diesem Gegner gegenüber die Sache der Freiheit und der Gerechtigkeit vertreten.

Willy Brandt, Berlin: Die Viermächtepolitik von 1945 ist gescheitert, und sie mußte wohl scheitern, da sie keine klaren politischen Grundlagen hatte. Es ist an der Zeit, aus diesem Scheitern die Konsequenzen zu ziehen und das entstandene Vakuum auszufüllen durch die sich erweiternde deutsche Selbstverwaltung. Heute können aber auch nach dem Scheitern der Illusion der Viermächtepolitik von 1945 selbst die Blinden sehen, wie verhängnisvoll die Auffassung war, man könne das europäische Problem dadurch lösen, daß man Europa in Einflußsphären außereuropäischer Mächte aufteilt. 1944 bis 1945 konnte es so aussehen, als könne man Europa einfach von der politischen Landkarte streichen. Inzwischen haben die europäischen Völker und nicht zuletzt auch die kleinen Nationen des europäischen Nordens und Westens vielfältige Beweise dafür erbracht, daß dieses Europa nicht tot ist. Trotz jahrhundertelanger Selbstzerfleischung, die durch den Nazismus zum Wahnsinn gesteigert wurde, verfügt dies verarmte und verwüstete Europa über unverbrauchte Kräfte, die aller Kultur und gemeinsamer Rechtsauffassung entspringen. Wenn wir Deutschen und wir Sozialdemokraten von der notwendigen Zusammenfassung der europäischen Völker und Staaten sprechen, dann begegnen wir nach allem, was während des letzten Krieges vor sich gegangen ist, manch ganz begreiflichem Mißtrauen, und man fragt uns: wie können wir denn wissen, daß es die Deutschen diesmal ehrlich meinen? Ich glaube, wir sollten darauf zweierlei antworten.

Erstens sollten wir sagen: schaut auf die deutsche Sozialdemokratie und das, was sie in diesem Land seit 1945 neu geschaffen hat an Grundlagen europäischer Gesinnung und Orientierung, schaut aber auch nach Berlin unter dem Aspekt, daß sich dort ein regeneriertes Europäertum manifestiert, und zweitens: laßt uns vielleicht nicht so sehr im luftleeren Raum über Ehrlosigkeit diskutieren, sondern laßt uns lieber praktische Fragen der europäischen Zusammenarbeit schrittweise lösen; um durch die praktische Zusammenarbeit Tatsachen und jenes gegenseitige Vertrauen aus der Erfahrung und der Berührung zu schaffen, dessen Europa bedarf.

Wenn ich sage, Berlin sei ein Kraftquell regenerierten Europäertums, dann füge ich dem hinzu: Solche Quellen gab es und gibt es auch östlich Berlins und auch östlich von Deutschland. Damit keine Mißverständnisse entstehen, auch nicht bei den Freunden der europäischen Freiheit jenseits des Großen Wassers, möchte ich erklären: Wenn wir von Europa sprechen, dann meinen wir ganz Europa, und nicht nur Westeuropa (Sehr richtig!), ebenso wie wir, wenn wir von Deutschland sprechen, ganz Deutschland meinen und nicht nur die westlichen Besatzungszonen.

Wenn wir hier auf der höchstmöglichen territorialen Ebene einen wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß betreiben, so werden wir auch für Europa nicht nur bereit, sondern auch entschlossen sein müssen, auf der jeweils höchstmöglichen Ebene der Freiheit die Gesamtvereinigung Europas in Freiheit vorzubereiten. Die Ereignisse der letzten Wochen und Monate haben doch schon gezeigt, wie falsch es war, wenn der eine oder andere Ost- und Südosteuropa abschrieb und den Eisernen Vorhang als eine gegebene Tatsache hinnehmen wollte. In den Völkern des europäischen Ostens und Südostens, von deren wirtschaftlicher Kooperation mit uns und dem Westen unendlich viel für die Zukunft abhängen wird, ist der Wille zur europäischen Zusammenarbeit da. In diesen Ländern ist auch die ökonomische Notwendigkeit zur Zusammenarbeit mit Europa eine auf die Dauer unverkennbare Tatsache.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang mit einem Blick nach dem Osten

und Südosten noch eines aussprechen: *Wir müssen uns und wollen uns, hoffe ich,* trotz alldessen, was geschah, heute geschieht und vielleicht morgen noch geschehen wird, immer den Blick freihalten für das Übermorgen und uns nicht durch irgendwelche Haß- und Rachegefühle von der klaren politischen Erkenntnis abbringen lassen. Wir müssen uns vom Haß und von Rachestimmungen nicht nur selbst freihalten, sondern sie in unserem Volk bekämpfen, ganz gleich, gegen welches Volk sie gerichtet sind, gerade auch, wenn es sich um die russischen oder andere slawische Völker handelt. Denn wir müssen eine klare Unterscheidung machen zwischen den Völkern und ihren mehr oder weniger verderblichen Regimen. Wenn wir es nicht täten, hätten wir kein Recht gehabt, uns gegen die Vansittartisten zu wenden, die den Hitlerfaschismus und das deutsche Volk in einen Topf werfen wollten.

Wir meinen, und Genosse Schumacher hat es in seinem Referat herausgearbeitet, daß der Kampf für ein einheitliches Europa ein Zustreben auf ein Europa auf demokratischer und sozialistischer Basis sein soll. Wir sind der Überzeugung, daß nur unter diesen Voraussetzungen ein einheitliches Europa Bestand haben wird. Aber lassen Sie mich dem noch folgendes hinzufügen: Die Aufzeigung dieser, unserer Meinung nach unerläßlichen Voraussetzungen für den Bestand eines einigen Europas bedeutet nicht, daß wir die Hände in den Schoß legen können, bis diese *Bedingungen in aller Reinheit erfüllt sind. Wir müssen* bereit sein und sind, glaube ich, bereit, von den heutigen Bedingungen aus für die europäische Einheit zu wirken, um dann im Prozeß der Vereinheitlichung und im Kampf um die Einzelfragen uns zu bemühen, den sozialistischen Auffassungen und Vorschlägen zum Durchbruch zu verhelfen. Eins ist allendings unabdingbare Voraussetzung: nämlich, daß für die europäische Zusammenarbeit die Demokratie unteilbar sein muß.

Die erstrangige Bedeutung eines französisch-deutschen Ausgleiches braucht in diesem Zusammenhang kaum noch einmal besonders unterstrichen zu werden. Unterstreichen möchte ich aber, gerade auch mit dem Blick nach Frankreich, folgendes: Laßt uns jetzt nicht zurückkehren zu den Paneuropa-Banketten der vorigen Zwischenkriegsperiode! Laßt uns nicht stehenbleiben bei schönen Redensarten, denn *die europafeindlichen Kräfte verfügen über andere Mittel als schöne* Reden! Laßt uns vielmehr darangehen und vielleicht auch als eine der nächsten Aufgaben des Außenpolitischen Ausschusses unserer Partei praktische Vorschläge entwickeln über die Weiterführung des Marshallplans zu einer europäischen Marktplanung, über Möglichkeiten der Energieversorgung der europäischen Länder, über eine gemeinsame Regelung der Transportfragen in Europa, über eine Koordinierung der landwirtschaftlichen Produktion in Europa, über eine Angleichung und einen Ausgleich auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes! Und laßt uns, anstatt immer nach dem Turm des Gebäudes der Vereinigten Staaten von Europa zu schauen, das funktionelle Arbeitsprinzip zugrunde legen, auf allen Gebieten, wo gemeinsame Aufgaben zu lösen sind, die dafür notwendigen Organe schaffen, um daraus eine *lebendige Gemeinschaft erwachsen zu lassen!*

Zum Schluß noch ein Wort an die Umwelt. Wir wissen, wie schwer es in anderen Ländern auch heute vielfach noch ist, Verständnis für die vollberechtigte Einbeziehung Deutschlands in Europa zu finden. Aber lassen Sie uns sagen, man möge uns den Weg nicht zu schwer machen. Die deutsche Sozialdemokratie hat den Weg zurückgefunden in die Gemeinschaft der sozialistischen Parteien. Aber laßt die demokratischen Deutschen nicht noch länger vergeblich an die Türen der internationalen Verhandlungszimmer klopfen. Es ist ein Unding, in Deutschland Demokratie zu predigen und die Deutschen nicht durch berufene demokratische Vertreter an Verhandlungen über deutsche Schicksalsfragen teilnehmen zu lassen.

Wer die Arbeit der deutschen Demokratie hemmt, der schädigt Europa. Wer den friedlichen Aufbau in Deutschland, auf welche Weise auch immer, behindert, hilft den europafeindlichen Kräften und hindert uns daran, auf europäischem Gebiet mitzuhelfen, was wir in Deutschland zu tun bemüht sind: Ein Programm echter Freiheit und sozialen Ausgleichs und Aufbaus durchzuführen! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Gnoß: Die Verhandlungen des Parteitages werden für heute abgeschlossen. Die Vorschläge für die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission müssen bis morgen vormittag 11 Uhr hier beim Präsidium eingereicht werden. Sitzungsbeginn pünktlich 8.30 Uhr.

Schluß der Verhandlungen: 19.10 Uhr.

2. Verhandlungstag

(Montag, 13. September 1948)

Vormittagssitzung

Um 8.55 Uhr eröffnet Vorsitzender Paul Löbe die Sitzung und gibt die Grüße und Telegramme aus allen Teilen der Welt bekannt. (Siehe unter „Begrüßungsschreiben und Telegramme".) Er fährt fort:

Es sind Beweise, daß in vielen Ländern der Erde Menschen wohnen, die der deutschen Sozialdemokratie nahestehen. Wir sind von tiefer Genugtuung erfüllt, daß es uns gelungen ist, den Haß und die Verachtung, die Hitler über die Deutschen gebracht hat, langsam abzubauen, und daß wir der Welt wieder in Vertrauen und Kameradschaft gegenübertreten können.

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Nunmehr kommen wir zum Bericht der Mandatsprüfungskommission. Das Wort hat der Genosse

Ernst Schumacher, Würzburg: Werte Genossinnen und Genossen! Der hier in Düsseldorf tagende Parteitag 1948 wurde von allen Bezirken bei voller Ausnutzung des Delegationsrechtes konstituiert. Die 23 Parteibezirke haben bei 838 100 *Mitgliedern* der Gesamtpartei laut Statut 300 Delegierte zu wählen. Es sind 299 Delegierte anwesend. Die Kontrollkommission stellt 9 stimmberechtigte Teilnehmer des Parteitages, die erschienen sind. Von den 33 Mitgliedern des Parteiausschusses haben 32 Genossinnen und Genossen ihr Recht der Teilnahme wahrgenommen. Der Parteivorstand zählt 29 Mitglieder, wovon 4 an der Tagung nicht teilnehmen können. Es sind das: der Genosse Dr. Kurt Schumacher, die Genossin Louise Schroeder, der Genosse Julius Leßmann und der Genosse Dr. Viktor Agartz. Stimmberechtigtes Mitglied des Parteitages ist außerdem der Genosse Dr. Zorn als offizieller Referent des Parteitages. Somit hat dieser Parteitag 366 stimmberechtigte Teilnehmer. Die Mandatsprüfungskommission hat alle Mandate und die Mitgliedskarten geprüft. Alle Mandate waren in Ordnung. Die Mitgliedsausweise waren nicht *restlos vorhanden, konnten aber in jedem Falle durch entsprechende Legitimationen* ersetzt werden. Es ist der Mandatsprüfungskommission ein Bedürfnis, den Parteivorstand zu ersuchen, für die generelle Einführung eines Mitgliedsbuches bemüht zu sein. Auch für diese Angelegenheit muß nunmehr die Zeit des Provisoriums vorbei sein. Der zentrale Charakter der Partei soll durch eine Zugehörigkeitsakte zum Ausdruck kommen. Unsere Parteilegitimation muß auch äußerlich würdig sein. Eine Prüfung der Beitragsleistung der Parteitagsmitglieder ergab eine Beanstandung, die aber keine Beeinträchtigung der Delegation bedeutet. Das Beitragsbeispiel aller Teilnehmer des Parteitages ist sehr gut. 53 weibliche Delegierte von insgesamt 366 nehmen am Parteitag teil. Der Durchschnitt der weiblichen Mitglieder in der Gesamtpartei ist 18,5, der Anteil am Parteitag 14,5. Das dürfte besser werden. Von Bedeutung sind die Personalbogen, die alle stimmberechtigten Mitglieder des Parteitages zur Ausfüllung erhalten haben. Es wird darum gebeten, diese Bogen heute bis 16 Uhr durch die einzelnen Bezirke im Parteivorstandsbüro abzugeben.

Vorsitzender Löbe: Nach diesem exakten Bericht wird wohl kaum das Wort verlangt. Der Parteitag nimmt also Kenntnis von dem Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Vorsitzender Gnoß: Wir kommen zur weiteren Abwicklung des Parteitages, des Punktes 2 unserer Tagesordnung. Zunächst darf ich aber noch folgendes bekanntgeben: Für die für heute abend vorgesehene Dampferfahrt sind Karten im Wandelgang an einer bestimmten Stelle zu erhalten. Ich bitte davon Gebrauch zu machen, da nur Teilnehmer mit Karten an der Fahrt teilnehmen können. Ich möchte dann noch hinzufügen, daß zu dem Antrag 7, der jetzt mit zur Verhandlung steht, ein Zusatzantrag zur Kenntnis genommen wird, der sich an diesen Antrag anschließt mit folgenden Sätzen:

> „Nicht weniger herzlich grüßt der Parteitag die Genossen in den deutschen Ostgebieten. Die deutsche Sozialdemokratie wird nicht ruhen, bis die Wiedervereinigung dieser Gebiete mit Deutschland im Geiste der europäischen Gemeinschaft und im Zeichen der demokratischen Freiheit vollzogen ist."

Ich bitte, davon Kenntnis zu nehmen und nachher bei der Abstimmung diesen Zusatzantrag mit im Gedächtnis zu behalten.

Bevor wir nun in die Tagesordnung eintreten und die Diskussion weitergeführt wird, darf ich hier eine kurze Erklärung abgeben. In der heutigen Nummer der hier in Düsseldorf erscheinenden kommunistischen Zeitung „Freiheit" steht auf der ersten Seite ein Bericht über den Parteitag: „Zensur für Dr. Kurt Schumacher". (Hört, hört!) Die Zensur wird von der Berichterstatterin, die oben auf dem Balkon sitzt, darin erblickt, daß das Referat des Genossen Schumacher nicht wörtlich zur Verlesung kam, sondern, um Zeit zu sparen, nur auszugsweise verlesen wurde, dafür aber im vollen Wortlaut den Delegierten und Teilnehmern des Parteitages überreicht worden ist. Die Tatsache, daß wir hier dieses Referat bereits gedruckt zur Verteilung brachten, mag auch der „Freiheit" und den anderen Berichterstattern Beweis dafür sein, daß wir Wert darauf legen, diese Ausführungen in der breitesten Öffentlichkeit bekanntzumachen. Wir werden dieses Referat in einer weit größeren Auflage der breiten Öffentlichkeit zur Diskussion stellen. (Beifall.) Wir legen keinen Wert darauf, uns mit der „Freiheit" etwa polemisch auseinanderzusetzen. Sie gehört zu jener Freiheit, die uns in Unfreiheit bringen möchte. (Beifall.) Die Schmierlinken dieser Redaktion mögen der Öffentlichkeit gegenübergestellt sein.

Genossinnen und Genossen! Wir kommen zur Fortsetzung der Diskussion. Als nächster Redner hat das Wort der Genosse Arthur Arzt, Wiesbaden. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß ich heute morgen nicht in der Lage bin, Zeitüberschreitungen zu dulden, da wir die Aussprache bis 10.30 Uhr spätestens abschließen müssen, um zur Erledigung der übrigen Tagesordnungspunkte zu kommen. Ich bitte Sie daher, sich strengstens an die Geschäftsordnung zu halten.

Arthur Arzt, Wiesbaden: Werte Genossinnen und Genossen: Der breite Raum, den im Exposé unseres Genossen Dr. Schumacher die soziale Frage um die Besserstellung der breitesten Schichten der Bevölkerung einnahm, schien mir sozusagen mit Herzblut geschrieben zu sein. Jedenfalls vernahmen wir den Herzschlag der Sozialdemokratischen Partei, denn die Sozialdemokratische Partei war, ist und wird immer sein der Fürsprecher und Kämpfer für alle Erniedrigten, Betrogenen und Entrechteten. Wenn der Kampf für sie auf breiter Linie vorgetragen werden wird, so ist mir nicht bange um die klare Konzeption der wirtschaftlichen Frage, auch nicht um den Mut und die Begeisterung der großen Masse der deutschen Bevölkerung für diesen Kampf, aber worum mir bange ist, ist die Frage, ob wir in der Lage sein werden, diesen Kampf erfolgreich führen zu können.

Sie wissen, daß alles davon abhängt, wie die Sowjetfrage gelöst werden wird. Mit großer Begeisterung sind wir dem Kampf der Berliner Bevölkerung gefolgt. Die Tatsache, daß das kämpfende Berlin nicht nach den realen Machtmitteln gefragt hat, sondern rein aus der Idee heraus für das Ideal der Freiheit den Kampf aufgenommen hat, hat das Ansehen der Berliner Bevölkerung und im besonderen

auch der Sozialdemokratischen Partei als dem mächtigsten Faktor in diesem Kampf in der ganzen Welt erhöht. Berlin kämpft nach dem Grundsatz:

Der eine fragt: Was kommt danach?
Der andere: ist es recht?.
Und dadurch unterscheidet sich
Der Freie von dem Knecht.

Die heutigen Berliner Zustände sind die Folgen der falschen Politik der Siegermächte. Wir erleben heutzutage den Zusammenbruch der Politik von Casablanca mit seinem falschen „Unconditional surrender" bis hin nach Potsdam mit der barbarischen Austreibung von Millionen deutscher Volksgenossen von Haus und Hof. (Beifall.) Heute wissen wir, daß die falsche Konzeption darauf zurückzuführen war, daß trotz aller vorhergehenden Erfahrungen mit Hitler das Wesen eines totalitären Staates nicht erkannt war. Mit einem totalitären Staat kann man eben nur auskommen, wenn man gewillt ist, sich von ihm total fressen zu lassen. Leider scheint diese Erkenntnis auch heute noch nicht Allgemeinbesitz geworden zu sein. Als die letzten Moskauer Gespräche begannen, berichtete die lizenzierte Presse in ihrem politischen Wetterbericht: Herbstlich freundliches Wetter, um bald darauf fortfahren zu müssen: Erneute Eintrübung vom Osten her. Diese Politik der westlichen Alliierten bewegt sich auf einer schiefen Ebene. Sie haben bisher nur eine Kapitulationstechnik entwickelt. Wir aber müssen wissen, ob diese Kapitulationstechnik weiter fortgesetzt oder sogar noch weiter entwickelt werden soll. Diese Klarheit brauchen wir.

Der schwerste Schlag gegen den Sozialismus ist nicht vom Nationalsozialismus, sondern vom Bolschewismus geführt worden. Unsere politischen Gegner sagen: Seht auf Rußland. Hier ist der Marxismus zur konsequentesten Anwendung gebracht worden, und ihr erlebt die schrecklichen Folgen. Wenn es wahr wäre, daß der Bolschewismus die konsequenteste Auffassung des Marxismus ist, dann müssen wir diesen Marxismus restlos ablehnen. Deshalb ist es die dringendste und notwendigste Arbeit der Partei, die ideologische Auseinandersetzung mit dem Marxismus zu beginnen. Vorläufig scheint die Gleichsetzung zwischen Marx, Lenin und Stalin keine Fundierung zu haben, und Marx in der Generalsuniform von Stalin erscheint mir als die größte Groteske des Sozialismus. Wir brauchen uns nicht viel mit bolschewistischen Theorien auseinanderzusetzen, denn der Bolschewismus verändert Ideologien nach dem augenblicklichen Hausgebrauch. Was für uns in Erscheinung tritt, ist ein bis zur Hysterie gesteigerter Machtbarbarismus. Das Evangelium der Gewalt aber ist unvereinbar mit jedem sozialen Leben. Wer die Gewalttheorie vertritt, gehört, um ein Wort Engels zu gebrauchen, ins Altertumsmuseum neben Spinnrad und Steinaxt.

Als Partei haben wir uns zu fragen, auf welche Mächte wir uns im Kampf um eine neue Weltgeltung stützen können. Daß sich eine solche anbahnt, ist augenscheinlich geworden. Die neue Weltorganisation ist namentlich durch die Entwicklung des Flugwesens technisch möglich geworden. Deshalb hat unsere Partei ihr Augenmerk auf die Weltorganisation zu richten und ihr die Kräfte zu widmen. Die Vereinigten Staaten von Europa sind nur ein Teilgebiet in diesem großen Rahmen. Aber auch für die Vereinigten Staaten von Europa gilt es zu erkennen, daß ohne die finanzielle, wirtschaftliche und militärische Abdeckung durch Amerika dieses Gebilde unmöglich ist. Ist es aber richtig, daß wir die Hilfe Amerikas brauchen, und daß andererseits Amerika sich bei Strafe seines Unterganges sich nicht mehr in eine „splendid isolation" zurückziehen kann, dann muß die Partei ihre Politik in erster Linie nach Amerika ausrichten. Viele Imponderabilien, die dem heute noch entgegenstehen, führe ich zum Teil zurück auf ein schablonenhaftes „marxistisches" Denken. Was ist Amerika! Amerika ist das ausgewanderte Europa mit seinem Abenteuertum im besten Sinne des Wortes sowie nach seinen üblen Seiten hin. Die Mission Amerikas besteht darin, Europa zurückzugeben, was ihm einst das alte Europa gegeben hat. Dabei muß Amerika erkennen, daß auch das Evangelium der Uniformität gefährlich wäre. Jede Nation enthält einen Kulturwert, der im Interesse der Reichhaltigkeit und Mannigfaltigkeit gehütet werden muß.

In den Kämpfen um einen Neuaufbau Europas sowohl auch Deutschlands müssen wir über die engen Parteizäune hinwegsehen und müssen die Mitarbeit eines jeden begrüßen, der gewillt ist, den Inbegriff dessen, was man als europäische Kultur bezeichnet, zu erhalten und weiter auszubauen. Jeder, der auf dem Boden des Humanismus steht, muß uns als Kampfgenosse willkommen sein, denn Europa wird humanistisch sein, oder es wird nicht sein. Richten wir den Blick auf andere Nationen, dann müssen wir uns abgewöhnen, alles das an Tugend bei einer Nation zu erwarten, was wir als Tugend empfinden, was aber vielleicht eine andere Nation gar nicht als Tugend schätzt. (Beifall.) Seien wir glücklich, in jeder Nation soviel Verwandtes zu finden, das uns ermöglicht, in Gemeinschaft arbeiten zu können.

In dieser großen humanistischen Zielsetzung müssen wir den Kurs streng nach Westen richten, weil die Erhaltung dieses Kulturgutes die Voraussetzung auch für jede sozialistische Entwicklung ist. Bei der konsequenten Steuerung der politischen Orientierung nach dem Westen, d. h. also im besonderen nach Amerika, werden wir auch eines Tages wieder, da ja die Erde eine Kugel ist, im Osten anlangen und unsere schwer geprüften Brüder aus der erneuten Knechtschaft befreien können. (Bravorufe.)

Erich Arp, Kiel: Genossinnen und Genossen! Wenn, wie das „Rhein-Echo" schreibt, dies ein Parteitag der praktischen Klärung sein soll, müssen wir, glaube ich, noch einige Probleme deutlicher ansprechen. Hier stehen das Referat des Genossen Schumacher und eine Reihe von Anträgen zur Diskussion. Ich möchte vorweg bemerken, daß ich mich für die Annahme der Anträge Nr. 3 und 4, wo die Einsetzung einer Programmkommission gefordert wird, aussprechen möchte und gegen den Antrag Nr. 60 des Parteivorstandes, der dem Parteitag diese Arbeit abnehmen und sich selbst vorbehalten möchte.

Genossinnen und Genossen! Es muß doch einmal offen gesagt werden, daß eine tiefe Sorge und Unzufriedenheit in den Reihen der SPD herrscht über viele Mißerfolge und Rückschläge im Kampf um die demokratische Neuordnung in Deutschland. Die Entlastung eines Schacht ist nicht das erste, sondern nur das letzte Alarmsignal, daß das westdeutsche Großindustrie- und Finanzkapital, daß Großgrundbesitz und Großbürokratie, daß die ganze konservativ-liberalistische Gesellschaft ihre Restauration gerade in diesen Monaten sichern konnte.

Eben noch durch Kompensation und Hortung einerseits und jetzt durch den Trick einer halbjährigen Pause zwischen dem Geldschnitt der Währungsreform, der den Kleinbesitz, das Arbeitseigentum traf, und einem Lasten- und Vermögensausgleich, der dann den Großbesitz kaum mehr fassen wird, werden die ökonomischen Positionen des Kapitals, des großen, mittleren und kleinen Kapitals, immer mächtiger gegenüber den Verbraucherschichten, den Werktätigen, den Heimatvertriebenen, den Ausgebombten und anderen Opfern des Krieges.

Eine Bodenreform, die Sozialisierung und Expropriierung der für Krisen und Krieg, für Faschismus von gestern und für Reaktion von heute und morgen verantwortlichen Kapitalisten wird uns trotz vieler Gesetzesvorstöße von Schleswig-Holstein bis Nordrhein wider alles Recht drei Jahre lang verwehrt. Selbst ein Mitbestimmungsrecht der gewerkschaftlich Organisierten in der Wirtschaft durch Betriebsrätegesetze wird uns von der deutschen Reaktion bestritten und von Generalen verwehrt.

Eine Deflationspolitik gibt jetzt dem ausländischen Privatkapital die Chance, daß uns statt einer Nationalisierung der sozialisierungsreifen deutschen Schlüsselindustrien deren Entnationalisierung aufgezwungen wird. Steigende Arbeitslosigkeit, diese bewußt tolerierte Folge einer deflationistischen Kreditpolitik, gibt der deutschen Reaktion die Möglichkeit, mit der Preis-Lohn-Schere den Reallohn zu senken. Nach dieser Deflationsphase scheint mit ähnlichen Tendenzen eine Inflationsspritze bereitgestellt zu sein.

Das Referat des Genossen Schumacher hat einen Teil der objektiven Hemmnisse analysiert, die im deutschen Besatzungsland eine demokratische Politik

zunehmend hinderten und die so manche Hoffnung unserer Mitglieder und Funktionäre enttäuschten.

Genossen! Wir als Delegierte der neuen sozialdemokratischen deutschen Arbeiterbewegung sind uns gerade in der heutigen Situation darin einig, daß wir nicht ablassen von der Parole des Hannoverschen Parteitages: Sozialismus ist die Aufgabe der Gegenwart! Aber, um voranzukommen, heißt es jetzt ganz ehrlich erkennen, bekennen und überwinden den zweiten Teil jener subjektiven Hemmnisse, die nicht von außen her, sondern die in unserer Partei selbst seit 1945 zum jetzigen Wellental geführt haben. Ein großer Teil eurer 58 Anträge beweist, was uns fehlt: ein großes sozialistisches Kampfprogramm und seine konsequente, kompromißlose Durchführung! (Bravo!) Gerade diese Anträge beweisen, daß wir uns wieder — oder immer noch — in einem Stadium befinden, wo in der praktischen Politik unserer Partei weniger der wirklich revolutionäre Wille ihrer aktiven Mitglieder und Funktionäre seinen Ausdruck findet, als vielmehr, daß wir in einen Zustand zunehmend hineingeraten, wo durch einen selbständig handelnden Parteiapparat einerseits und durch den Ministerialismus andererseits eine allzuoft nur noch empirisch-opportunistische Politik getrieben wird.

Genossen! Im Sinne dieser Kritik will ich nur einige in euren Anträgen zitierte Beispiele aufzählen, wie z. B. mit autoritären Methoden das Mitgliedschaftsverbot zur VVN ausgesprochen wurde. Nur ein Parteitag sollte eine solche Frage entscheiden. Ein anderes Beispiel ist, wie der Kulturausschuß und die Kulturpolitik einer bestimmten Gruppe in die Hände gelegt wurde. Weil nicht koordiniert wurde, passiert es, daß Sozialdemokraten tolerierend in den Länderparlamenten oder gar durch SPD-Gesetzesinitiative die Versorgungsansprüche für Berufssoldaten regeln, bevor die von uns vertretenen Rentner, Kriegs- und Nazigeschädigten ihre gerechteren Ansprüche auch nur im entferntesten festgesetzt, geschweige denn geregelt sehen, ohne daß die Gesamtpartei überhaupt gesprochen oder sich eingeschaltet hätte. Die Hauptkritik aber ist doch an der unklaren Wirtschaftspolitik unserer Partei zu üben, für die wir Anhänger der Planwirtschaft auch heute als schlechte Planpolitiker kein wirtschaftspolitisches Aktionsprogramm vorliegen haben. Wir fragen, wo war bis zum heutigen Tage eine klare Ablehnung und Kampfansage der SPD gegen die als rein monetäre Maßnahme aufgezogene Währungsreform? Wo war vor und im Zeitpunkt der Währungsrefom, wo ist heute die konkrete Forderung auf Sozialisierung und öffentliche Kontrolle des Bank- und Kreditwesens?

Ich hoffe, daß dieser Parteitag als ersten Punkt eines sozialistischen Kampfprogramms sich wenigstens auf jene Forderung festlegt, die ich in der Lastenausgleichs-Resolution vermisse und die Wirtschaftsratsfraktion und PV bisher noch nicht klar erhoben haben, daß nämlich auf keinen Fall der soziale Lastenausgleich durch den indirekt gewählten Wirtschaftsrat erfolgt. Die SPD muß und kann als stimmenmäßig und organisatorisch stärkste Partei allgemeine direkte Wahlen durchsetzen vor diesem Lastenausgleich. Genossen! Nur dadurch können wir die ökonomische Vormacht diesen restaurierten Kapitalistenklassen in letzter Minute wieder entreißen. Meine Redezeit ist zu kurz, um mehr als einige Probleme zu streifen. Mögen andere die Kompromißpolitik im Länderrat kennzeichnen. Carlo Schmid hat bereits auf eine Erscheinung, wie den Länderpartikularismus, deutlich genug hingewiesen, der z. B. in Nordwestdeutschland unter vier SPD-Ministerpräsidenten die vom Genossen Schumacher schon vor zwei Jahren geforderte Lösung eines Niederdeutschland nicht zuzulassen droht. Ich will nur auf den neuesten Fall hinweisen, daß von unseren SPD-Ministern im Länderrat kein Veto gegen das unmögliche, weil juristisch unwirksame Preiswuchergesetz erhoben wurde, gegen ein Gesetz, das ich einen Hund ohne Zähne, einen Alibiversuch der Preistreiber nennen möchte. Ich muß darauf hinweisen, daß wir zeitweise in acht, immer noch in fünf oder sechs Ländern mit SPD-Wirtschaftsministern die Länderexekutive in der Hand haben. Es fehlt dort u. a. besonders an einer Voranbringung der Wirtschaftsdemokratie vom Betriebsrätegesetz bis zu Industrie- und Handelskammer- und Handwerkskammer-Reformen, für die durchaus legislative Grund-

lagen bestehen. Es fehlt vor allem an dem Willen zur Ausnutzung oder Aufgabe von Machtpositionen.

Ich will nur darauf hinweisen ... (Der Vorsitzende weist auf die vorgeschrittene Zeit hin) ... es bleibt mir nichts anderes übrig, als mich später wieder zu Wort zu melden, da meine Zeit abgelaufen ist. Ich möchte zum Schluß nur noch sagen: Wir haben diese unsere Partei organisatorisch neu aufgebaut, wir wollen sie neu und verjüngt gestaltet sehen zu einem Instrument der sozialen demokratischen Revolution.

Hermann Lüdemann, Kiel: (Die ersten Sätze des Redners gingen wegen Undeutlichkeit bzw. Störung des Mikrophons verloren.)

Ich möchte aussprechen, wir haben das große Glück, an der Spitze unserer Partei in dem Genossen Schumacher ein ganz besonders gekennzeichnetes Opfer des Faschismus zu haben. Andere stehen daneben, die ähnliches durchgemacht haben. Es wäre daher natürlich gewesen, wenn wir größte Sammelstelle der Opfer des Faschismus geworden wären. Leider ist festzustellen, daß uns das nicht gelungen ist, daß wir uns in dieser Beziehung nicht genügend eingesetzt haben und daß in den Organisationen der Opfer des Faschismus sehr bald infolge unserer Passivität die Kommunisten die Oberhand gewinnen werden. Dies ist ein Versäumnis. Die Aufforderung an die Parteimitglieder, der VVN den Rücken zu kehren, ist eine Maßnahme, die auch unzulässig ist, weil sie nicht dazu dient, etwas Neues an die Stelle des schlechten Alten zu setzen. Wir glauben unbedingt eine Zusammenfassung dieser Kräfte als Mittelpunkt für organisatorische Einrichtungen in Erinnerung an die Leiden dieser Menschen zu pflegen und davon ausgehend den Kampf nicht nur gegen den Faschismus, sondern gegen jede Art von diktatorischen Bestrebungen zu pflegen, um das deutsche Volk zu einer echten und lebendigen demokratischen Kampfgemeinschaft zu erziehen, die wenigstens einmal jährlich in dem allgemeinen Tag der Demokratie seinen Ausdruck finden müßte. Ihr könnt das nicht etwa innerhalb der Partei machen, das ist eine Volkssache und wir müssen uns jetzt stark genug fühlen, um im Rahmen einer solchen Volksbewegung uns als die beherrschende Masse durchzusetzen. Daß das bisher nicht geglückt ist, beweist nicht, daß es ein zweites Mal doch gelingen kann.

Ich möchte über eine andere Gruppe noch kurz berichten, die ebenfalls Opfer des Faschismus geworden ist, das sind die Ostvertriebenen und die heimatlosen anderen Flüchtlinge, Ausgebombten und Evakuierten. Sozialistischer als die Partei der Armen und Unterdrückten und Entrechteten und Heimatlosen, hätte es Ehrenaufgabe dieser Partei sein müssen, sich dieser Flüchtlingsmassen anzunehmen. (Bravo!) Ich bedauere außerordentlich, feststellen zu müssen, daß das nicht in dem erforderlichen Maße geschehen ist. Es ist zum großen Teil bei Versprechungen geblieben, es hat an Hilfe gefehlt. Ich habe tausenden Bürgermeistern den Vorwurf zu machen, daß sie nicht bereit gewesen sind, diese hoffnungslosen ärmsten Volksgenossen bei sich aufzunehmen, und zwar in Bezirken, wo dafür Raum genug vorhanden war. Ich habe Auseinandersetzungen genug gehabt mit Bürgermeistern, die nur 10 bis 20 Prozent Flüchtlinge übernommen haben und die mir erklärten, sie könnten einzelne Familien nicht mehr unterbringen. Ich spreche kein Wort über Schleswig-Holstein, das anerkannte Land der Flüchtlinge. Wir haben eine klare Politik gegenüber den Flüchtlingen eingenommen, wir bekennen uns zu ihnen und sind gewillt, ihnen bei uns eine neue Heimat zu bereiten. (Bravo!) Das ist das Allermindeste, was wir zu tun haben. Leider sind wir infolge der Verhältnisse nicht in der Lage, es so zu tun, wie wir es gerne möchten, weil wir ein kleines Land sind und belastet sind mit diesen Flüchtlingen. Wir hatten gehofft, daß unter der Führung unserer Partei ein Flüchtlingsausgleich geschaffen würde. Es ist unbeschreiblich, auf welche Widerstände wir bei unseren Bestrebungen in dieser Richtung gestoßen sind. Es gibt noch heute ein Land, das von der Sozialdemokratie beherrscht wird, in dem nur erst auf sechs Einheimische ein Flüchtling beschäftigt werden darf. Es gibt ein ganz großes Land, das Arbeitermangel hat, aber nicht bereit ist, Flüchtlinge aufzunehmen, sondern uns zumutet, wir sollen die Flüchtlinge behalten, es bewilligt uns das Geld dafür, damit wir diese Leute unterstützen

können. Und dann will man die Flüchtlinge auskämmen, um sich die Facharbeiter herauszuziehen; was nicht mehr arbeitsfähig ist, das dürfen wir behalten. Liebe Genossen! Auf dieser Grundlage sollen wir in Schleswig-Holstein, dem einzigen Land mit sozialistischer Mehrheit, eine sozialistische Politik treiben. Wie das möglich ist, das mögen die sagen, die nichts tun, um unser Los zu erleichtern.

Aber ich möchte noch eine andere Bemerkung hinzufügen. Wir haben zahlreiche Funktionäre, die denken bei allen Fragen immer nur an die Stärkung der Partei und an die möglichen Wahlerfolge. Das sind die schlechtesten Funktionäre nicht, aber sie sollten doch einsehen, daß für uns die Flüchtlinge die wichtigsten Wähler sind, denn sie sind die proletarischste Volksmasse, und unser Wahlerfolg in Schleswig-Holstein beruht nicht zuletzt darauf, daß wir diese Flüchtlingsmassen haben. Ich würde also empfehlen: Nehmt Euch der Flüchtlinge an, es wird sich lohnen, und es würde wahrer Sozialismus, den wir dabei betreiben.

Ich habe nur noch einige Minuten Redezeit, kann also über manche wichtigen Dinge leider nicht sprechen. Ich will mich nun noch kurz mit Genossen Henßler befassen, der uns empfohlen hat, in unserem Lande möchten wir auch für die Sozialisierung eintreten. Wir haben schon seit einem Jahr ein Sozialisierungsgesetz, das ebenfalls von den Engländern nicht genehmigt worden ist. Ich wollte einige Ausführungen machen zu einem Problem, das neuerdings die Öffentlichkeit sehr beschäftigt hat, nämlich das der Gebietsreform im Zusammenhang mit dem Aufbau einer föderativen Republik. Ich möchte mich hier beziehen auf eine Rede von Menzel im Auftrage des Parteivorstandes vor einem Jahr auf dem Nürnberger Parteitag. Es wurde dort von Menzel darauf hingewiesen, daß es zu den vornehmsten Aufgaben gehöre, die Grenzen der Länder neu zu gestalten, und er sagte sehr richtig, wir werden uns entschließen müssen, Gebiete zu schaffen, die wirtschaftlich, verkehrstechnisch und kulturell eine geschlossene Einheit bilden und eine eigene innere Tragfähigkeit besitzen. Diesen Sätzen ist nicht widersprochen worden, und ich habe angenommen, das sei die allgemeine Meinung der Partei. Ich bin dann sehr erstaunt gewesen — nachdem nunmehr die Militärgouverneure den Ministerpräsidenten die Aufgabe zugewiesen hat, die Ländergrenzen zu überprüfen —, daß in unserer Partei, und namentlich in den leitenden Kreisen der Partei, so wenig Neigung vorhanden war, diesem Problem Aufmerksamkeit zu schenken und es zu fördern. Es war von vornherein damit zu rechnen, daß die Ministerpräsidenten ein höchst ungeeignetes Gremium sein würde, um diese Frage zu lösen. Aber vollends unfähig dazu sind sie erst gemacht worden durch diejenigen, die in der Frage der Länderreform es für ihre Aufgabe gehalten haben, jeden Fortschritt zu verhindern. Ich habe mit großer Aufmerksamkeit die Ausführungen von Genossen Schumacher gehört, und zwar über alles, was er gesagt hat hinsichtlich des Besitzbürgertums und habe dabei immer an die Frage der Länderreform denken müssen. Wenn ich euch schildern könnte, was ich auf diesem Gebiete erlebt habe, dann müßte ich einige Stunden sprechen. Es geht hier um nichts anderes als um den Kampf einiger fortschrittlich gesinnter Elemente gegen diejenigen, die es sich zur Aufgabe gestellt haben, ihren Besitz zu verteidigen. Kurt Schumacher hat es schön formuliert, es gebe Parteien, die die Verteidigung des Eigentums als vordringlichste Aufgabe ansehen. Parteigenossen, es gibt Sozialdemokraten, die auch die Verteidigung von Länderbesitz als ihre vornehmste Aufgabe ansehen. (Bravo!) Wir sind uns klar, daß wir aus dem Zustand der Kleinstaaterei herauskommen müssen und daß diejenigen leisezutreten haben, die noch Vertreter von kleinen Staaten sind; sie müssen den Raum freigeben. Statt dessen erleben wir leider, daß alte antiquarische Länder im Vordergrund stehen mit den stärksten Bemühungen, ihren Besitz zu erhalten und zu verteidigen, und die das sagen und die das anstreben, das sind diejenigen, die die Gebietsreform sabotiert haben. Die Ministerpräsidenten haben durch ihren Beschluß, die Tätigkeit des Ländergrenzenausschusses zu beenden, den Beweis erbracht, daß sie nicht nur ungeeignet sind, neue Ländergrenzen zu ziehen, sondern unfähig, nationalen Interessen dabei Rechnung zu tragen. Jeder weiß, daß das von den Besatzungsmächten geschaffene Rheinland-Pfalz so nicht erhalten bleiben kann. Dasselbe gilt für Schleswig-Holstein, das im Norden

gefährdet ist und das nicht imstande ist, die deutschen Interessen zu verteidigen. Es sind also bei diesen Ländern keine egoistischen Wünsche, wenn sie eine Änderung erstreben. Ich hoffe deshalb, daß die Bestrebungen auf Herbeiführung neuer Grenzen nicht begraben werden, sondern daß im Zuge der neuen verfassungspolitischen Arbeit bei dem Neubau unserer neuen westdeutschen Körperschaften dafür gesorgt wird, daß die Aufgabe, die Ländergrenzen neu zu gestalten, zu einer Verpflichtung der neuen demokratischen Körperschaften gemacht wird, und ich hoffe weiter, daß unsere Partei in dieser Frage die Führung übernehmen wird. (Beifall.)

Vorsitzender Gnoß: Das Wort hat nunmehr Genosse Günther Markscheffel, Mainz.

Günther Markscheffel, Mainz: Genossinnen und Genossen! Ich möchte an die Sätze des Genossen Lüdemann anknüpfen, in denen er sagte, er hoffe, daß die Sozialdemokratische Partei die Führung übernimmt. Wir haben aber alle das Empfinden — besonders wir in der französischen Zone, die an einer exponierten Stelle Deutschlands politisch im Namen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wirken müssen —, daß alles das, was wir wollen und was die Zehntausende, die vorgestern nachmittag einige Schritte von hier demonstrierten, wünschen, von uns nicht immer so dargestellt wurde, wie es die Massen, die dort demonstrierten, zum Ausdruck gebracht wünschen. Wir haben besonders im vergangenen Jahr die Feststellung machen müssen, daß zwischen dem, was wir politisch wollen und dem, was einige unserer Exponenten bei den großen offiziellen Zusammenkünften vertreten, nicht immer in einen entsprechenden Einklang gebracht werden konnte.

Genossinnen und Genossen! Wenn von einem Diskussionsredner vorhin gesagt wurde, daß sich sowohl in den Fragen der Länderpolitik als auch in unserem Willen in der Frage der Sozialisierung eine gewisse Unstimmigkeit in der Partei ergeben hat, so können wir wohl alle, die wir aus den Bezirken kommen, bezeugen, daß dies richtig ist. Der Bezirk Rheinhessen, den ich zu vertreten habe, hat Ihnen aus diesem Grunde einen Antrag vorgelegt und bittet Sie, diesen Antrag anzunehmen. Es ist der Antrag Nr. 6, den ich nunmehr verlesen will.

> Der Parteivorstand wolle beschließen: Der Parteivorstand ist ermächtigt und verpflichtet, für die Koordinierung der sozialdemokratischen Politik in den einzelnen Ländern Deutschlands Sorge zu tragen. Die Exponenten der deutschen Länderpolitik innerhalb der Sozialdemokratischen Partei verpflichten sich, Koordinierungsbeschlüsse und Richtlinien des Parteivorstandes und Parteiausschusses innezuhalten. Sie verpflichten sich ferner, in kritischen Situationen und bei möglicher Überschneidung von Kompetenzen im Rahmen der Länderpolitik den Parteivorstand zu unterrichten und die in gegenseitiger Aussprache als Richtlinien erarbeiteten Grundsätze jeweils zu vertreten.

Genossinnen und Genossen! Wir haben in dem Referat des Genossen Schumacher und den zahlreichen Ergänzungen gehört, vor welch ungeheueren Aufgaben wir in Deutschland stehen. Wir wissen, daß auf uns Sozialdemokraten die ganze zivilisierte Welt blickt und sich fragt, ob es uns gelingt, unsere Prinzipien in politische Taten umzuwandeln. Ich bin überzeugt, daß wir nach den drei Jahren, in denen wir die Organisation wieder aufgebaut haben, auf diesem Parteitag aller Welt gegenüber bekunden müssen, daß wir gewillt sind, mit dem Instrument „Partei", das wir in dieser Zeit wieder schufen, unsere Prinzipien vom kleinsten Funktionär bis zum Ministerpräsidenten auch prinzipientreu zu vertreten gedenken.

Vorsitzender Gnoß: Es sind noch fünf Diskussionsredner hier gemeldet. Ich habe die Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn wir auch nur einigermaßen mit der Erledigung unserer Tagesordnung in dem vorgesehenen Rahmen zurecht kommen wollen, die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt eingeschränkt werden muß, da der Genosse Ollenhauer auch noch ein Schlußwort halten will. Ich bitte also dringend jeden Genossen, der nicht unbedingt zur Sache selbst noch neues vorzutragen hat, auf das Wort zu verzichten. — Als nächster Redner hat das Wort Genosse Willi Eichler.

Willi Eichler, Köln: Es ist auf diesem Parteitag sehr oft davon gesprochen worden, daß die Viermächtepolitik jetzt zusammengebrochen sei. Wenn wir zu den tieferen Gründen dieses Zusammenbruchs kommen wollen, und zu einer neuen Politik, dann können wir nicht nur davon sprechen, daß die Viermächtepolitik in Deutschland zusammengebrochen sei. Denn in Wirklichkeit, so scheint mir, ist etwas ganz anderes zusammengebrochen, nämlich die Politik des allgemeinen Paktierens mit dem Teufel, eines Paktierens zur Rettung des Großkapitals und zur Rettung der eigenen nationalen Haut. Diese Politik, die, als Hitler zur Macht kam, geteilt wurde über den großen Umweg vom Vatikan über die westlichen Demokratien bis zum Kreml — diese Politik des Appeasement, des Verrats der eigenen Prinzipien, hat seit Jahren Niederlagen erlitten. Und in dieser Serie von Niederlagen ist nun auch die Konzeption der Viermächtepolitik über die Aufteilung Europas als eine Aufteilung von Völkern unter bestimmte Machtgruppen in der Tat und verdientermaßen zusammengebrochen. Wer einmal mit solchem Verrat seiner eigenen Prinzipien und der Weltsicherheit beginnt, der darf sich nicht wundern, wenn über die Teilung eines der Beteiligten am Kampf gegen Hitlerdeutschland, nämlich über die Teilung Polens hinweg und über die Deportierung der Ostdeutschen, über die Versklavung Osteuropas hinaus ein solch moralischer Sumpf in der internationalen Politik entsteht, daß wir bis heute Mühe haben, überhaupt ein klares Zeichen von eindeutig anständiger Richtung in dieser Politik zu entdecken. Erst wenn uns dieser moralische Sumpf vollkommen klar ist, scheint mir, wird auch die Riesenhaftigkeit der Aufgaben klar, vor denen wir stehen. In diesem Zusammenhang habe ich den Eindruck, ist nicht gebührend berücksichtigt worden, daß gerade im Kampf um Berlin heute eine Politik sich anzubahnen scheint, die wenigstens einigermaßen frei ist von rein selbstsüchtigen Motiven. Die Luftbrücke, die nach Berlin führt, ist ganz gewiß nicht etwas, was nur erklärt werden kann mit dem nationalen Interesse Englands und Amerikas. (Beifall.) Wir haben allen Grund, den Anstrengungen aller Beteiligten an dieser Luftbrücke unseren Dank auszusprechen. Ich denke, daß das zu dem Dank an die Berliner Genossen dazu gehört. Ich glaube, das ist ein Punkt, der in der Diskussion vergessen worden ist, der in der Diskussion eines sozialdemokratischen Parteitages aber eigentlich nicht fehlen dürfte. Wir haben von der notwendigen Hilfe, die heute von allen geleistet werden muß, gesprochen. Es ist bei dieser Hilfe klar zum Ausdruck gekommen, daß hier das erstemal das Bewußtsein einer Verantwortung für das Schicksal anderer Völker übernommen werden muß, auch wenn sich die Übernahme dieser Verantwortung im Augenblick und vielleicht überhaupt nicht im materiellen Sinne bezahlt macht. Das scheint mir ein Schulbeispiel für die Konzeption einer internationalen Politik zu sein, die in der Tat die Lösung beinahe jeder bedeutenden nationalen Aufgabe, auch jeder nationalen deutschen Aufgabe, als unlösbar erkennt, wenn sie nicht in Übereinkunft und in Zusammenarbeit mit den anderen Völkern erfolgt. Nur diese Grundhaltung läßt uns die richtige Stellung gewinnen, auch zur Lösung unserer eigenen deutschen Probleme. Deshalb scheint mir auch die Ablehnung der Weststaatskonzeption durch unsere Partei so bedeutungsvoll. Sie ist nicht nur deshalb wichtig, weil wir damit einer Teilung Deutschlands das Wort reden würden; sie ist vor allem wichtig, um der Welt zu zeigen und auch unseren Deutschen, daß es hier keine Teillösungen gibt, die auch Europa endgültig teilen würden.

Der Genosse Brandt hat in dem Versuch, der europäischen Aufgabe einen konkreten Antrieb zu geben, darauf hingewiesen, daß es nötig wäre, eine sogenannte funktionelle europäische Zusammenarbeit in die Wege zu leiten, d.h. eine Zusammenarbeit, die sich auf einer Reeuropäisierung des Transport-, des Kreditwesens und einer Reihe anderer Möglichkeiten aufbaut. Ich glaube, daß das gut, aber nicht genug ist. Es wird europäisches Zusammenarbeiten dieser Art sicher auch von anderen Leuten versucht werden, weil es wirtschaftlich rentabel ist, wirtschaftlich vernünftig. Aber es genügt ja nicht, daß wir vielleicht ein europäisches Stahlkartell bekommen oder eine Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen der I. G.-Farben oder daß irgendwelche anderen Konzerne Anstrengungen solcher

Art machen. Worauf wir als deutsche Sozialisten, und worauf alle Sozialisten ihre Angriffe konzentrieren müssen, das ist die Zwangsvorstellung der nationalen Souveränität. Diese angebliche Idee, die noch nie eine Idee war, sondern ein Hirngespinst verruchter Machtpolitik, diese „Idee" muß aus den Köpfen radikal ausgemerzt werden, und sie ist es heute bei weitem nicht. Was an internationaler Zusammenarbeit bis heute angesponnen ist, ist sehr dürftig. Wir, die wir im Wirtschaftsrat Gelegenheit hatten, uns mit den inneren Zusammenhängen des Marshallplanes auseinanderzusetzen, müssen dabei feststellen, daß diese Zusammenarbeit heute beinahe, oder ich möchte sagen von allen Völkern ohne Ausnahme dazu benutzt wird, aus dem gemeinsamen Topf möglichst viel herauszubekommen und möglichst wenig hineinzutun. Es ist keineswegs die Vorstellung verbreitet, daß man heute wirklich die nationalen Wirtschaften nicht auf Kosten der anderen wieder aufbauen sollte, und tatsächlich kann man sie endgültig überhaupt nicht mehr aufbauen ohne engen Zusammenhang mit den anderen nationalen Wirtschaften. Der Skandal, der sich bei der Demontage der südbadischen Uhrenindustrie gezeigt hat, indem der Vorsitzende des englischen Uhren-Industriellenverbandes öffentlich erklärte, es sei seinem Einfluß mit zuzuschreiben, daß die Produktionsquote für Uhren in dieser Gegend von 78 % auf 50 % herabgesetzt wurde, dieses Beispiel zeigt, daß auch in einem Lande, in dem eine Labour-Regierung an der Macht ist, noch Kräfte wirken, die weit davon entfernt sind, dem sozialistischen Programm ihrer Regierung zu folgen. Bei aller Bewunderung für die Anstrengungen der englischen Genossen scheint mir dieser Hinweis auf die Unmöglichkeit der nationalen Begrenztheit eines echten Sozialismus hier nötig zu sein. Es ergibt sich deshalb die Aufgabe, diejenigen zu bemühen, die dem Programm und ihren Grundsätzen nach dazu bereit und verpflichtet sind, und das ist, Genossen, die sozialistische Internationale, die bis heute noch nicht eigentlich besteht. Deshalb, weil wir hier ja soviel Vertreter der Internationale haben, glaube ich, ist die Erörterung der Reaktivierung einer internationalen sozialistischen Kampfgemeinschaft unbedingt vonnöten. (Beifall.) Auf dem Pariser Kongreß der Internationale im April dieses Jahres ist beschlossen worden, ein Büro zum Studium und zur Propagierung eines Vereinten Europa einzusetzen. Dieses Büro ist inzwischen auch gegründet worden. Es hat seinen Sitz in Paris, aber das Budget dieses Büros ist so groß, daß man in der Öffentlichkeit eigentlich gar nicht darüber reden könnte. Wenn man denkt, daß von dieser Zentrale aus Inspirationen ausgehen sollen zur Bildung eines Europas, das von moralisch einwandfreien Prinzipien geleitet wird, dann glaube ich, ist von den ersten Anfängen dieses Büros bis zur Möglichkeit der Verwirklichung seiner Aufgaben noch ein großer Schritt nötig. Dieses Büro, so scheint mir, hat viele Aufgaben, deren Lösung heute allen auf den Nägeln brennt, selbst da, wo sie eigentlich wie eine deutsche Angelegenheit aussehen.

Damit komme ich zur Frage der Ruhr und der Sozialisierung in Nordrhein-Westfalen. Die Internationalisierung des Ruhrgebietes und der gesamten europäischen Schwerindustrie wäre eine Aufgabe, die von internationalen Sozialisten und nur von ihnen vertreten werden kann, weil nur bei ihnen sicher ist, daß nicht irgendwelche Hintergründe kapitalistischer Machtinteressen hier eine angebliche Internationalisierung der Ruhr anstreben, die in Wirklichkeit nichts weiter als eine Annexion bedeuten würde. Diese Aufgabe und eine Reihe weiterer angeblich deutscher Aufgaben, auch die Frage der Behandlung Westdeutschlands und die Behandlung der Ostzone wären etwas, was den Internationalisten, und nur ihnen, zugemutet werden kann, aber auch zugemutet werden muß, und in diesem Rahmen gewinnt die internationale Tätigkeit deutscher Sozialisten wirkliche Kraft und Inspiration. (Beifall.)

Peter Jacobs, Trier: Der Anregung des Genossen Gnoß auf Abkürzung der Debatte hätte ich sehr gern entsprochen, wenn ich nicht glaubte, auf einen besonderen Umstand hinweisen zu müssen. Das ist die Tatsache, daß nach unserer Auffassung die Partei die Politik allzusehr aus der Perspektive der Bizone sieht, ohne Berücksichtigung der besonderen Bedingungen, unter denen wir in der französischen

Zone leben. Es bedarf durchaus nicht eines so massiven Materials wie des Eisens, um einen Vorhang wirksam werden zu lassen. Diese unterschiedlichen Bedingungen äußern sich nicht nur in einem verdorbenen Magen gelegentlich einer Reise in die Bizone als Folge dort erhältlicher, bei uns jedoch noch unbekannter Genüsse. Wir haben größte Bedenken gegen die im Rahmen der deutschen Zuständigkeiten nicht ausgenutzten Möglichkeiten in der so wichtigen Frage der Länderbildungen. Ihre sachgemäßere Behandlung wäre schon aus rein wirtschaftlichen und politischen Erwägungen notwendig gewesen. Der Genosse Lüdemann hat mit Recht auf die Tatsache der Nichtexistenzfähigkeit eines Gebildes wie das von Rheinland-Pfalz hingewiesen. *Die Zurückweisung des vom Landtag einstimmig angenommenen Gesetzes* über die Kriegsopferversorgung durch die französische Militärregierung ist eine einzige Demonstration für diese Behauptung und zeigt, daß dieses Land finanziell nicht in der Lage ist, ein Minimum an sozialen Verpflichtungen zu erfüllen. Ich nehme aber auch die Anwesenheit des von uns verehrten und geschätzten Genossen Grumbach als dem Vertreter der französischen sozialistischen Partei zum Anlaß, ihn auf gewisse Besonderheiten unseres Verhältnisses zu Frankreich als Besatzungsmacht hinzuweisen, da wir gerade bei dem Genossen Grumbach um jemanden wissen, der für die Nöte und Verhältnisse auch in unserem Lande Verständnis hat. Wir Sozialdemokraten wissen, ja, wir wissen es ganz besonders, daß einem Volke niemals die Freiheit auf den Spitzen der Bajonette einer Besatzungsarmee gebracht wird. *Wir wollen trotzdem versuchen, die aus der Realität* des Vorhandenseins einer Besatzungsmacht sich ergebenden Notwendigkeiten anzuerkennen, allerdings unter der Voraussetzung, daß diejenigen, die sich strebend bemühen, Bedingungen dabei offen bleiben, die ihnen den Boden nicht unter den Füßen wegnehmen. Darauf, Genossen, muß im besonderen hingewiesen werden, weil auch in unserem Verhältnis zu einzelnen Stellen der Besatzungsmacht es angebracht erscheint, sie daran zu erinnern, daß die politische Ehre von der persönlichen Ehre nicht zu trennen ist.

Der Versuch der Sozialdemokratie, in Rheinland/Pfalz gegebene Möglichkeiten der Länderumbildung nutzbar zu machen, hat in den eigenen Reihen der übrigen Zonen nicht überall den Widerhall gefunden, den wir erwartet hatten. Es sind *nicht nur wirtschaftliche und soziale Gründe*, die uns Veranlassung geben, dieses von uns immer nur als Provisorium betrachtete Gebilde — besser heute wie morgen wieder aufzulösen. Vielleicht ist für unsere Stellungnahme noch entscheidender die politische Gefahr, die an dem Tage eines Regimewechsels in Frankreich entsteht, dessen Grundlage in den Beziehungen unserer beiden Völker untereinander in der Aufrechterhaltung eines historisch deutsch-französischen Gegensatzes zu suchen ist. Wenn dieser beherrschende Grundsatz seinen Niederschlag in der französischen Besatzungszone findet, dann ist damit das Land Rheinland/Pfalz erneut ein neuralgischer Punkt im Verhältnis unserer beiden Völker zueinander. Niemand gibt uns die Garantie, daß der Tag nicht mehr fern ist, an dem dieser angedeutete Regimewechsel in Frankreich sich vollzieht. Solange es noch einen Sinn hat, bitten wir Frankreich, sich endlich einmal darauf zu besinnen, daß das, was es gegenüber den wirklichen demokratischen Kräften in Deutschland zu tun verpflichtet war, meistens zu spät geschehen ist (Beifall) und es damit nicht nur um seine psychologische, sondern auch seine materielle Wirkung gebracht wurde. In Frankreich ist man anscheinend immer nur bereit, Konzessionen unter einem gewissen Druck zu machen, die dann in Deutschland solchen Kräften zugute kommen, denen eine Verständigung mit Frankreich stets nur eine Angelegenheit eigener machtpolitischer Ohnmacht ist.

Wir bitten deshalb, das Gespräch über die Länderbildung baldmöglichst wieder aufzunehmen, und zwar im Interesse der Bereinigung der Verhältnisse zwischen unseren beiden Nachbarvölkern. Wir freuen uns, in der französischen sozialistischen Partei eine in diesem Lande wirksame Kraft zu wissen, die aus europäischer Konsequenz heraus die Gebote der Vernunft in ihrer politischen Haltung beachtet. Sie macht damit im Effekt auch eine gute französische Politik. Wir unsererseits sollten Frankreich als Volk nicht mehr zumuten, wie unter den gegebenen Um-

ständen von ihm verlangt werden kann. Denn auch in Frankreich gibt es kleine Leute, die nicht über ihren Gartenzaun hinauszusehen vermögen, auf deren Interessen aber Rücksicht zu nehmen ist. Wir Sozialdemokraten sollten deshalb uns gegen eine mit den Gesetzen der Logik nicht in Einklang zu bringende Auffassung des Durchschnittsbürgers bei uns zu Lande zur Wehr setzen, die sich daran gewöhnt hat, Frankreich als Volk wie auch als Individium als minderwertig zu betrachten, um von demselben Volk, nur weil es in unserem Interesse gelegen ist, eine vollkommene Politik zu verlangen. Auf der Basis dieser gewandelten Einstellung haben wir das Recht, Frankreich klar zu machen, daß es bei aller Anerkenntnis seines Sicherheitsbedürfnisses und seines Anspruches auf Wiedergutmachung, nicht möglich ist, den ihm als 40-Millionenvolk zugefügten Schaden in seiner nur aus fünf Millionen Einwohnern bestehenden Besatzungszone auch nur halbwegs kompensieren zu können. (Beifall.) Frankreichs Verlangen hat zur Folge einen Lebensstandard für die in seiner Zone lebenden Menschen, der noch weit unter dem liegt, den aufrechtzuerhalten auch noch in einem geschlagenen Deutschland möglich ist. Die weitere Folge ist unter Umständen die Schaffung von politischen Verhältnissen, die uns je nach der Konzeption, die in Frankreich über Deutschland vorherrscht, in eine ähnliche Situation wie das Saargebiet bringt. Daß das auf die Dauer gesehen auch für Frankreich nicht von Vorteil ist, das einzusehen bitten wir. Unbegreiflich ist uns aber auch, wie Frankreich als Besatzungsmacht durch seine Vertreter sich in seiner Zone Kräfte bedient, eben aus einem falsch verstandenen Sicherheitsbedürfnis heraus, die nach unserer Auffassung alles andere als geeignet sind, der wirklichen Klärung des deutsch-französischen Verhältnisses zu dienen. Es ist ein Unglück, daß Frankreich stets den Cordon Sanitaire an die falsche Stelle legt, nämlich gegenüber der deutschen Sozialdemokratie. Wir glauben nicht erst den Nachweis erbringen zu müssen, darum zu wissen, daß von dem Verhältnis Frankreichs und Deutschlands untereinander mehr abhängt als von sonstigen zwischenstaatlichen Beziehungen, sondern daß in den friedlichen Beziehungen dieser beiden Völker der Schlüssel für den Frieden Europas geborgen liegt. Weil wir als Sozialdemokraten an die Realität der Worte glauben, möchten die dem gewaltigen Tongemälde eines deutschen Meisters, das gestern hier anläßlich der feierlichen Eröffnung dieses Parteitages erklang, zugrundeliegen. Deshalb bitten wir Frankreich, seinerseits daran glauben zu wollen, daß in unserem Lande Kräfte wirksam sind, denen es ernst mit einer deutsch-französischen und damit europäischen Verständigung ist. Deshalb aber auch unsere Bitte, die Politik der Vorsicht, der Diffamierung, die Politik des Cordon Sanitaire gegenüber der deutschen Sozialdemokratie ad acta zu legen. Eine Politik der Vernunft, also eine Politik der Stärkung der deutschen sozialdemokratischen Kräfte, ist die beste Garantie für ein berechtigtes Sicherheitsbedürfnis Frankreichs. (Beifall.)

Heinrich Jochem, Oberhausen: Der Genosse Arp, Kiel, hat bereits vorhin auf die Bedeutung der Anträge 3, 4 und 6 hingewiesen, die den Parteitag beauftragen, ein Aktionsprogramm unserer Partei auszuarbeiten. Er hat auch den Wunsch an den Parteitag ausgesprochen, diese Anträge zugunsten des Antrages 60 des Parteivorstandes anzunehmen, der die Bildung eines solchen Ausschusses seitens des Parteivorstandes vorsieht. Ich schließe mich dieser Bitte an und ersuche den Parteitag, die Schaffung eines solchen Ausschusses selbst zu bestimmen, und zwar aus der Sorge heraus, die uns aus den Erfahrungen der letzten drei Jahre bewegt. Wir mußten feststellen, daß in bestimmten Situationen eine einheitliche Stellung und Haltung der Partei in den Ländern nicht eingehalten wurde und daß dadurch das Gesamtbild der politischen Haltung der Partei ein zerrissenes Bild gegenüber der Bevölkerung werden mußte.

Wenn gestern hier in dem Referat unseres Genossen Schumacher die Worte gebraucht wurden, daß weder in Deutschland noch in Europa ohne die Sozialdemokratische Partei eine dauerhafte Politik betrieben werden kann, dann, Genossen und Genossinnen, glaube ich mich zu entsinnen, daß auch in der Zeit vor 1933 diese Redewendung sehr häufig gebraucht wurde und daß trotzdem dann eine Zeit

über uns hereinbrach, in der ohne uns Politik gemacht wurde. Diese Redewendung klingt nach außen sehr gut, aber sie kann zu einer hohlen Redensart werden, wenn sie nicht begleitet und unterstrichen wird von einer Haltung, die im Einklang zu der Theorie steht. Wir haben uns unsere Gegner genau angesehen, um sie zu erkennen und ihre Macht richtig einzuschätzen. Wir sind als sozialdemokratische Bewegung eingekeilt zwischen zwei große Pole. Für uns gilt es, die Frage zu klären, ob wir unabhängig von der Politik dieser beiden Pole, eine Basis finden können, die geeignet ist, die Massen an uns zu ziehen. Ich brauche zu der einen Machtgruppe, die des Ostens, nichts zu sagen. Das ist hier auf dem Parteitag in eindeutiger Weise geschehen. Wir haben uns aber auch die andere Seite genau angesehen, jene Machtgruppe des Westens, insbesondere Amerika. Natürlich müssen wir den Marshall-Plan anerkennen, weil wir ihn brauchen. Ob wir aber die Politik, die mit diesem Plan verbunden ist, so ohne weiteres mitmachen, das ist die Frage, die wir zu klären haben. Wir stellten fest, daß immer dann, wenn in den Ländern Gesetze angenommen werden, die irgendwie den sozialistischen Grundsätzen entsprechen, diese Gesetze von der Militärregierung nicht bestätigt wurden. Ich denke an das Gesetz des Landes Nordrhein/Westfalen über die Gegenzeichnung der Betriebsräte zu den monatlichen Produktionsmeldungen, das unseren Betriebsräten erhebliche Rechte in die Hand gab und damit den Anfang zur Demokratisierung der Wirtschaft bildete. Ich denke an das Gesetz zur Sozialisierung des Ruhrkohlenbergbaues dieses Landes, ich denke auch an das Betriebsrätegesetz des Landes Hessen. Immer wieder, wenn irgendwelche grundlegenden Neuregelungen, die im Interesse der Arbeiterschaft liegen, getroffen werden sollen, zeigt sich, daß die Besatzungsmächte uns in den Arm fallen und mit der deutschen Reaktion gemeinsame Sache machen. Wir wollen zu diesen Dingen jetzt eine klare Haltung einnehmen. Daß ein General Clay und die hinter ihm stehenden Mächte keine Politik betreiben können, die uns not tut, ist erklärlich, weil diese Menschen aus einem Lande kommen, das eine ganz andere Wirtschaftsstruktur besitzt als die Europas oder gar Deutschlands. Wenn wir in dem reichen Amerika lebten, würden auch wir wahrscheinlich nicht viel über Wirtschaftsdemokratisierung und Vergesellschaftung sprechen. Ein Beweis dafür mag sein, daß eine marxistisch-sozialistische Bewegung dort nicht besteht. Wir befinden uns in einer völlig anderen Situation. Deshalb können wir der Geistesrichtung der Militärregierung nicht folgen und müssen eine eigene politische Haltung beziehen. Die Besatzungsmächte sollten einsehen, daß diesen Dingen Rechnung getragen werden muß. Wir müssen zu diesen Mächtegruppen eine andere Haltung einnehmen.

Wenn gestern Genosse Henßler meinte, daß es möglich sein müßte, die Sozialisierung unserer Schlüsselindustrien mit Hilfe des linken Flügels der CDU durchzuführen, so möchte ich demgegenüber sagen, daß es uns nicht gelingen wird, die CDU auf diese Basis zu bekommen, oder aber wir müssen ein gutes Stück unserer Grundsätze der Sozialisierung aufgeben. Das beweisen die Anträge Dr. Adenauers und die Besprechungen mit der CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein/Westfalen. Wenn Genosse Henßler gestern sagte, daß wir unter Umständen zu einer Volksabstimmung in dieser Frage schreiten müßten, dann möchte ich bitten, daß der Parteitag dieser Forderung einen viel stärkeren Rückhalt gibt. Wir müssen uns darüber klar sein, daß das deutsche Volk in einer Volksabstimmung zu dieser Frage eine positive Haltung einnehmen und sich mit mindesten 70 % Jastimmen für die Vergesellschaftung entscheiden würde. Eine solche Aktion würde auch den Besatzungsmächten gegenüber zeigen, daß das deutsche Volk die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien wünscht. Ich bitte, daß der Parteivorstand eine solche Aktion vorbereitet, um eine sozialistische Politik in Deutschland zu ermöglichen und den Besatzungsmächten zu zeigen, daß sie uns, wenn sie schon demokratische Politik in Deutschland durchzuführen wünschen, nicht bei jeder Gelegenheit daran hindern. Wir müssen diesen Schritt auch deshalb tun, um der gequälten Menschheit zu zeigen, daß es aus dem Dilemma, in das uns der Weltkrieg gebracht hat, einen Ausweg nur dann gibt, wenn der Sozialdemokratischen Partei die Möglichkeit gegeben wird, die sozialistischen Grundsätze zu verwirklichen. (Beifall.)

Vorsitzender Gnoß erteilt dann zunächst das Wort

Herbert Wehner, Hamburg: Von diesem Parteitag erwarten nicht nur die Parteimitglieder, sondern auch breite Massen außerhalb unserer Partei etwas Besonderes. Das Referat des Genossen Kurt Schumacher wird, glaube ich, in vielen ausschlaggebenden Fragen klärend wirken. Aber es wäre zu wenig, wenn der Parteitag nur dieses Referat zu bieten hätte.

Es wurde der Gedanke ausgesprochen, daß das Schicksal der Demokratien Mittel- und Westeuropas vom sozialen Gehalt abhängig ist, den man ihnen zu geben vermag. Das ist, so scheint mir, der entscheidende Punkt. Es genügt nicht, allgemein von der Expansion des Ostens und den kapitalistischen Interessen im Westen zu sprechen. Die Expansion des Ostens kann sich — das ist das Besondere an ihr — genau so weit ausbreiten, als es ihr möglich gemacht wird, vorzudringen. Die Grenze ihres Vordringens bilden tiefgreifende soziale Reformen. Wir in Deutschland haben im Kampf um unsere eigene Existenz eine europäische Mission zu erfüllen.

Wenn man das, was unsere Partei zur Zeit tut und aufzuweisen hat, kritisch prüft, so hebt sich der Kampf in und um Berlin ab. Es genügt nicht, daß wir den Berlinern unsere Bewunderung aussprechen, sondern wir sollten überlegen, wie wir, über das bisher geleistete bescheidene Maß materieller Solidarität hinaus, im Westen Deutschlands ein politisches bescheidene Äquivalent zu diesem Kampf finden und leisten können. Die Berliner sagen hier in ihrer sympathisch bescheidenen Weise, sie täten nichts als ihre Pflicht. Ich glaube, die Pflicht des Parteitages ist es, zu einem Ergebnis zu kommen, wie wir diesen Kampf in Berlin, der ein Kampf von gesamtdeutscher Bedeutung ist, überall in unseren Gebieten mit gleicher Stärke, mit gleicher Vehemenz unterstützen und führen, so daß es in der Welt nicht mehr überhört werden kann. Bei diesem Kampf geht es nicht, wie viele im Westen noch meinen, einfach um Interessen der Besatzungsmächte. Wir müssen erreichen, daß — wie es die Berliner zum erstenmal erreicht haben — das ganze deutsche Volk nicht mehr überhört werden kann.

Wir erleben zur Zeit eine Inflation der großen Worte. Man spricht von Europa-Union, gesamteuropäischem Parlament, Weltregierung und andern an und für sich erstrebenswerten Dingen. Wie aber verhalten sich viele ihrer Befürworter zu den brennenden Fragen, von denen Europas Schicksal abhängt? Wenn es richtig ist, daß das Schicksal Europas von dem sozialen Gehalt abhängt, den man den mittel- und westeuropäischen Staaten geben wird, dann haben diese tönenden Worte nur zweitrangige Bedeutung. Wir sollten unsere Aktivität nicht darauf verschwenden, in diesen Gleisen mitzulaufen. Wenn Europas Schicksal davon abhängt, welchen sozialen Gehalt man den Staaten Mittel- und Westeuropas zu geben vermag, so bedeutet das, daß vor allem die noch vorhandenen Produktionsmöglichkeiten maximal ausgenützt werden müssen. Deshalb ist es von europäischer Bedeutung, ob man uns Deutschen die Möglichkeit gibt, das, was uns geblieben ist an Produktionsmitteln, maximal auszunützen und auszuweiten. Heute noch gibt es sogenannte nationale Programme, die dem tatsächlichen europäischen Wiederaufbau entgegenstehen. Die demokratischen Sozialisten Europas müssen sich klar darüber werden, daß es von der maximalen Steigerung der Produktion abhängt, ob die Demokraten des Westens und Mitteleuropas erhalten werden und Einfluß auf die Entwicklung im Osten gewinnen können. Der Kampf um den Osten kann nur mit durchgreifenden sozialen Reformen im Westen geführt werden. Ich halte nichts von der heute hier vorgetragenen „optimistischen" Vorstellung, wir müßten sozusagen von selbst wieder nach dem Osten kommen, weil die Erde rund sei. Ein solcher Optimismus mag beruhigend sein, aber er ist unwirklich. Die unterdrückte und zu Grabe getragene freie Arbeiterbewegung der osteuropäischen Länder kann nicht morgen oder übermorgen sozusagen von selbst wieder auferstehen. Wer die Furchtbarkeit des totalitären Regimes im Osten kennt, weiß, daß es nicht eine Frage von wenigen Jahren ist, sondern daß man dort für Generationen die physische und geistige Möglichkeit der Wiedererweckung einer freien, selbständigen Arbeiterbewegung ausrottet. Spielt nicht mit dem Gedanken, der demokratische Sozialismus

werde dort sozusagen von selbst wiederkehren! Ich habe zum erstenmal Gelegenheit, auf einem Reichsparteitag der SPD zu sprechen; ich war früher Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei. Zur Sozialdemokratischen Partei bin ich gekommen, weil mir klar wurde, daß der Sozialismus untrennbar mit der Freiheit verbunden ist, und daß man dafür kämpfen muß. In der Kommunistischen Partei gibt es Tausende und aber Tausende, die über die Ereignisse und die Entwicklung in ihrer eigenen Partei tief unzufrieden und unglücklich sind. Aber woran liegt es, daß sie nicht zu uns kommen? Es liegt daran, daß wir selbst glauben, diese Unzufriedenheit müsse sich von allein in einer Art von Selbstlauf ihre Entwicklung bahnen. Wir ringen zu wenig um diese Menschen. Wir müssen ihnen und allen zeigen: Hier steht das Freiheitliche und Sozialistische, das es in Europa gibt! Aber sie sehen bei uns viel Bürokratismus, viel Schablone, und sie sehen bei uns allzuviel Selbstzufriedenheit im Beharren auf alten Traditionen. (Beifall.) Wir haben viel von dieser Tradition zu pflegen, aber das ist nicht alles.

Genossinnen und Genossen! Ich habe hier zu einem Antrag zu sprechen, über den wir uns leider mit den Genossen aus der französischen Zone nicht rechtzeitig verständigt haben. Es handelt sich um den Antrag 9, der davon ausgeht, daß der Friede ohne eine grundlegende Änderung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich unmöglich erscheint. Wir wollten damit nicht eine neue Plattheit aussprechen. Wir wollen auch nicht die Schwierigkeiten unterschätzen, die in der französischen Zone selbst herrschen. Aber ein Genosse aus der französischen Zone hat hier gesagt, es werde zuviel in Zonen gedacht und gehandelt. Nun, wir wollten jedenfalls einmal einen Versuch machen, ein Wort über das diplomatisch Übliche hinaus zu sagen. Unsere Vorschläge sind nicht umwälzend. Aber uns scheint, daß wir besondere Anstrengungen machen müssen, um mit den arbeitenden Massen in Frankreich in Berührung zu kommen. Wir, die wir Einfluß auf die isolierten und abgeschnürten Massen des Ostens gewinnen wollen und müssen, sollten nicht imstande sein, das Ohr der arbeitenden Massen Frankreichs zu finden? Wir haben keine Illusionen. Ein großer Teil der französischen Arbeiter befindet sich heute in der Einflußsphäre eines von Moskau gesteuerten Nationalismus. Aber wir müssen gerade darum besondere Anstrengungen machen. Gestern ist hier das Wort gefallen, daß wir nicht wüßten, was zur Zeit zwischen den Vertretern der vier Besatzungsmächte ausgehandelt wird. Gerade deshalb muß es in unserem Interesse, im Interesse des internationalen demokratischen Sozialismus, liegen, soviel wie möglich positive Tatsachen zu schaffen. Gehen wir davon aus, daß das Schicksal Europas abhängt von dem sozialen Gehalt, den wir den Ländern Mittel- und Westeuropas zu geben vermögen, dann fällt auf die deutsche Sozialdemokratie eine entscheidende Aufgabe, obwohl gerade sie — verglichen mit den sozialdemokratischen Parteien anderer europäischer Länder — noch am wenigsten Bewegungsfreiheit besitzt. (Beifall.)

Vorsitzender Gnoß: Ich habe mit Befriedigung festgestellt, daß die Berichterstatterin der „Freiheit" eifrig mitgeschrieben hat, als der Vorredner über seine Erfahrungen in der Ostzone sprach. Ich möchte dem Wunsch Ausdruck geben, daß wir morgen auch darüber etwas in der „Freiheit" lesen. Das Wort hat jetzt

Erich Gerlach, Göttingen: Ich habe zu Antrag Nr. 3 des UBz. Göttingen zu sprechen. Dieser Antrag sieht vor, daß wir die theoretischen und praktischen Grundsätze der Partei in einem Programm zusammenfassen sollen. Ich glaube, über diesen Antrag sollten wir eigentlich nicht mehr diskutieren. Es wird zwar von vielen Genossen eingewandt, die Zeit sei noch nicht reif, jetzt ein Programm zu formulieren, die Verhältnisse seien noch zu wenig geklärt. Dieses Argument trifft nicht zu, es beweist vielmehr das Gegenteil. Wenn wir überhaupt ein Programm brauchen, dann in einer Zeit, in der sehr große Aufgaben vor uns stehen. Das gesellschaftliche System, mit dem wir uns auseinanderzusetzen haben, hat eine Vielzahl von strukturellen Veränderungen erfahren. All unser bisheriges programmatisches Gedankengut wurde hierdurch, wenn nicht entwertet, so doch weitgehend entaktualisiert. Wir brauchen eine neue Analyse, die uns in dem scheinbaren

Chaos der Ereignisse die neuen Gesetzmäßigkeiten enthüllt. Die so aufgezeigten Entwicklungstendenzen müssen dann die Grundlage unserer politischen und taktischen Formulierungen sein. Dieses Programm muß populär sein und in die Massen hinausgetragen werden. Marx sagte: Die Idee wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift. Diese „materielle" Gewalt haben wir zum guten Teil erst noch zu schaffen, wenn wir unsere Aufgabe lösen wollen.

Ich möchte hier noch auf die Tradition der Partei hinweisen. Zusammen mit der Entstehung unserer Partei erlebten wir eine neue Entwicklung in den Wissenschaften. Etwa zugleich mit ihr entstand die sogenannte Gesellschaftswissenschaft. Die Gründer unserer Partei, Marx und Engels, sind geradezu Wegbereiter dieser Wissenschaft gewesen, die es möglich macht, auf Grund wissenschaftlicher Erkenntnis der Gesellschaft die Grundsätze für die praktische Politik zu formulieren. Wir erleben heute das groteske Bild, daß in einer Zeit, in der die bürgerliche Wissenschaft sich mit Marx auseinandersetzt und viele seiner Erkenntnisse in ihr System einzubauen beginnt, viele in unserer Partei glauben, auf das Marxsche Fundament verzichten zu können. Ich glaube, das ist ein Luxus, den wir uns nicht leisten können. Wir müssen eine Partei sein, die auch wissenschaftlich auf der Höhe der Zeit ist. Wir wollen grundlegende Eingriffe in den heutigen Gesellschaftsorganismus durchführen. Dazu müssen wir ihn kennen, um auch die richtigen Schritte zu tun. Die richtigen Schritte sind aber die, die praktische Resultate bringen. Wir wollen keine falschen und übereilten Schritte tun, aber auch keine notwendigen und möglichen unterlassen. Wir wollen die Gesellschaft verändern und nicht etwa nur Verwaltungsarbeit auf dem Boden des Kapitalismus leisten.

Gestern sprach hier der Genosse Vorrink davon, daß wir aufhören sollten, die Internationale zu singen. Wir sollten lieber beginnen, die kleinen konkreten Schritte zu formulieren und zu verwirklichen, die uns auf dem Wege zu einer internationalen Organisation wirklich weiterbringen. Noch ein anderes Problem ist ebenso wichtig, nämlich das des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Dieses Problem müssen wir genau klären, wenn wir ein maximales Tempo des Überganges erreichen wollen.

Diese Aufgaben erfordern ein populäres und konkretes Programm. Hiermit komme ich zu der Besonderheit unseres Göttinger Antrages. Wir glauben, daß dieses Programm wirklich Gemeingut der Partei werden muß, daß die gesamte Partei beteiligt sein muß an der Herausentwicklung dieses Programmes. Es muß eine große Kollektivarbeit der Partei sein, die die Partei zu einer Einheit zusammenschweißt und belebt. Wir möchten deshalb, daß alle Bezirke an dieser Arbeit beteiligt sind und schlagen vor, daß die Programmkommission sich zusammensetzt aus fünf Mitgliedern, die der Parteivorstand vorschlägt und je einem Bezirksdelegierten. Ich bitte daher, dem Antrag Nr. 3 zuzustimmen.

Vorsitzender Löbe: Zum Schluß hat das Wort

Erich Ollenhauer: Genossinnen und Genossen! Zu diesem Punkt der Tagesordnung stehen auch die Anträge in der Vorlage Nr. 4, Nr. 3 bis 9 zur Entscheidung, ferner die Anträge, die in dem Nachtrag zur Vorlage Nr. 4 den Delegierten unterbreitet worden sind, 59 und 60. Ich möchte zunächst einige Bemerkungen machen zu den Anträgen 3, 4 und 5. Alle diese Anträge richten an den Parteitag oder an den Parteivorstand die Aufforderung, eine Programmkommission zur Ausarbeitung eines neuen Parteiprogramms wählen zu lassen. Parteivorstand und Parteiausschuß haben sich mit diesen Anträgen beschäftigt. Wir glauben, daß auch heute noch erhebliche tatsächliche Schwierigkeiten vorhanden sind, ein endgültiges Parteiprogramm zu formulieren. Schwierigkeiten, die sich einfach aus der Tatsache ergeben, daß sich in Deutschland die Entwicklung des politischen Lebens noch unter außergewöhnlichen Umständen vollzieht und daß außerdem nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt eine Reihe von neuen Problemen in der Kriegs- und Nachkriegszeit aufgetaucht sind, die noch keine endgültige Beantwortung gefunden haben. Es ist für die deutsche Sozialdemokratie eine sehr schwierige Aufgabe, nachdem sie so lange an der Teilnahme an internationalen

theoretischen Diskussionen verhindert war, jetzt wieder Anschluß an diese Auseinandersetzungen des demokratischen Sozialismus in allen Ländern Europas zu finden. Wir müssen aber versuchen, diesen Anschluß möglichst bald zu gewinnen. Die Tatsache, daß heute jedenfalls im sozialistischen Sektor die Barrieren gefallen sind, daß wir wieder ein Glied der internationalen Arbeitsgemeinschaft geworden sind, gibt uns die Möglichkeit, auch auf diesem Gebiet unseren Beitrag zu leisten und gleichzeitig von den Erfahrungen und Erkenntnissen zu lernen, die sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten in der ausländischen sozialistischen Bewegung entwickelt haben. Trotz all dieser objektiven Schwierigkeiten sind der Parteivorstand und Parteiausschuß der Auffassung, daß wir einer Untersuchung und einer Bearbeitung dieser prinzipiellen Fragen nicht ausweichen sollen, sondern daß wir den Versuch machen sollen, zu einer neuen programmatischen Formulierung unserer Aufgaben und Ziele zu kommen. Wir haben deshalb dem Parteitag den neuen Antrag Nr. 60 unterbreitet, in dem wir den Parteivorstand beauftragen, unverzüglich eine solche Programmkommission einzusetzen. Wir bitten den Parteitag, den Antrag Nr. 60 an Stelle der Anträge 3, 4 und 5 anzunehmen, damit der Parteivorstand sich sowohl über die personelle Zusammensetzung wie auch über das sachliche Aufgabengebiet dieser Programmkommission im einzelnen gründlicher unterhalten kann, als es hier im Rahmen des Parteitages möglich ist. Aus der Formulierung dieses Antrages geht hervor, daß es sich hier nicht um ein Begrübnis erster Klasse handelt, sondern daß wir einfach den Versuch gemacht haben eine Form zu finden, die das denkbar beste Resultat einer solchen Arbeit ermöglicht.

Was wir von einer Beratung über eine neue programmatische Grundlage der Partei erhoffen, ist eine interne, aber offene und breite Aussprache über die Probleme. Ich weiß nicht, wann die Programmkommission zu ersten vorläufigen Resultaten kommt, wann diese Aussprache in der Partei beginnen kann, aber ich glaube, daß es die allgemeine Überzeugung auch des Parteitages ist, daß ein neues Parteiprogramm hervorgehen muß aus einer echten demokratischen Meinungs- und Willensbildung der gesamten Partei. Ich bitte also, daß die Delegierten des Parteitages sich damit einverstanden erklären, daß wir den Antrag Nr. 60, mit dem konkreten Auftrag an den Parteivorstand, an Stelle der Anträge 3 bis 5 annehmen.

Der Genosse Markscheffel hat den Antrag Nr. 6 begründet, er bezieht sich auf die Aufgabe des Parteivorstandes, als Koordinierungsinstanz aller Teile der Partei zu wirken. An sich ist dieser Antrag nach dem Aufbau und nach dem Wesen unserer Organisation eine Selbstverständlichkeit, aber auch wir glauben, daß eine solche Unterstreichung der Funktion des Parteivorstandes in der gegenwärtigen Situation nützlich ist. Wir empfehlen also die Annahme des Antrages Nr. 6.

Wir empfehlen ferner Annahme des Antrages Nr. 7 des Kreises Stuttgart. Wir glauben, daß die darin enthaltene Bestätigung unseres Bremer Beschlusses im Interesse unserer politischen Arbeit und im Interesse unserer Unterstützung der Sozialdemokraten im Saargebiet liegt.

Der Antrag Nr. 8 ist durch die von uns vorgelegte neue Entschließung, formuliert im Antrag Nr. 59, erledigt, denn in dieser Entschließung ist die Frage der Demontage behandelt worden, und zwar, wie ich glaube, im Sinne der Auffassung aller *Delegierten des Parteitags.*

Wir sind außerdem im Prinzip für die Annahme des Antrages Nr. 9 der Landesorganisation Hamburg. Wir hatten unsere Hamburger Genossen gebeten, diesen Antrag noch insofern zu erweitern, daß wir in diesem Antrag deutlich zum Ausdruck bringen, daß wir mit allen sozialistischen Parteien in ein möglichst enges Arbeits- und gegenseitiges Informationsverhältnis kommen wollen. Unter dieser Voraussetzung sind wir auch für die Annahme des Antrages Nr. 9. Wir verstehen vor allem die Beweggründe, die die Hamburger Genossen veranlaßt haben, diesen Antrag zu stellen. Es ist auch unsere Auffassung, daß insbesondere ein enges Freundschaftsverhältnis zwischen der französischen Sozialistischen Partei und der deutschen Sozialdemokratie von entscheidender Bedeutung ist für die positive Entwicklung einer engeren Zusammenarbeit aller europäischen Länder.

Genossen und Genossinnen! Anschließend möchte ich noch einige Bemerkungen machen zu dem Verlauf der Diskussion über das Referat des Genossen Schumacher. Ich will mich dabei auf die Punkte beschränken, die Gegenstand der Diskussion waren. Ich will nicht noch einmal auf alle die programmatischen Erklärungen eingehen, die Genosse Schumacher in seinem Referat niedergelegt hat und die offensichtlich die Zustimmung des Parteitages gefunden haben. Einige Fragen aber sind aus der Fülle der Probleme hier in der Diskussion wiederholt angesprochen worden, und ich möchte dazu hier im Auftrage des Parteivorstandes noch einige ergänzende Bemerkungen machen.

Genossen und Genossinnen! Der Genosse Willi Brandt vor allem hat in seiner Rede über die Bedeutung einer praktischen Zusammenarbeit der europäischen Länder in der Richtung einer Europa-Union eine Reihe von sehr bemerkenswerten Gedankengängen entwickelt. Wir teilen in allen wesentlichen Punkten die Auffassung, die er vertreten hat, aber ich möchte doch angesichts der großen aktuellen Bedeutung dieser Frage noch einige Bemerkungen hinzufügen.

Die Deutschen und insbesondere die deutsche Sozialdemokratie, die ja seit langem und für lange Zeit allein die Ideen einer europäischen Zusammenarbeit vertreten hat, sind in der Diskussion dieser Frage heute in einer besonderen Situation, weil die Diskussion über die Europa-Union in Deutschland immer überschattet ist durch die Tatsache, daß Deutschland heute noch weitgehend durch die Besatzungsarmeen europäischer und außereuropäischer Staaten verwaltet wird. Es ist selbstverständlich, daß selbst die humanste militärische Verwaltung eines Landes eine Fülle von Komplikationen und Schwierigkeiten mit sich bringt.

Wenn wir heute zur Frage einer engeren Zusammenarbeit Europas Stellung nehmen, dann müssen wir dieses Problem sehen, nicht nur unter dem Gesichtspunkte der Erfahrungen eines militärisch besetzten Landes, sondern müssen es sehen unter dem Gesichtspunkte der allgemeinen politischen Probleme, die heute eine engere Zusammenarbeit der europäischen Völker erfordern. Nur so können wir zu einer gerechten und konstruktiven Mitarbeit an der Gestaltung europäischer Vorstellungen kommen.

Bei aller Kritik, bei aller Distanzierung von der Praxis der Besatzungspolitik in Deutschland sind wir uns darüber klar, daß heute auf deutschem Boden, aber auch darüber hinaus in Europa und in der Welt um eine entscheidende politische Frage der zukünftigen Gestaltung Europas und der Welt gerungen wird. Diese entscheidende Frage ist: Soll Europa in Zukunft eine freie demokratische Gemeinschaft der Völker sein, oder soll Westeuropa einschließlich Westdeutschland unter eine neue totalitäre Diktatur gezwungen werden? Wir Sozialdemokraten sind uns darüber klar, daß in dem Augenblick, in dem es den totalitären Kräften im Osten gelingen wird, die Barriere, die heute an der Besatzungszonengrenze an der Elbe liegt, zu überspringen, um in Westdeutschland und in Westeuropa ein totalitäres Regime aufzurichten, daß in diesem Augenblick die Existenz einer freien sozialistischen Arbeiterbewegung gefährdet und die Aussichten auf eine Verwirklichung unserer Ziele auf absehbare Zeit einfach nicht mehr gegeben sind. Wenn es also darauf ankommt, die Frage zu beantworten, ob Westdeutschland und Westeuropa, ob für ganz Deutschland in der Zukunft eine freie demokratische Entwicklung ermöglicht werden soll, wenn es darauf ankommt, die Basis für unsere eigene Zielsetzung zu erhalten, dann ist es klar, daß die deutschen Sozialisten, daß die deutschen Demokraten, trotz aller Einschränkungen und trotz aller Reserven gegenüber der Praxis der Militärregierungen in Deutschland eindeutig und kompromißlos auf der Seite der demokratischen und freiheitlichen Kräfte Europas und der Welt stehen.

Ich möchte aber hinzufügen, daß eine Vereinigung der europäischen Staaten an sich noch keine Garantie dafür bietet, daß diese Vereinigten Staaten von Europa einen dauernden Erfolg im Kampf gegen totalitäre Bestrebungen erzielen. Es gibt heute in Europa sehr viele Anhänger — aus allen politischen Lagern — für die Idee einer gemeinsamen Organisation der Völker Europas. Diese Bewegung ist gewachsen unter dem Eindruck der Gefährdung der Freiheit der Völker durch den neuen totalitären Vorstoß aus dem Osten. Wenn aber dieses Vereinigte Europa

eine dauernde und effektive Widerstandskraft gegen eine diktatorische Alleinherrschaft in Europa bilden soll, dann muß dieses neue Europa aufgebaut werden unter positiven Zielvorstellungen. Es genügt nicht, daß man die Vereinigten Staaten von Europa als einen Antiblock gegen irgendeine andere Kraft schafft, es genügt nicht, daß wir dieses neue Europa aufbauen unter negativen Formulierungen.

Nicht alle Unterstützer der Idee einer schnellen organisierten Vereinigung der Staaten von Europa haben eine konstruktive und fortschrittliche Vorstellung vom Inhalt dieses europäischen Staatenbundes. Es gibt sehr viele, die unter fortschrittlichem Namen den Versuch machen, alle konservativen und reaktionären Kräfte Europas zu sammeln, nicht um ein neues Europa aufzubauen, sondern um in diesem Europa den alten konservativen Status auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet zu erhalten. Die einzig wahre und auf die Dauer wirksame Alternative gegenüber dem Expansionsanspruch aus dem Osten ist, daß wir Vereinigte Staaten von Europa schaffen, die eindeutig und klar auf der Basis der Demokratie und des sozialen Fortschritts errichtet und gestaltet werden.

Es ist richtig, die Kraft der sozialistischen Arbeiterbewegung in Europa allein reicht nicht aus, um heute oder morgen dieses Ziel zu verwirklichen. Wir müssen in diesem Kampf um das neue Europa Bundesgenossen haben, aber, Genossen und Genossinnen, es müssen Bundesgenossen sein, die in der prinzipiellen Frage der Demokratie, der Freiheit des Individuums und der Freiheit der Völker, der demokratischen Selbstverwaltung der Völker, absolut mit uns übereinstimmen. Jede Belastung dieser Idee, einer der politischen Entwicklung unserer Zeit, mit dem Versuch, auf diese Weise eine überholte gesellschaftliche, politische oder soziale Ordnung zu konservieren, muß zum Untergang dieser Idee führen.

Der europäische Gedanke ist heute in Deutschland außerordentlich populär. Wir sollten uns aber darüber keiner Täuschung hingeben, daß es heute in Deutschland viele Menschen gibt, deren politische Heimat in einem sehr engen Nationalismus liegt und die sich heute zu Europa bekennen, weil sie aus der Not eine Tugend machen, weil sie unter den jetzt gegebenen Machtverhältnissen keine andere Möglichkeit sehen, Deutschland wieder in das Kräftespiel der Nationen einzugliedern. Auch hier möchte ich sagen: Die Frage, ob Deutschland von heute und morgen in diesem neuen Europa ein politisches und moralisches Gewicht hat, hängt auch von der Haltung der Deutschen selbst ab. Es ist unsere Aufgabe, in Deutschland daran zu arbeiten, daß die Menschen, die sich heute zu dieser europäischen Idee bekennen, sie nicht nur betrachten als ein neues taktisches Mittel nationaler Politik, sondern daß wir lernen, europäisch zu denken und auch unsere eigenen Notwendigkeiten in diese höhere Gemeinschaft der Völker einordnen. Eines der großen Hindernisse, die der politischen Erziehung der Deutschen zur Demokratie und zu europäischen Vorstellungen entgegenstehen, ist die einfache Tatsache, daß heute, drei Jahre nach dem Ende der Hitler-Diktatur, wesentliche Teile der Deutschen die Folgen einer systematischen Absperrung des deutschen Volkes von der Außenwelt und die Folgen einer einseitigen Darstellung der Verhältnisse außerhalb Deutschlands noch nicht völlig überwunden haben. Wir müssen mit der ganzen offenen Bereitschaft zum Lernen untersuchen, unter welchen Bedingungen die anderen Völker Europas heute arbeiten, denn nur dann, wenn wir uns die Mühe machen, auch die Probleme eines Landes wie Frankreich oder England oder der Länder, die heute die Benelux-Staaten bilden, zu untersuchen und zu begreifen. Eine echte, dauerhafte, wirklich erfolgreiche Zusammenarbeit ist nur möglich, wenn diese Kenntnis von den Bedingungen in den anderen Ländern in unserem Volke eine selbstverständliche Voraussetzung jeder Diskussion über die Europa-Union ist. Es genügt nicht, daß wir in Kundgebungen und Entschließungen uns zur Europa-Union bekennen, es ist eine aktuelle politische Aufgabe unserer Partei, alle die Probleme zu diskutieren und an ihrer Lösung mitzuarbeiten.

Genosse Willi Eichler hat darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, eine Aktivierung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Parteien herbeizuführen. Auch hier liegen die Dinge auf der gleichen Ebene. Diese Internationale Arbeitsgemeinschaft der Parteien wird soviel an politischer Schlagkraft aufbringen,

als es den sozialistischen Parteien gelingt, die Probleme der europäischen Politik durch konstruktive Vorschläge zu lösen.

Es wird darauf ankommen, daß die Sozialisten in allen Ländern, die an der Führung ihres Landes durch Teilnahme an der Regierung oder durch das Gewicht ihrer Partei einen großen Einfluß auf die Politik ihres Landes haben, daß diese sozialistischen Parteien sich in ihrer Politik mehr als bisher koordinieren, nicht in programmatischen Erklärungen, sondern in der Ausarbeitung praktisch konstruktiver Lösungen. Unser Beitrag kann unter den heute gegebenen Umständen nicht sehr groß sein, aber in dieser Frage sollten wir so handeln, als ob wir die Verantwortung für das ganze deutsche Volk gegenüber dieser Arbeitsgemeinschaft tragen.

Dann, Genossen und Genossinnen, einige Bemerkungen zu einem anderen Kapitel. Es ist vom Genossen Lüdemann auf das sehr bedeutungsvolle Problem der Fürsorge für die Flüchtlinge hingewiesen worden. Hermann Lüdemann hat sehr kritische Bemerkungen über die bisherige Behandlung dieser Angelegenheit gemacht. Da, wo in der Sozialdemokratischen Partei oder bei sozialdemokratischen Funktionären in den Gemeindeverwaltungen oder in den Länderregierungen offensichtlich Fehler gemacht worden sind, werden wir sie frei und offen behandeln und auf ihre Abhilfe drängen. Aber ich möchte doch hier feststellen, daß es der sachlichen Diskussion dieses Problems nicht dient, wenn die Behauptung aufgestellt wird, daß Tausende von sozialdemokratischen Bürgermeistern in dieser Frage ihre Pflicht nicht erfüllt haben. Ich weiß, es gibt solche Fälle, aber diese Behauptung geht weit über die Wirklichkeit hinaus. Wir sind nicht dazu da, vor dem Forum der Öffentlichkeit die Leistungen der Partei durch solche Verallgemeinerungen in ein falsches Licht setzen zu lassen. (Sehr richtig.)

Seien wir in dieser Frage ganz offen, und zwar einfach deshalb, weil diese Frage eine Schicksalsfrage für acht Millionen Menschen in Deutschland ist, die die schwersten Lasten zu tragen haben. Es liegt nicht im Rahmen der menschenmöglichen Gegebenheiten, dieses Problem von heute auf morgen endgültig zu lösen. Wir würden uns sehr schwer versündigen und unaufrichtig gegenüber den Opfern der Hitler-Diktatur sein, wenn wir eine andere Auffassung propagieren würden. Auf der anderen Seite kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß das Wenige und Unvollkommene, das bisher auf dem Gebiete der Eingliederung der Flüchtlinge in das gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale Leben Deutschlands geschehen ist, unter der Führung der deutschen Sozialdemokratie geschehen ist. Wir haben in der Masse der Flüchtlinge eine sehr große Skepsis gegenüber den politischen Parteien, und es gibt bei diesen Flüchtlingen ziemlich phantastische Vorstellungen, als sei es möglich, durch die Schaffung neuer Organisationen dieses Problem zu lösen. Die Frage, wie sich das Schicksal dieser Vertriebenen in den nächsten Jahren gestalten wird, hängt nicht davon ab, ob wir diese oder jene Neuorganisation der Flüchtlinge schaffen, sie hängt letzten Endes davon ab, wie groß der politische Einfluß der Sozialdemokratie in Deutschland sein wird. (Beifall.)

Es gibt für uns praktische Probleme auf diesem Gebiet, und eines dieser praktischen Probleme hat Hermann Lüdemann hier mit Recht angeschnitten. Es muß in den drei Westzonen Deutschlands endlich dazu kommen, daß die Frage der Verteilung der Flüchtlinge und die Frage der Verteilung der Lasten aus der Versorgung der Flüchtlinge, aus dem Streit von Länderinteressen herausgenommen und durch zentrale Anweisungen geregelt wird. (Beifall.)

Wir haben eine rein sozialdemokratische Regierung in den drei Westzonen, das ist unsere Regierung in Schleswig-Holstein. Unsere Genossen stehen da vor einer außerordentlich schweren Situation, weil in diesem Land praktisch jeder zweite Einwohner ein Flüchtling ist. Es ist einfach ein Gebot der politischen Klugheit, daß wir Mittel und Wege finden, um die übergroßen Lasten eines finanzschwachen Landes so zu verteilen, daß dieses Land eine konstruktive fortschrittliche Politik treiben kann. Ich hoffe, daß im Zuge des Aufbaus eine einheitliche Verwaltung für Westdeutschland die Flüchtlingssorge durch eine zentrale Stelle für dieses Gebiet geregelt werden kann, die über die nötige Autorität und über die nötige Macht

verfügt, um über egoistische Interessen einzelner Gebiete hinweg diese ungeheure Belastung des ganzen Volkes gleichmäßig auch auf alle Teile des Landes zu verteilen.

Dann zu einem anderen Gebiet. Genosse Lüdemann hat, obwohl es nicht zu diesem Punkt der Tagesordnung gehört, auch einige Bemerkungen gemacht über das Problem VVN und Neuorganisation der Opfer des Faschismus. Ich will der Diskussion des Parteitages heute nachmittag nicht vorgreifen, aber eines möchte ich noch sagen. Gerade die Erfahrungen in den letzten zwei Jahren sollten uns davor bewahren, durch die Schaffung von neuen Organisationen neben den politischen Parteien gewollt oder ungewollt das Spiel der Kommunisten zu betreiben, die gerade durch solche Sonderorganisationen den politischen Einfluß erringen möchten, den sie unter dem Namen ihrer Partei nicht erringen konnten. (Zuruf: Sehr richtig! Beifall.) Wie gesagt, wir werden über die Sache selbst noch sprechen, aber ich bin der Auffassung, daß jeder, der sich als Opfer des Faschismus fühlt, jeder, der ein Kämpfer gegen das Dritte Reich war, heute in Deutschland eine eindeutige politische Heimat hat, nämlich die der deutschen Sozialdemokratie. (Beifall.)

Ein anderes Problem. Hermann Lüdemann hat einige Bemerkungen über die Frage der Neugliederung der deutschen Länder gemacht. Ich möchte dazu feststellen, daß die Sozialdemokratische Partei in allen Diskussionen über die zukünftigen Gebietsgliederungen Deutschlands keinen Zweifel darüber gelassen hat, daß, wenn wir zum Aufbau einer einheitlichen neuen deutschen Republik kommen, die Frage der Neugliederung Deutschlands in Länder für uns vordringlich auf der Tagesordnung steht. Es ist selbstverständlich, daß wir die Regelung, die heute in Deutschland geschaffen ist, nicht als endgültig anerkennen. Es gibt kaum ein Land in Deutschland, das in seiner alten Form noch besteht, es gibt kein Land in Deutschland, das aus dem freien Willen der Bewohner dieses Landes geschaffen wurde. Es sind Länder geschaffen worden in erster Linie unter den Gesichtspunkten der Bedürfnisse oder der politischen Vorstellungen der einzelnen Besatzungsmächte. Auf dieser Basis kann die Neugliederung Deutschlands nicht erfolgen und nicht von Dauer sein. (Beifall.)

Es ist richtig, im Londoner Abkommen und in den drei Dokumenten, die die Militärgouverneure den deutschen Ministerpräsidenten übergeben haben, ist den Ministerpräsidenten auch die Aufgabe übertragen worden, den Militärregierungen Vorschläge zu machen für die Änderungen von Ländergrenzen, die die Deutschen für möglich und notwendig halten. Wir haben diesen Auftrag an die Ministerpräsidenten begrüßt, weil in dem Augenblick, in dem die drei Westzonen zu einer Verwaltungseinheit zusammenwachsen, auch der letzte Grund für die Aufrechterhaltung bestimmter einzelner Länder im Südwesten Deutschlands wegfällt. Wir haben in Übereinstimmung mit den Wünschen und Vorstellungen unserer Partei in Südbaden und Südwürttemberg auf der Linie gearbeitet, nach dem Inkrafttreten der Londoner Abmachungen und der neuen deutschen Verwaltung für Westdeutschland ein einheitliches Land Württemberg/Baden zu schaffen. Aber, Genossen und Genossinnen, der Parteivorstand hat in eingehenden Beratungen, und zwar gemeinsam mit den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und den Ministern der drei Westzonen ebenso eindeutig festgestellt, daß auf der Basis des Auftrages der Militärgouverneure an die Ministerpräsidenten eine gesamtdeutsche Regelung der Länderfragen zur Zeit nicht möglich ist. Aus zwei Gründen: Die Frage der zukünftigen Gestaltung Deutschlands muß beantwortet und entschieden werden können vom ganzen deutschen Volke. Es gibt gerade in diesem Punkte keine Möglichkeit, nicht einmal eine Möglichkeit für eine provisorische, sogenannte westdeutsche Lösung, denn wenn wir die neuen deutschen Länder in ein inneres Gleichgewicht bringen wollen, dann müssen wir auch frei sein zu entscheiden, wie die Teile Deutschlands aussehen sollen, die sich in der russischen Besatzungszone befinden. (Beifall.)

Zweitens aber, eine solche wichtige Entscheidung kann nur dann dauerhaft sein, wenn sie vom deutschen Volke frei getroffen werden kann. Solange wir in Deutschland Besatzungsmächte haben, und wenn sie auch ihre Vollmachten und Rechte weitgehend abbauen, würde eine solche Gliederung Deutschlands immer bedeuten,

daß nicht nur innere deutsche Lebensinteressen zur Entscheidung stehen, sondern Interessen der Mächte, die heute in Deutschland als Besatzungsmacht die wirkliche Kontrolle ausüben.

Zum Dritten, Genossen und Genossinnen, eine ganz unpolemische Bemerkung: Für jeden, der die Dinge in den letzten Jahren in Deutschland erlebt hat, ist es völlig klar, daß eine Übertragung dieser Entscheidung an die Länderregierungen zu keinem positiven Ergebnis führen kann. Denn wenn dieses Problem einmündet in eine Auseinandersetzung zwischen den Interessenten namentlich der einzelnen Länderregierungen, ob dieses Land so oder so, kleiner oder größer gestaltet werden soll, dann kommt dabei keine dauerhafte gesamtdeutsche Lösung heraus. (Beifall.) Das liegt in der Natur der Sache. Aus diesem Grunde hat der Parteivorstand die Auffassung vertreten, in diesem Augenblick das unbedingt Notwendige zu tun und zu fördern, aber nicht darüber hinaus den Versuch zu machen, eine Aufrollung des Gesamtproblems herbeizuführen. Das heißt nicht, daß für uns diese Frage nicht mehr auf der Tagesordnung steht. Im Gegenteil, wenn wir in Deutschland vor die Entscheidung gestellt werden, eine neue deutsche Demokratie aufzubauen, dann wird die Frage der Aufgliederung nach Ländern eines der entscheidenden politischen Probleme sein. Wir haben im Parteivorstand beschlossen, daß wir schon in der nächsten Zeit im Rahmen des Verfassungspolitischen Ausschusses uns speziell auch mit dieser Frage beschäftigen wollen. Und nun, Genossinnen und Genossen, noch einige abschließende Bemerkungen zu einer anderen Frage, auf die ich gestoßen bin durch die Ausführungen des Genossen Arp. Genosse Arp hat hier kritische Bemerkungen über die Politik der Partei gemacht. Das ist sein gutes Recht. Ich wünsche nur, daß, wenn wir hier über die Politik der Partei kritisch diskutieren, daß wir dann so konkret und so klar und bestimmt wie möglich sind. Denn nur dann kann eine solche kritische Diskussion für die Entwicklung des politischen *Willens der Partei nützlich sein. Der Genosse Arp hat z. B. gesagt, die Partei solle* Schluß machen mit der Tolerierungspolitik. Genossinnen und Genossen, ich weiß nicht, wo heute in den Ländern oder sonstwo die deutsche Sozialdemokratie eine Tolerierungspolitik betreibt. Ich weiß auch nicht, ob sich diese Bemerkungen auf das Verhältnis zwischen Partei und Besatzungsmächten bezieht oder Deutschen und Besatzungsmächten oder auf das Verhältnis unter den Deutschen in den einzelnen Länderregierungen. Bei aller Kritik, die wir im einzelnen an der Politik der Besatzungsmächte üben, ist die Partei, glaube ich, sich darin einig, daß wir durch eine loyale Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten die Entwicklung zu einer unabhängigen, lebensfähigen Demokratie in Deutschland fördern.

Die Frage, wie wir uns in den einzelnen Länderregierungen verhalten, ist eine *Frage der politischen Machtkonstellation, eine Frage der politischen und ökonomi*schen Bedingungen in den einzelnen Ländern. In jedem Falle und in jedem deutschen Lande, ob wir in der Regierung oder in der Opposition sind, ist die Entscheidung in Übereinstimmung mit dem Willen der Parteiorganisation selbst gefällt worden. Wir treiben keine Politik der Koalition unter allen Umständen, und jede Parteiorganisation in jedem Land ist frei, jeden Tag von neuem zu prüfen, ob sie ihre Mitarbeit in der Regierung oder ihre Opposition aufrechterhalten will. Was wir aber für notwendig halten, ist, daß sie die Frage prüft und entscheidet nach der Untersuchung der Bedingungen in jedem einzelnen Lande. Es wird zwar sehr oft von unseren Gegnern behauptet, daß wir eine zentralistische Partei seien, bei der an einer Stelle auf den Knopf gedrückt wird, und dann muß die ganze *Partei parieren. Ich möchte dazu feststellen: Der Parteivorstand hat in den Fragen* der Länderpolitik in den allerseltensten Fällen eingegriffen und nur dann, wenn es sich um Entscheidungen oder Fragen handelt, die von allgemeiner Bedeutung für die gesamte Partei waren.

Unter diesen praktischen Gesichtspunkten sollten wir auch weiterhin unser Verhältnis zur deutschen Verwaltung oder zu den Besatzungsmächten untersuchen, und wir sollten nicht mit Schlagworten kommen, die unter den heutigen Bedingungen in Deutschland und in der Sozialdemokratie keine reale Bedeutung haben.

Dann hat Genosse Arp gefordert, daß die Partei eine kämpferische und revolu-

tionäre Partei werden soll. Ja, Genossen, einverstanden, sehr einverstanden. Die Sozialdemokratie wird in den nächsten Monaten in außerordentlich ernste soziale und politische Kämpfe verwickelt werden. Die Frage, wie diese Kämpfe entschieden werden, wird in hohem Maße von der inneren Kampfkraft der Sozialdemokratie selbst abhängen. Aber, Genossen und Genossinnen, ich glaube, es ist an der Zeit, daß wir im Jahre 1948 uns darüber einig werden müssen, daß der kämpferische und der evolutionäre Charakter unserer Partei sich heute anders gestaltet und anders sichtbar werden muß als zwanzig Jahre zuvor. Ich meine zwei Dinge. Wir stehen als Sozialdemokratie wie alle anderen politischen Parteien immer noch vor der Bewährungsprobe im politischen Leben Deutschlands nach der Hitlerdiktatur. Wir haben eine stolze Organisation, wir sind die geschlossenste Partei, die es in Deutschland gibt; aber, Genossinnen und Genossen, ich glaube, *niemand von uns täuscht sich darüber, daß die innere Gestaltung dieser Partei noch* längst nicht durch alle Bewährungsproben gegangen ist.

Jawohl, wir müssen noch eine Aufgabe lösen, und diese Aufgabe besteht darin, daß wir über den Stamm unserer Wähler und Anhänger hinaus in den Kern jener Wählerschichten vordringen, die bisher, traditionell gebunden, nicht sozialdemokratisch, sondern bürgerlich gewählt haben, obwohl sie nach ihren sozialen und geistigen Interessen in die Reihen einer demokratischen und sozialistischen Partei gehören. Diese Frage ist mit rhetorischen und werbetechnischen Mitteln allein nicht zu lösen. Sie wird nur dann positiv für den demokratischen Sozialismus in Deutschland beantwortet werden, wenn die deutsche Sozialdemokratie nicht nur in ihren Erklärungen, sondern auch in ihrer alltäglichen Wirklichkeit eine politische Heimat *wird für alle, die fortschrittlich sind, ohne Rücksicht darauf, aus welchen weltanschaulichen* oder ethischen Motiven sie zur Demokratie kommen. (Beifall.) Es ist die Merkwürdigkeit, die Einzigartigkeit unserer Lage, daß die objektiven materiellen Bedingungen für eine soziale Demokratie heute in Deutschland schwerer sind als jemals zuvor. Aber auf der anderen Seite war noch niemals in dieser Bevölkerung die innere Bereitschaft zu einer neuen politischen Konzeption, die die persönliche und politische Freiheit des einzelnen Individuums respektiert, so groß wie heute. Hier liegt eine große Chance der deutschen Sozialdemokratie. Wenn wir von revolutionärer Erneuerung sprechen, dann beginnt sie hier, nämlich diese Partei wird eine revolutionäre Durchschlagskraft bekommen, wenn sie aus diesem Geiste der Aufgeschlossenheit, der wirklichen inneren Toleranz für alle Menschen, *die in Deutschland menschlich und sozial fühlen, einfach die Volkspartei wird.* (Beifall.)

Und dann ein zweites Wort: revolutionär und kämpferisch. Ja, Genossen und Genossinnen, ich glaube, wir alle wissen aus unserer politischen Erfahrung seit 1945, daß die Menschen in Deutschland anders reagieren als vor 1933. Propaganda mit den letzten Zielsetzungen Sozialismus, Internationale, klassenlose Gesellschaft, Sozialisierung: Propaganda dieser Art allein hat heute in Deutschland bei den Besten, die nach einer politischen Entscheidung suchen, keine anziehende und zündende Kraft mehr. Was die Menschen heute in Deutschland wissen wollen, vor allem die Großzahl derer, die ihre ganze individuelle Existenz erschüttert und zerbrochen sehen, ist, wie wir uns praktisch die Demokratie und die neue soziale Gemeinschaft vorstellen. (Beifall.)

Ich persönlich, und ich glaube, wir alle im Parteivorstand, haben eine viel ernstere Kritik an dem jetzigen Status der Partei zu üben, als sie hier von irgend jemand geübt worden ist, nämlich die Kritik, daß wir bisher weder die Zeit, noch die Kraft, noch die Menschen aufgebracht haben, die unserer Partei ein Programm entwickeln, in dem konkret gesagt wird, welche praktische politische, ökonomische Politik die Sozialdemokratie in der nächsten Zukunft in Deutschland durchführen wird. Das ist die wirklich revolutionäre Aufgabe, die wir zu lösen haben: hier in Deutschland den Menschen ein neues Vertrauen zu den politischen Faktoren dadurch zu geben, daß wir ihnen klar, konkret, bestimmt und ohne Übertreibung sagen: Wenn wir von Demokratie und Sozialismus sprechen, dann meinen wir, daß dieses Deutschland von morgen tatsächlich so und so aussehen soll. Die Frage, ob wir

diese Aufgabe in den nächsten Jahren lösen können, wird für die politische Zukunft der deutschen Sozialdemokratie entscheidend sein.

Genossen und Genossinnen! Ich möchte meine Bemerkungen schließen. Wir haben hier in der allgemeinen politischen Diskussion einen einheitlichen Willen und eine einheitliche Vorstellung der Partei feststellen können. Das ist ein wichtiger politischer Faktor. Wir brauchen die innere Einheit und diese Übereinstimmung in der großen Linie unserer Politik deshalb, weil wahrscheinlich noch in diesem Jahre das Volk, das hier in den Westzonen lebt, zum erstenmal seit 1932 vor eine echte politische Entscheidung gestellt werden wird, nämlich vor die Frage, wie das erste gemeinsame Parlament für die drei Westzonen in seiner politischen Zusammensetzung aussehen soll. In diesem Parlament möchten wir die echten Lebensfragen der Deutschen zur Tagesordnung stellen, nämlich die Frage, wie dieser Teil Deutschlands als Vorleistung für Gesamtdeutschland nicht nur politisch, demokratisch verwaltet werden soll, sondern welchen sozialen Inhalt diese Demokratie haben soll.

Es wird von unserer Aktivität, von der Klarheit unserer politischen Vorstellungen abhängen, ob wir auf dem Wege zu einer demokratischen und sozialen Gestaltung Deutschlands auf den Trümmern des Dritten Reiches ein großes Stück vorankommen. Ich bin überzeugt, daß die Partei sich der Bedeutung dieser politischen Entscheidung bewußt ist. Aber lassen Sie mich noch einmal zum Schluß sagen: Der Ausgang dieses Kampfes wird nicht allein davon abhängen, ob unsere Organisation und unsere Propaganda funktionieren. Der Ausgang dieses Kampfes wird davon abhängen, ob von dieser Partei aus eine innere wärmende und überzeugende Kraft ausgeht, die den Millionen von Menschen, die hoffnungslos und zweiflerisch geworden sind, die Überzeugung gibt, daß eine soziale Demokratie, repräsentiert durch die deutsche Sozialdemokratie, tatsächlich der Ausgangspunkt, die Basis für eine hellere und glücklichere Zukunft sein kann. (Beifall.)

Vorsitzender Gnoß: Genossinnen und Genossen! Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Der Einfachheit halber wird es zweckmäßig sein, daß wir den Antrag 60 des Parteivorstandes annehmen, der folgendermaßen lautet:

> „Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, unverzüglich eine Programmkommission einzusetzen. Der Entwurf der Programmkommission für ein Parteiprogramm ist der Gesamtpartei zur Diskussion zu unterbreiten, bevor er dem Parteitag zur Beschlußfassung vorgelegt wird."

Sollte dieser Antrag zur Annahme kommen, dann würde das bedeuten, daß damit die Anträge Nr. 3, 4 und 5 erledigt werden. Ich höre gegen dieses Verfahren keinen Widerspruch. Wir kommen zur Abstimmung über den im Nachtrag zur Vorlage Nr. 4 unter Nr. 60 aufgeführten Antrag des Parteivorstandes und des Parteiausschusses, den ich eben verlesen habe. Wer für die Annahme dieses Antrags ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke sehr! Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle fest, daß dieser Antrag gegen acht Stimmen angenommen wurde. Damit sind die oben gekennzeichneten Anträge erledigt. Es kommt dann zur Abstimmung des Antrags Nr. 6 des Bezirksverbandes Rheinhessen:

> „Der Parteitag wolle beschließen:
>
> Der Parteitag ist ermächtigt und verpflichtet, für die Koordinierung der sozialdemokratischen Politik in den einzelnen Ländern Deutschlands Sorge zu tragen. Die Exponenten der deutschen Länderpolitik innerhalb der Sozialdemokratischen Partei verpflichten sich, Koordinierungsbeschlüsse und Richtlinien des Parteivorstandes und des Parteiausschusses innezuhalten. Sie verpflichten sich ferner, in kritischen Situationen und bei möglicher Überschneidung von Kompetenzen im Rahmen der Länderpolitik den Parteivorstand zu unterrichten und die in gegenseitiger Aussprache als Richtlinien erarbeiteten Grundsätze jeweils zu vertreten."

Parteivorstand und Parteiausschuß empfehlen, diesen Antrag anzunehmen. Eine gegenteilige Auffassung ist hier nicht kundgetan worden. Wer also für die Annahme dieses Antrages ist, bitte ich, eine Hand zu heben. Ich danke Ihnen. Ich bitte um die Gegenprobe. Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Nr. 7, der hier in der Diskussion begründet wurde und der den schon einmal durch den Genossen Löbe verlesenen Ergänzungsantrag erfährt. (Er wird nochmals zur Verlesung gebracht.) Im Anschluß an den letzten Absatz der gedruckten Vorlage wird folgendes eingefügt: „Nicht weniger herzlich begrüßt der Parteitag die Genossen in den ostdeutschen Gebieten. Die deutsche Sozialdemokratie wird nicht ruhen, bis die Wiedervereinigung dieser Gebiete mit Deutschland im Geiste europäischer Gemeinschaft und im Zeichen der demokratischen Freiheiten vollzogen ist." Wer für die Annahme dieses Antrages Nr. 7 ist, einschließlich des soeben bekanntgegebenen Ergänzungsantrags, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Ich danke und bitte auch um die Gegenprobe. Es ist einstimmig beschlossen worden. (Beifall.)

Auch der Antrag Nr. 8 wäre erledigt, wenn wir gleich zur Abstimmung über den Vorschlag des Parteivorstandes und des Parteiausschusses kommen, der im Antrag Nr. 60 als Entschließung zum Referat des Genossen Dr. Kurt Schumacher vorgeschlagen worden ist.

Antrag 59 in dem Nachtrag zur Vorlage Nr. 4. Es sind auch hier gegenteilige Auffassungen über den Inhalt dieser Entschließung nicht in der Diskussion vertreten worden. Wer für die Annahme und damit für die Willenserklärung des Parteitages zum Referat des Genossen Dr. Kurt Schumacher ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. Ich danke sehr. Ich bitte auch um die Gegenprobe. Die Entschließung des Parteivorstandes und Parteiausschusses zum Referat des Genossen Dr. Kurt Schumacher ist damit einstimmig angenommen.

Wir kommen dann zu dem Antrag, der als Antrag Nr. 9 in der ersten Vorlage Nr. 4 abgedruckt ist und der in einer neuen Fassung vorhin verteilt wurde. Es handelt sich um Antrag Nr. 67. Der Antrag ist die Stellungnahme des Parteitages zu den Ausführungen der Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen, vor allem der Sozialistischen Partei Frankreichs. Da ich annehme, daß die abgeänderte Vorlage allen Delegierten zugegangen ist, erübrigt sich eine Verlesung dieses Textes. Wir kommen zur Abstimmung über Antrag 67 an Stelle des Antrages 9. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Ich bitte um die Gegenprobe. Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden. Damit, Genossinnen und Genossen, sind die Anträge zum zweiten Punkt der Tagesordnung erledigt.

Ich habe nunmehr die Pflicht, dem Parteitag die eingegangenen Vorschläge für die Neuwahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission bekanntzugeben. Als Frist für die Einreichung dieser Vorschläge war heute vormittag 11 Uhr angesetzt. Bis zu diesem Zeitpunkt gingen folgende Vorschläge ein:

1. Vorsitzender: Dr. Kurt Schumacher. (Beifall.)
2. Vorsitzender: Erich Ollenhauer. (Beifall.)

Besoldete Vorstandsmitglieder: Herta Gotthelf, Egon Franke, Fritz Heine, Herbert Kriedemann, Alfred Nau.

Als unbesoldete Vorstandmitglieder des Parteivorstandes sind in Vorschlag gebracht worden:

Albrecht, Lisa, München; Baur, Valentin, Augsburg; Bögler, Franz, Neustadt; Borowski, Richard, Hannover; Brandt, Willy, Berlin; Eichler, Willi, Köln; Fischer, Willi, Nürnberg-Fürth; Gayk, Andreas, Kiel; Görlinger, Robert, Köln; Grimme, Adolf, Hannover; Gnoß, Ernst, Düsseldorf; Groß, Emil, Bielefeld; Henßler, Fritz, Dortmund; Jaksch, Wenzel; Kaisen, Wilhelm, Bremen; Knothe, Willi, Frankfurt; Krahnstöver, Anni, Kiel; von Knöringen, Waldemar, München; Meitmann, Karl, Hamburg; Menzel, Walter, Düsseldorf; Neumann, Franz, Berlin; Reuter, Ernst, Berlin; Schmidt, Carlo, Tübingen; Schöttle, Erwin, Stuttgart; Schroeder, Louise, Berlin; Selbert, Elisabeth, Kassel; Steinhoff, Fritz, Hagen; Veith, Hermann, Stuttgart.

Mir wird eben mitgeteilt, daß der Genosse Willy Brandt verzichtet. Ich frage, ob einer der vorgeschlagenen und hier bekanntgegebenen Genossinnen und Genossen die Wahl nicht annehmen will. Der Name Brandt wird von der Liste gestrichen und beim gedruckten Stimmzettel nicht in Erscheinung treten.

Die Kontrollkommission soll nach den Vorschlägen, die uns jetzt vorgelegt sind, folgende Zusammensetzung haben:

Bratke, Gustav, Hannover; Damm, Walter, Pinneberg; Höcker, Heinrich, Herford; Richter Georg, Düsseldorf; Schönfelder, Adolf, Hamburg; Seeser, Karl, Bayreuth; Steffen, Jakob, Mainz; Ullrich, Fritz, Stuttgart; Wittrock, Christian, Kassel.

Das sind die Vorschläge, die mir zur Wahl der Kontrollkommission unterbreitet sind.

Vorsitzender Löbe: Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung, Arbeitsberichte des Parteivorstandes. Das Wort hat zunächst Genosse Franke.

Bericht des geschäftsführenden Parteivorstandes

Organisation

Egon Franke: Ergänzend zu dem Bericht im Jahrbuch 1947 über die organisatorische Entwicklung der Partei noch einige Bemerkungen. Die in den Jahrbüchern 1946 und 1947 angegebenen Zahlen zeigen, daß die Organisation von Monat zu Monat und von Jahr zu Jahr gewachsen ist. Stillstand oder gar Rückgang an Mitgliedern oder Ortsvereinen ist in keinem der Parteibezirke festzustellen gewesen. Allein im Jahre 1947 ist die Zahl der Ortsvereine um 1059 gestiegen, so daß nunmehr in fast 40 % aller selbständigen Gemeinden, deren Gesamtzahl in den Westzonen einschließlich Berlins 23 500 beträgt, Ortsvereine der Partei bestehen. Hinzu kommen noch zahlreiche Stützpunkte und Einzelmitglieder in kleinsten Gemeinden und Flecken, die es uns ermöglichen, bis fast in die letzte Ortschaft vorzudringen, um besonders in Wahlzeiten unsere politische Werbung und Propaganda zu ermöglichen. 188 291 neue Mitglieder wurden 1947 geworben und der Partei zugeführt.

Nach dem bisherigen Überblick und den Berichten aus den Bezirken wird auch über dieses Jahr auf dem nächsten Parteitag zu berichten sein, daß die organisatorischen Zahlen in allen Bezirken eine aufsteigende Linie zeigen.

Im zurückliegenden Jahre wurden die Verbindungen der Partei zu den anderen sozialistischen Parteien der Welt wiederhergestellt durch einen mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in die internationale Arbeitsgemeinschaft aufzunehmen. Die Teilnahme der vielen internationalen Gäste an unserem diesjährigen Parteitag zeigt, daß es eine herzliche Verbundenheit geworden ist.

Neben der Erweiterung unserer internationalen Beziehungen wurden im zurückliegenden Jahre durch fleißige Arbeit in vielen Sitzungen der verschiedenen Fachausschüsse Spezialfragen behandelt und Richtlinien erarbeitet, die allen Funktionären der Partei in der praktischen Arbeit zugute kamen. Alles in allem eine gute Entwicklung der Parteiarbeit, die noch nicht restlos zufriedenstellend ist, aber doch einen bedeutsamen Fortschritt gegenüber den ersten Jahren darstellt. Neben den zahlreichen im Jahrbuch aufgezeigten Ausschüssen bestehen zentrale Arbeitsgemeinschaften der Studenten, Lehrer, Ärzte und Juristen, die gleichfalls im zurückliegenden Jahre Konferenzen und Sitzungen abhielten.

Zu Steigerung unseres politischen Einflusses wurden neben der Wohnbezirksorganisation, die sich bestens bewährt hat, in den wichtigsten Industriegebieten Betriebsgruppen der SPD gebildet. Ihre Aufgaben sind es, politische Agitation in den Betrieben durchzuführen (die zwar noch bedeutend gesteigert werden muß) und den Versuch der Kommunisten zurückzuweisen, über die Betriebe und die Gewerkschaften wichtigste Schlüsselfunktionen in einem Ausmaß zu besetzen, das in einem umgekehrten Verhältnis zur Zahl ihrer politischen Anhänger steht.